



Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland

Leitantrag der Bundesprogrammkommission und
des Bundesvorstandes

Vorlage zum Bundesparteitag am
30.04.2016/01.05.2016

INHALTSVERZEICHNIS

Präambel	1
1 Demokratie und Grundwerte	3
1.1 Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild	3
1.1.1 Verpflichtende Referenden.....	3
1.2 Schlanker Staat für freie Bürger	4
1.3 Die Gewaltenteilung gewährleisten.....	5
1.4 Trennung von Amt und Mandat	5
1.5 Macht der Parteien beschränken.....	5
1.5.1 Parteienfinanzierung dem Verfassungsrecht anpassen.....	6
1.5.2 Freie Listenwahl und freies Mandat.....	7
1.5.3 Verkleinerung des Bundestages.....	7
1.5.4 Wider das Berufspolitikertum: Amtszeit begrenzen (Minderheitenvotum) 7	
1.6 Lobbyismus eindämmen	8
1.6.1 Private Rentenvorsorge für Parlamentarier.....	8
1.6.2 Einführung eines Straftatbestandes der Steuerverschwendung	9
2 Euro und Europa	10
2.1 Ein Europa der Vaterländer	10
2.2 Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückgeben.....	10
2.3 Bündelung gemeinsamer europäischer Interessen.....	11
2.4 Volksabstimmung über den Euro.....	12
2.5 Keine deutsche Haftung für ausländische Banken	14
3 Innere Sicherheit und Justiz	16
3.1 Polizei stärken und Strafjustiz verbessern.....	16
3.2 Weisungsfreie Staatsanwälte, unabhängige Richter und parteiferne Rechnungshöfe	17
3.3 Angriffe auf Amtspersonen härter bestrafen.....	17
3.4 Opferschutz statt Täterschutz	17
3.5 Waffenrecht muss nicht verschärft werden	18
3.6 Kein Datenschutz für Täter	18
3.7 Organisierte Kriminalität nachhaltig bekämpfen	18
3.8 Zivil- und Fachgerichte sind ein Standortfaktor.....	19
4 Außen- und Sicherheitspolitik	20
4.1 Vereinte Nationen reformieren	20
4.2 NATO als Verteidigungsbündnis	20
4.3 Bundeswehr stärken	22
4.3.1 Keine europäische Armee.....	22
4.3.2 Wehrpflicht wieder einsetzen.....	22
4.4 Entwicklungshilfe.....	23
5 Arbeitsmarkt und Sozialpolitik	24
5.1 Arbeitsmarkt von unnötiger Bürokratie befreien.....	24
5.2 Bundesagentur für Arbeit auflösen und kommunale Jobcenter aufwerten.....	24
5.3 Mindestlohn beibehalten	24
5.4 Reform der sozialen Sicherungssysteme	25
5.4.1 Finanzielle Benachteiligung von Familien beseitigen.....	25
5.4.2 “Aktivierende Grundsicherung” - Arbeit, die sich lohnt.....	25
5.4.3 Kinder und Erziehungsleistung bei der Rente berücksichtigen.....	26
5.4.4 Pflege durch Angehörige aufwerten.....	26
6 Familien und Kinder	27
6.1 Bekenntnis zur traditionellen Familie als Leitbild	27
6.2 Mehr Kinder statt Masseneinwanderung.....	27
6.3 Mehr Unterstützung für Familien.....	28
6.4 Wirtschaftliche Zukunft trotz Demographiekrise	29
6.5 Diskriminierung der Vollzeit-Mütter stoppen.....	29
6.6 Alleinerziehende unterstützen. Familien stärken.....	30
6.7 Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene.....	31
7 Kultur, Sprache und Identität	32
7.1 Deutsche Kultur, Sprache und Identität erhalten.....	32
7.2 Deutsche Leitkultur statt Multikulturalismus.....	32

7.3 Die deutsche Sprache als Zentrum unserer Identität	32
7.4 Kultur und Kunst von staatlicher Einflussnahme befreien.....	33
7.5 Wider die politische Korrektheit: Reform des öffentlichen Rundfunks ist überfällig.....	33
7.6 Der Islam im Spannungsverhältnis zu unserer freiheitlich-demokratischen Werteordnung	34
7.6.1 Der Islam gehört nicht zu Deutschland	34
7.6.2 Kritik am Islam muss erlaubt sein.....	34
7.6.3 Auslandsfinanzierung von Moscheen beenden.....	34
7.6.4 Keine öffentlich-rechtliche Körperschaft für islamische Organisationen.....	35
7.6.5 Vollverschleierung verbieten.....	35
8 Schule, Hochschule und Forschung.....	37
8.1 Forschung und Lehre. Als Einheit und in Freiheit.....	37
8.1.1 Autonomie durch Grundfinanzierung stärken.....	37
8.1.2 “Gender-Forschung” abschaffen.....	37
8.1.3 Diplom, Magister und Staatsexamen wieder einführen.....	37
8.1.4 Studienanforderungen erhöhen.....	38
8.2 Unser Schulsystem: Stark durch Differenzierung	38
8.2.1 Die Einheitsschule führt zu Qualitätsverlust	38
8.2.2 Wissensvermittlung muss zentrales Anliegen bleiben	38
8.2.3 Leistungsbereitschaft und Disziplin stärken	39
8.2.4 Politisch-ideologische Indoktrination darf es an der Schule nicht geben	39
8.2.5 Duale berufliche Bildung stärken und erhalten	39
8.2.6 Keine Inklusion “um jeden Preis”. Förder- und Sonderschulen erhalten.....	40
8.2.7 Koranschulen schließen. Islamkunde in den Ethikunterricht integrieren.....	40
8.2.8 Keine Sonderrechte für muslimische Schüler.....	40
8.3 Nein zu Gender Mainstreaming und Frühsexualisierung.....	40
8.3.1 Keine “geschlechterneutrale” Umgestaltung der deutschen Sprache	41
8.3.2 Geschlechterquoten sind leistungsfeindlich und ungerecht.....	41
9 Einwanderung, Integration und Asyl.....	42
9.1 Keine irreguläre Einwanderung über das Asylrecht.....	42
9.1.1 Asylzuwanderung - für einen Paradigmenwechsel.....	42
9.1.2 Rückführung - Schluss mit Fehlanreizen und falscher Nachsicht	44
9.2 Einwanderung aus EU-Staaten.....	45
9.3 Gesteuerte Einwanderung aus Drittstaaten.....	46
9.4 Integration - Mehr als nur Deutsch lernen	47
9.5 Kosten der Einwanderung - Transparenz herstellen.....	47
9.6 Einwandererkriminalität - nichts verschleiern, nichts verschweigen	48
9.7 Einbürgerung - Abschluss gelungener Integration.....	49
10 Wirtschaft, digitale Welt und Verbraucherschutz	50
10.1 Freier Wettbewerb sichert unseren Wohlstand	50
10.2 Soziale Marktwirtschaft statt Planwirtschaft.....	50
10.3 Internationale Wirtschaftspolitik neu ausrichten	50
10.4 Hohe Standards für Handelsabkommen	51
10.5 Bürokratie abbauen	51
10.6 Den Technologiestandort Deutschland voranbringen.....	52
10.7 Staatliche Subventionen reduzieren und befristen	52
10.8 Keine Privatisierung gegen den Willen der Bürger	52
10.9 Der Mittelstand als Herz unserer Wirtschaftskraft	52
10.10 Digitalisierung als Chance und Herausforderung	53
10.10.1 Quelloffene Software und Verschlüsselung.....	53
10.10.2 Sichere Kommunikation als Standortvorteil und Bürgerrecht.....	53
10.10.3 Deutsche Literatur im Inland digitalisieren.....	53
10.11 Verbraucherschutz modernisieren und stärken	54
10.11.1 Lebensmittel besser kennzeichnen.....	54
10.11.2 Langlebige Produkte statt geplante Obsoleszenz.....	54
10.11.3 Textilien und Kinderspielzeug auf Schadstoffe prüfen.....	54
10.11.4 Wasseraufbereitung modernisieren und verbessern.....	54
10.11.5 Außergerichtliche Schlichtungsverfahren bei Streit mit Versorgern.....	55
11 Finanzen und Steuern	56
11.1 Gerechte Steuern durch AfD-Stufentarif	56
11.2 Obergrenze für Steuern und Abgaben	56

11.3 Familiensplitting einführen	56
11.4 Gewerbe-, Vermögen- und Erbschaftsteuer abschaffen.....	57
11.5 Umsatzsteuersätze harmonisieren	57
11.6 Wettbewerb der nationalen Steuersysteme erhalten	57
11.7 Bank- und Steuergeheimnis wiederherstellen	58
11.8 Föderalismus und Eigenständigkeit stärken	58
11.9 Staatsschulden planmäßig tilgen	58
11.10 Bargeldnutzung muss uneingeschränkt erhalten bleiben.....	59
11.11 Geldsystem überdenken, Gold heimholen.....	59
12 Energiepolitik	61
12.1 Klimaschutzpolitik: Irrweg beenden, Umwelt schützen	61
12.2 Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist nicht reformierbar	62
12.3 Zum Schutz von Mietern und Eigentümern: Energiesparverordnung und Erneuerbare- Energien-Wärme-Gesetz abschaffen	63
12.4 Bioenergie: Subventionen beenden, Vorrang einspeisung einstellen	64
12.5 Fracking: Risiken und Chancen erforschen, nicht ohne Bürgerbeteiligung	64
12.6 Kernenergie: Alternativen erforschen. Bis dahin Laufzeitverlängerung	65
13 Natur- und Umweltschutz, Land- und Forstwirtschaft.....	66
13.1 Intakte Natur und gesunde Umwelt.....	66
13.2 Unkontrollierten Ausbau der Windenergie stoppen	66
13.3 Tiere sind fühlende Wesen.....	66
13.4 Schächten: Nicht ohne Betäubung	66
13.5 Gentechnik in der Landwirtschaft	67
13.6 Landwirtschaft: Mehr Wettbewerb. Weniger Subventionen.....	67
13.7 Fischerei, Forst und Jagd: Nah an der Natur	67
13.8 Flächenkonkurrenz: Nicht zu Lasten der Land- und Forstwirtschaft	68
14 Infrastruktur, Wohnen und Verkehr	69
14.1 Werterhalt vor Modernisierung und Neubau	69
14.2 Öffentlich-Privat-Projekte: Transparenz statt Lobby	69
14.3 Straßen- und Schienennetz : Substanz erhalten.....	70
14.4 Grenzüberschreitender Güterverkehr: Auf Schiene und Wasser verlagern	70
14.5 Freie Nutzung der Verkehrsmittel ohne Schikanen	70
14.6 Dem ländlichen Raum eine Perspektive geben	71
14.7 Wohnungspolitik: Baurecht aufräumen, Wohnraum schaffen	72
14.8 Stadtentwicklung: Nachverdichten, aber Bausünden verhindern.....	73

1 PRÄAMBEL

2

3 **Mut zu Deutschland.** 4 **Freie Bürger, keine Untertanen**

5

6 Wir sind Liberale und Konservative. Wir sind freie Bürger unseres Landes. Wir sind überzeugte
7 Demokraten.

8 Zusammengefunden haben wir uns als Bürger mit unterschiedlicher Geschichte und Erfah-
9 rung, mit unterschiedlicher Ausbildung, mit unterschiedlichem politischem Werdegang. Das
10 geschah in dem Bewusstsein, dass es an der Zeit war, ungeachtet aller Unterschiede, gemein-
11 sam zu handeln und verantwortungsbewusst zu tun, wozu wir uns verpflichtet fühlen. Wir
12 kamen zusammen in der festen Überzeugung, dass die Bürger ein Recht auf eine echte politi-
13 sche Alternative haben, eine Alternative zu dem, was die politische Klasse uns als „alternativ-
14 los“ glaubt zumuten zu können.

15 Dem Bruch von Recht und Gesetz, der Zerstörung des Rechtsstaats und verantwortungslosem
16 politischem Handeln gegen die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft konnten und wollten wir
17 nicht länger tatenlos zusehen – ebenso nicht der Erzeugung längst überwundener Vorurteile
18 und Feindseligkeiten zwischen den europäischen Völkern durch das Regime der Euro-Rettung.
19 Daher haben wir uns dafür entschieden, Deutschland und seinen Bürgern in allen Bereichen
20 eine echte politische Alternative zu bieten.

21 Als freie Bürger treten wir ein für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlich-
22 keit, soziale Marktwirtschaft, Subsidiarität, Föderalismus, Familie und die gelebte Tradition
23 der deutschen Kultur. Denn Demokratie und Freiheit stehen auf dem Fundament gemeinsamer
24 kultureller Werte und historischer Erinnerungen. In der Tradition der beiden Revolutionen
25 von 1848 und 1989 artikulieren wir mit unserem bürgerlichen Protest den Willen, die natio-
26 nale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa souveräner demokratischer Staaten zu
27 schaffen, die einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

28 Wir setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, unser Land im Geist von Freiheit und Demokratie
29 grundlegend zu erneuern und eben diesen Prinzipien wieder Geltung zu verschaffen. Wir sind
30 offen gegenüber der Welt, wollen aber Deutsche sein und bleiben. Unsere Ziele werden Wirk-
31 lichkeit, indem wir den Staat und seine Organe wieder in den Dienst der Bürger stellen, so wie
32 es der im Grundgesetz geregelte Amtseid aller Regierungsmitglieder vorsieht:

33 „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen
34 Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bun-
35 des wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit
36 gegen jedermann üben werde.“

- 1 Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische und
- 2 christliche Kultur, die historisch-kulturelle Identität unserer Nation und ein souveränes
- 3 Deutschland als Nationalstaat des deutschen Volkes und ein friedliches Miteinander der Völ-
- 4 ker auf Dauer bewahren.

- 5 In diesem Sinne geben wir uns das nachfolgende Grundsatzprogramm.

1 DEMOKRATIE UND GRUNDWERTE

Wir wollen Deutschland reformieren und an die Prinzipien und Wurzeln anknüpfen, die erst zu seinem Wirtschaftswunder und dann zu seinem jahrzehntelangen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg geführt haben. Deutschlands Staatsapparat hat inzwischen ein ungutes Eigenleben entwickelt. Die Machtverteilung entspricht nicht mehr den Grundsätzen der Gewaltenteilung. Zudem ist der öffentliche Sektor über sachgerechte Grenzen hinausgewuchert. Die staatlichen Organe wieder an ihren Auftrag zu binden und den Staat an seine Kernaufgaben zu erinnern, ist wesentlicher Teil unserer Politik.

Spätestens mit den Verträgen von Schengen (1985), Maastricht (1993) und Lissabon (2008) hat sich die unantastbare Volkssouveränität als Fundament unseres Staates als Fiktion herausgestellt.

Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat. Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.

1.1 VOLKSABSTIMMUNGEN NACH SCHWEIZER VORBILD

Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen. Wir wollen dem Volk das Recht geben, über vom Parlament beschlossene Gesetze abzustimmen. Dieses Recht würde in kürzester Zeit präventiv mäßigend auf das Parlament wirken und die Flut der oftmals unsinnigen Gesetzesvorlagen nachhaltig eindämmen. Zudem würden die Regelungsinhalte sorgfältiger bedacht, um in Volksabstimmungen bestehen zu können. Auch Beschlüsse des Parlaments in eigener Sache, beispielsweise über Diäten oder andere Mittelzuweisungen, würden wegen der Überprüfbarkeit der Bürger maßvolle Inhalte haben. Gesetzesinitiativen aus dem Volk haben eigene Gesetzesvorlagen zum Gegenstand und können durch die Stimmbürger angestoßen werden.

1.1.1 VERPFLICHTENDE REFERENDEN

Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. Das Volk muss das Recht haben, auch initiativ über Änderungen der Verfassung selbst zu beschließen. Besonders der Abgabe nationaler Souveränität an die EU und andere internationale Organisationen über die Köpfe der Bürger hinweg ist hierdurch der Riegel vorgeschoben. Das deutsche Volk ist ebenso mündig wie das

1 der Schweizer, um ohne Einschränkung über jegliche Themen direkt abzustimmen. Eine
2 natürliche Schranke ergibt sich durch Grundsätze des Völkerrechts. Die Schweizer Erfahrung
3 belegt, dass sich die Bürger gemeinwohlorientierter verhalten als Berufspolitiker, selbst wenn
4 Eigeninteressen damit kollidieren. Macht- und Interessengetriebene Entscheidungen sind e-
5 her in rein repräsentativen Demokratien zu beobachten.

6 Abstimmungsfragen finanzieller Natur sind ausdrücklich erlaubt. Deutschland steht in einigen
7 gesellschaftlichen Themen vor elementaren politischen Weichenstellungen. Die Verantwor-
8 tung hierfür kann und darf keine Regierung ohne eine unmittelbare Befragung der Bürger
9 übernehmen. Die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Modell ist für die AfD
10 deshalb nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen.

11 1.2 SCHLANKER STAAT FÜR FREIE BÜRGER

12 Der Staat ist für den Bürger da, nicht der Bürger für den Staat. Nur ein schlanker Staat kann
13 daher ein guter Staat sein. Erforderlich ist ein vom Staat garantierter Ordnungsrahmen, in
14 dem sich die Bürger frei entfalten können.

15 Die ständige, vielfach ideologiegetriebene Expansion der Staatsaufgaben stößt an finanzielle
16 und faktische Grenzen. Sie bedroht inzwischen den Kerngehalt der elementaren Freiheitsrech-
17 te der Bürger. Der Staat hat sich verzettelt. Es bedarf neuer Konzentration auf die vier klassi-
18 schen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzver-
19 waltung.

20 Aufgaben jenseits dieser vier Kerngebiete bedürfen besonderer Rechtfertigung. Wir wollen
21 prüfen, inwieweit vorhandene staatliche Einrichtungen durch private oder andere Organisati-
22 onsformen ersetzt werden können. Die gewaltige demographische Problemlage, die uns in
23 Deutschland bevorsteht, wird uns zu einem veränderten Staatsverständnis zwingen.

24 Grundlage unserer politischen Überzeugungen ist ein differenziertes Menschenbild, das sich
25 der Freiheitschancen, aber auch der Gefährdungen des Menschen stets bewusst bleibt. Wir
26 glauben nicht an die Verheißungen politischer Ideologien oder an die Heraufkunft eines bes-
27 seren, eines ‚Neuen Menschen‘. Eine Geschichtsphilosophie, die von einer Höherentwicklung
28 der individuellen menschlichen Moral ausgeht, halten wir für anmaßend und gefährlich.

29 Die geschichtliche Entwicklung bleibt unabgeschlossen und offen für überraschende Entwick-
30 lungen und Aufbrüche, aber auch für Krisen und Katastrophen. Insofern wird es auch niemals
31 ein ‚Ende der Geschichte‘ geben, also eine Situation, in der Politik gänzlich aufhört, und das
32 Ringen um den richtigen politischen Weg überflüssig wird. Freiheit, Stabilität und wirtschaft-
33 liches Wohlergehen müssen in jeder Generation aufs Neue errungen und gesichert werden.

34 Eine realistische Politik sollte sich der Unvollkommenheit und Vorläufigkeit ihrer möglichen
35 Ergebnisse stets bewusst bleiben. Sie sollte einkalkulieren, dass kein noch so kluger politi-
36 scher Akteur eine vollständige Kenntnis der Bedingungen und Möglichkeiten seines Handelns

1 erlangen kann. Die auf vielen Politikfeldern durch die etablierten Parteien propagierte Alternativlosigkeit vermeintlicher Sachzwänge halten wir für in hohem Maße demokratie- und rechtsstaatsgefährdend. Rechtsstaatsprinzip und Vertragstreue sowie demokratische Legitimation haben für uns Vorrang vor kurzfristigem Aktionismus und wahlwirksamer Effekthascherei. Als ‚Partei des gesunden Menschenverstandes‘ setzen wir auf das politische Urteilsvermögen und die Verantwortungsbereitschaft der mündigen Bürger. Richtschnur unseres Handelns ist die Grundüberzeugung, dass die Bürger das politische Geschehen so weit wie möglich selbst bestimmen können sollen.

9 **1.3 DIE GEWALTENTEILUNG GEWÄHRLEISTEN**

10 Der Staat Bundesrepublik Deutschland ist nach der deutschen Verfassungstradition von 1848, 11 1871 und 1919 als Rechtsstaat mit Gewaltenteilung angelegt. Diese staatsrechtliche Grundlegung, die Merkmal jeder modernen Demokratie ist, ist durch zahlreiche einfachgesetzliche 12 Regelungen erheblich beeinträchtigt. Es geht dabei im Kern um die wechselseitige Kontrolle 13 der legislativen, exekutiven und judikativen Funktionen eines Staates. Ihr Ziel ist es, überbordende unkontrollierte Ausübung von Staatsgewalt zu verhindern. Minister als Abgeordnete in 14 Parlamenten, welche die Exekutive kontrollieren sollen, und ehemalige Politiker auf Richterstühlen sind mit dem urdemokratischen Konstruktionsprinzip der Gewaltenteilung nicht vereinbar. Das Gleiche gilt für parteipolitische Netzwerke, welche über persönliche Beziehungen 15 der Amts- und Funktionsträger die wechselseitige Machtkontrolle der Gewalten vereiteln.

20 **1.4 TRENNUNG VON AMT UND MANDAT**

21 Der schwerwiegendste Verstoß gegen die Gewaltenteilung findet derzeit dadurch statt, dass 22 die Exekutive (vollziehende Gewalt) als Regierung nicht von der Legislative (gesetzgebende Gewalt, Parlament) personell getrennt ist. Die AfD will hier gegensteuern. Jeder Beamte muss 23 beim Eintritt in ein deutsches Parlament - dem Prinzip der Gewaltenteilung folgend - sein Beamtenverhältnis ruhen lassen. Jedoch ausgerechnet bei den Spitzen der Exekutive ist dieses 24 Prinzip ausgesetzt. Wer Parlamentarier ist, soll in Zukunft nicht mehr Teil der Exekutive sein dürfen und umgekehrt. Parlamentarische Staatssekretäre und Staatsminister sind ersatzlos 25 abzuschaffen. Minister, Kanzler und Ministerpräsidenten sollen nicht mehr zugleich Parlamentsmitglieder sein. Die Funktionen von „politischen Beamten“ in der Staatsverwaltung sind 26 ebenfalls abzuschaffen, von Ministerialdirektoren bis hin zu Polizeipräsidenten. Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung haben unabhängig und loyal zu sein. Beamten- und Richterstellen sind nach Qualifikation und fachlicher Leistung zu besetzen (Artikel 33 Absatz 2 GG). 27 Die „Parteibuchwirtschaft“ muss beendet werden. Ämterpatronage ist unter Strafe zu stellen.

34 **1.5 MACHT DER PARTEIEN BESCHRÄNKEN**

35 Parteien sollen am politischen System mitwirken (Art. 21 Abs. 1 GG), es aber nicht beherrschen. Die Allmacht der Parteien und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere Demokratie. Diese Allmacht ist Ursache der verbreiteten Politikverdrossenheit und nicht zuletzt

1 auch Wurzel der gesellschaftsschädigenden Politischen Korrektheit und des Meinungsdictats
2 in allen öffentlichen Diskursen. Nur direkt-demokratische Entscheidungen des Volkes können
3 die Parteien wieder in das demokratische System integrieren. Die Abgeordneten unserer Par-
4 lamente haben ihre Funktion als Mandatare der Bürger verloren. Ihre Loyalität gilt zuerst der
5 politischen Partei, der sie angehören. Von ihr erhalten sie ihre Wahlchancen und ihre Wahl
6 sichert typischerweise ihren Lebensunterhalt. Mit dieser Abhängigkeit von der Partei geht die
7 Entfremdung vom Wähler einher.

8 *1.5.1 PARTEIENFINANZIERUNG DEM VERFASSUNGSRECHT ANPASSEN*

9 Die Parteienfinanzierung muss verfassungskonform auf einen angemessenen Umfang be-
10 grenzt werden. Bis 1959 gab es in der Bundesrepublik keine staatliche Finanzierung der Par-
11 teien. Ab 1959 wurde das Institut der sogenannten Wahlkampfkostenerstattung geschaffen.
12 Inzwischen ist durch das Parteiengesetz ein Finanzierungssystem unter dem Begriff der
13 "staatlichen Teilfinanzierung" entstanden. Danach haben die Parteien einen rechtlichen An-
14 spruch auf jährliche wiederkehrende Zahlungen. Diese betragen im Jahr 2015 159,2 Millionen
15 Euro. Zusätzlich haben die Abgeordneten der Parlamente Ansprüche auf Mitarbeiterpauschal-
16 en, zum Beispiel jeder Bundestagsabgeordnete auf 20.000 Euro pro Monat. In 2015 bedeutet
17 dies allein für den Bundestag jährliche Kosten in Höhe von 172 Millionen für cirka 7.000 Mit-
18 arbeiter. Darüber hinaus werden ohne gesetzliche Grundlage den Fraktionen des Bundestages
19 Finanzmittel zur Verfügung gestellt für sogenannte wissenschaftliche Beratung, in 2015 in
20 Höhe von 83 Millionen Euro. Ohne direkten Zusammenhang zum Parteiengeschehen gibt es
21 noch die juristische Konstruktion sogenannter parteinaher Stiftungen. Dabei handelt es sich
22 um Vereine, die durch jährliche Direkt-Zuweisungen aus Mitteln des Bundeshaushaltes finan-
23 ziert werden, im Jahr 2015 in der Grundförderung mit 95 Millionen Euro.

24 Insgesamt handelt es sich bei dem derzeitigen System der Parteienfinanzierung um ein weit-
25 gehend verdecktes System, bei dem ein Vielfaches der Mittel den Parteien zufließt, welche im
26 Parteiengesetz eigentlich als Höchstbetrag festgelegt sind. Nach der Rechtsprechung des Bun-
27 desverfassungsgerichtes sind sowohl die Form dieser Finanzierung wie die Höhe der fließen-
28 den Mittel als verfassungswidrig einzustufen.

29 Die verdeckte Parteienfinanzierung ist gänzlich aus dem Ruder gelaufen und macht mittler-
30 weile jährlich etwa 600 Millionen Euro aus, also das Vierfache der eigentlichen – verfassungs-
31 gerichtlich gedeckelten – Parteienfinanzierung.

32 Die AfD will, dass die gesamte staatliche Parteienfinanzierung auf eine neue gesetzliche
33 Grundlage gestellt wird. Oberster Maßstab für die Neuregelung ist eine transparente und
34 summenmäßig begrenzte Zuschuss-Finanzierung ausschließlich an die Parteien nach Maßstä-
35 ben der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes. Alle Mittel der Parteienfinanzie-
36 rung sind entgegen derzeitiger Praxis der unbeschränkten Kontrolle der Rechnungshöfe zu
37 unterwerfen. Unabdingbar ist auch eine restriktive und Korruption vermeidende Neuordnung

1 der Spendenregelungen. Ferner soll den deutschen Parteien endlich die Beteiligung an Unter-
2 nehmen sowie die Annahme von Firmen-Spenden verboten werden.

3 *1.5.2 FREIE LISTENWAHL UND FREIES MANDAT*

4 Die politische Klasse Deutschlands hat das Wahlrecht und die Wahlverfahren im Laufe der Zeit
5 immer perfekter ausgenutzt und angepasst, um den Einfluss des Volkes zu minimieren. Mit
6 der nach Grundgesetz und Bundeswahlgesetz deklarierten Personenwahl ist es nicht weit her.
7 Dem Wähler werden starre Wahllisten der Parteien zum Ankreuzen vorgelegt. Die Erststimme
8 hat auf die konkrete personelle Besetzung des Parlaments eine nur geringe Auswirkung. In
9 Wahrheit wird über die "sichereren Listenplätze" die Zusammensetzung der Parlamente
10 durch die Parteien gesteuert.

11 Die demokratische Gestaltung des Wahlsystems soll dem Wähler die Entscheidung über die
12 personelle Zusammensetzung des Bundestages zurückgeben und das „Freie Mandat“ der Ab-
13 geordneten stärken. Wir treten für die „freie Listenwahl“ ein, mit der Möglichkeit des Kumu-
14 lierens, Panaschierens und Streichens von Kandidaten.

15 Die AfD fordert zudem, dass die Erringung eines Abgeordnetenmandates an eine festgesetzte
16 Soll-Zahl von Wählerstimmen geknüpft wird. Im Falle einer niedrigen Wahlbeteiligung bedeu-
17 tet dies eine Verkleinerung der Parlamente.

18 *1.5.3 VERKLEINERUNG DES BUNDESTAGES*

19 Wir dringen ferner auf eine deutliche Verkleinerung des Bundestages und der Länderparla-
20 mente. Eine Reduzierung der Zahl von derzeit etwa 2.500 Parlamentarier und der mit dieser
21 einhergehenden Verwaltung würde zu einer enormen Kosteneinsparung und Erhöhung der
22 Arbeitsqualität führen. Ein Bundestagsabgeordneter vertritt etwa 128.000 Einwohner, in den
23 USA beträgt das Verhältnis im Vergleich 1:600.000. Für den Bundestag erachten wir die vom
24 Bund der Steuerzahler vorgeschlagene Zahl von 471 Parlamentariern als Obergrenze für völlig
25 ausreichend.

26 *1.5.4 WIDER DAS BERUFSPOLITIKERTUM: AMTSZEIT BEGRENZEN (MINDERHEITENVO-* 27 *TUM)*

28 *Die sich fortsetzende Tendenz zum Berufspolitikertum hat der Monopolisierung der Macht Vor-*
29 *schub geleistet und die unübersehbare Kluft zwischen dem Volk und der sich herausgebildeten*
30 *politischen Klasse vergrößert. Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernde Strukturen und ver-*
31 *werflicher Lobbyismus sind die Folge.*

1 *Die Amtszeitbegrenzung von Mandatsträgern kann dieser gesellschaftsschädigenden Entwick-*
2 *lung entgegenwirken und das Machtmonopol der Parteien beschneiden. So können wir unser*
3 *Ideal des Bürgerabgeordneten wieder herstellen.*

4 *Konkret fordern wir eine Amtszeitbegrenzung für Abgeordnete auf zwei bis vier Legislaturperio-*
5 *den, in Abhängigkeit von deren persönlichen Wahlergebnis. Für den Bundeskanzler schlagen wir*
6 *eine Amtszeitbegrenzung auf zwei Legislaturperioden vor.*

7 **1.6 LOBBYISMUS EINDÄMMEN**

8 Wir wollen, dass Bundestagsabgeordnete ihre volle Arbeitskraft der parlamentarischen Arbeit
9 widmen. Das Mandat darf nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden. Der überbordende
10 Lobbyismus in Brüssel und Berlin muss eingedämmt werden.

11 Die Nebentätigkeiten der Abgeordneten haben ein für unsere Demokratie bedrohliches Aus-
12 maß angenommen. Der Umfang der Nebentätigkeiten vieler Abgeordneter führt zwangsläufig
13 zu Abstrichen bei ihrer parlamentarischen Aufgabenerledigung. Viele Abgeordnete nutzen ihr
14 politisches Mandat, um sich lukrative Nebentätigkeiten zu beschaffen mit dem Ziel der per-
15 sönlichen Bereicherung.

16 Der größte Schaden für unsere Demokratie jedoch entsteht dadurch, dass ein Großteil der Ne-
17 bentätigkeiten im Dunstkreis des Lobbyismus oder gar der Korruption anzusiedeln ist. Aus
18 guten demokratischen Gründen wollen wir die Regelungen der Nebentätigkeiten für Parla-
19 mentarier und zur Abgeordnetenbestechung deutlich verschärfen. Abgeordnete dürfen aus-
20 schließlich eine früher ausgeübte Tätigkeit in angemessenem Umfang fortführen. Die AfD legt
21 bereits heute im § 19 Absatz 2 der Satzung für ihre eigenen Mitglieder strenge Regelungen
22 fest. Ferner setzen wir uns für ein Lobbyisten-Gesetz mit konkreten Rechten, Pflichten und
23 Sanktionen für Mandatsträger und Lobbyisten ein, das vorbildlichen Regelungen anderer De-
24 mokratien standhält. Das Ziel ist, den Lobbyismus zu kontrollieren, die Transparenz der Ne-
25 bentätigkeiten herzustellen und die Arbeitsqualität des Parlaments zu sichern.

26 ***1.6.1 PRIVATE RENTENVORSORGE FÜR PARLAMENTARIER***

27 Eben solchen Reformbedarf sehen wir bei der Altersversorgung der Bundestagsabgeordneten.
28 Sie haben sich ein Pensionssystem geschaffen, das keine eigenen Beitragsleistungen vor-
29 sieht. Nach einem halben Arbeitsleben (27 Jahre) haben die Parlamentarier bereits den Maxi-
30 malanspruch von derzeit 6.130 Euro erreicht, im Vergleich hierzu erhält ein Arbeitnehmer
31 mittleren Einkommens nach 43 Berufsjahren und jahrelanger Rentenbeitragszahlungen eine
32 Bruttomonatsrente von unter 1.200 Euro. Die AfD möchte das kostspielige und den Steuerzah-
33 ler übermäßig belastende Versorgungsmodell der Abgeordneten grundlegend reformieren
34 und z. B. die Parlamentarier auf eine private Rentenvorsorge verweisen.

1 *1.6.2 EINFÜHRUNG EINES STRAFTATBESTANDES DER STEUERVERSCHWENDUNG*

2 Während Steuerhinterziehung auch vergleichsweise kleiner Beträge in Deutschland konse-
3 quent verfolgt und bestraft wird, bleibt die – ebenso gemeinwohlschädigende – Steuerver-
4 schwendung straffrei. Skandalöse Baukostenüberschreitungen, unsinnige Beschaffungsmaß-
5 nahmen und verschwenderische Prestige-Projekte von Amtsträgern und Behördenleitern
6 bleiben aufgrund der gegenwärtigen Rechtslage weitgehend straffrei. Die AfD fordert die Ein-
7 führung eines neuen Straftatbestandes der Haushaltsuntreue. Die Regelung soll die Rechte der
8 Steuerzahler stärken und die Bestrafung von groben Fällen der Steuergeldverschwendung
9 durch Staatsdiener und Amtsträger ermöglichen.

1 2 EURO UND EUROPA

2 Die große Vielfalt der verschiedenen nationalen und regionalen kulturellen Traditionen macht
3 das Besondere unseres Kontinents aus. Wir sind dagegen, die EU in einen zentralistischen
4 Bundesstaat umzuwandeln. Stattdessen treten wir dafür ein, die EU zurückzuführen zu einer
5 Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten in ih-
6 rem ursprünglichen Sinne. Wir wollen in Freundschaft und guter Nachbarschaft zusammenle-
7 ben. Wir lehnen die „Vereinigten Staaten von Europa“ ebenso ab wie eine EU als Bundesstaat,
8 aus der kein Austritt mehr möglich ist. Unser Ziel ist ein souveränes Deutschland, das die
9 Freiheit und Sicherheit seiner Bürger garantiert, ihren Wohlstand fördert und seinen Beitrag
10 zu einem friedlichen und prosperierenden Europa leistet.

11 2.1 EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12 Wir stehen für die Freiheit der europäischen Nationen von fremder Bevormundung. Rechts-
13 staatliche Strukturen, wirtschaftlicher Wohlstand und ein stabiles, leistungsgerechtes Sozial-
14 system gehören in die nationale Verantwortung.

15 Wir unterstützen Strukturreformen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäi-
16 schen Staaten zu stärken, wenden uns jedoch entschieden gegen eine Transferunion und zent-
17 ralistische Tendenzen.

18 Die Politik in Europa ist durch eine schleichende Entdemokratisierung gekennzeichnet, die EU
19 ist zu einem undemokratischen Konstrukt geworden, dessen Politik von demokratisch nicht
20 kontrollierten Bürokratien gestaltet wird. Damit die Staaten Europas wieder zu Leuchttürmen
21 für Freiheit und Demokratie in der Welt werden können, ist eine grundlegende Reform der EU
22 erforderlich.

23 2.2 KOMPETENZEN AN DIE NATIONALSTAATEN ZURÜCKGEBEN

24 Dafür sind vor allem Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückzugeben. Das Subsidiaritäts-
25 prinzip ist konsequent einzuhalten. Deutschland versteht sich als souveräner Staat wie die
26 Mehrheit der EU-Staaten ebenfalls. Seine Engagements in Europa und darüberhinaus in inter-
27 nationalen Organisationen stehen immer unter dem Vorbehalt der Reaktivierung der vollen
28 eigenen Souveränität, sofern dies die eigene interessenpolitische Lage erfordert.

29 Die politischen Eliten haben mit dem Vertrag von Maastricht 1991 und besonders mit dessen
30 Veränderung in Lissabon 2008 den Versuch unternommen, die EU unumkehrbar zu einem
31 Staat fortzuentwickeln. Dies geschah trotz der Volksabstimmungen in Frankreich und den
32 Niederlanden von 2005. In beiden Ländern hatten die Bürger den sogenannten Verfassungs-
33 vertrag zur Gründung eines europäischen Großstaates abgelehnt. Die politische Führung der
34 großen EU-Länder will dieses Projekt jedoch gegen den offenkundigen Mehrheitswillen der
35 Völker in der EU auf Biegen und Brechen durchsetzen.

1 Die Vision eines europäischen Großstaats läuft zwangsläufig darauf hinaus, dass die EU-
2 Einzelstaaten mit den sie tragenden Völkern ihre nationale Souveränität verlieren. Aber nur
3 die nationalen Demokratien, geschaffen durch ihre Nationen in schmerzlicher Geschichte,
4 vermögen ihren Bürgern die nötigen und gewünschten Identifikations- und Schutzräume zu
5 bieten. Nur sie ermöglichen größtmögliche individuelle und kollektive Freiheitsrechte. Nur sie
6 können diese hinreichend sichern. Die Versprechen, durch multinationale Großstaaten und
7 internationale Organisationen einen Ersatz für funktionierende demokratische Nationalstaa-
8 ten zu schaffen, werden nicht eingehalten und sind nicht einhaltbar. Es handelt sich dabei um
9 ideengeschichtlich alte Utopien. Sie zu realisieren, hat stets großes Leid über die Menschen
10 gebracht. Stabile demokratische Nationalstaaten sind das Fundament einer friedlichen Welt-
11 ordnung. Internationale Organisationen ohne Staatscharakter, die auf freier Übereinkunft be-
12 ruhen, können dabei hilfreich sein.

13 Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hat im westlichen Europa über Jahrzehnte
14 (1957 bis 1992) zu Frieden und Prosperität beigetragen. Doch die Europäische Union hat sich
15 im Lauf der Jahre Kompetenzen angeeignet, für die es in den europäischen Verträgen keine
16 Grundlage gibt. Die zunehmende Zentralisierung von Hoheitsrechten und die Bestrebungen,
17 einen europäischen Bundesstaat zu schaffen, sind irrational und nicht zukunftsfähig. Die Al-
18 ternative für Deutschland lehnt diese Bestrebungen strikt ab. Die Organe der EU, vor allem der
19 Ministerrat, die EU-Kommission und das Parlament sind unzureichend demokratisch legiti-
20 miert. Dieser systembedingte Mangel sowie die "Bürgerferne" der Amtsträger haben das Ent-
21 stehen eines überbordenden Macht- und Verwaltungsapparates begünstigt.

22 2.3 BÜNDELUNG GEMEINSAMER EUROPÄISCHER INTERESSEN

23 Die AfD spricht sich dafür aus, in der Außenpolitik gesamteuropäische Interessen zu bündeln,
24 ohne die Nationalstaaten in ihrer Souveränität, demokratischen Mitwirkung und Rechtsgestal-
25 tung einzuschränken. Eine formelle gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP)
26 lehnen wir ebenso ab wie einen gemeinsamen Europäischen Auswärtigen Dienst. Stattdessen
27 setzen wir uns dafür ein, die zwischenstaatliche Abstimmung unter den europäischen Part-
28 nerländern zu intensivieren und, wo möglich, gemeinschaftlich zu agieren.

29 Wir befürworten ein flexibles Netzwerk europäischer Staaten, an dem jeder europäische Staat
30 jeweils nach seinen Möglichkeiten teilnehmen kann, wie dies zum Beispiel in der Westeuropä-
31 ischen Union der Fall war. Beitritte nichteuropäischer Staaten sollten aus kulturellen und geo-
32 graphischen Gründen nicht in Betracht gezogen werden. So lehnen wir auch den Beitritt der
33 Türkei zur EU ab.

34 In der Beziehung zu außereuropäischen Staaten sind die außen- und sicherheitspolitischen
35 Interessen Deutschlands zu berücksichtigen.

1 2.4 VOLKSABSTIMMUNG ÜBER DEN EURO

2 Wir fordern, das Experiment Euro geordnet zu beenden. Sollte sich der Bundestag dieser For-
3 derung nicht anschließen, muss über den Verbleib Deutschlands im Währungsverbund eine
4 Volksabstimmung durchgeführt werden.

5 Die heutige Euro-Zone war schon immer und lange vor ihrer politischen Planung in den
6 1990er Jahren ein Gebiet mit wirtschaftlichen, währungspolitischen und kulturellen Unter-
7 schieden. Nach allen geschichtlichen Erfahrungen hat es sich nicht für eine einheitliche, sup-
8 rastaatliche Währungsunion geeignet und hätte über die Freihandelszone der EWG nicht hin-
9 ausgehen dürfen. Die Einführung des Euro war von Anfang an ein rein politisches Projekt. Alle
10 Warnungen von Ökonomen und Historikern wurden ignoriert. Seit 1999 waren die Euro-
11 Wechselkurse der nationalen Währungen im heutigen Euro-Raum festgeschrieben, und es
12 kam auch zu faktisch einheitlichen Zinssätzen. Damit waren den Ländern diese zwei markt-
13 wirtschaftlich zentralen, unabdingbaren Korrektive genommen, die bis 1998 die Unterschiede
14 in der Wirtschaftskraft der Euro-Länder jahrzehntelang erfolgreich ausgeglichen hatten. Der
15 notwendige Ausgleich von Produktivitätsunterschieden durch nominale Auf- und Abwertun-
16 gen wird seitdem durch den Euro verhindert. Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten
17 der Eurostaaten werden damit verringert. Die Euro-Zone ist daher seit vielen Jahren vom
18 Durchschnitt des weltweiten Wirtschaftswachstums abgehängt. Dem Anspruch von Lissabon
19 nach sollte sie die "dyamischste und innovativste Wirtschaftszone der Welt" werden.

20 Nach inzwischen siebzehn Jahren der systembedingt erzwungenen, marktfernen Währungs-
21 regulierung ist die Gemeinschaftswährung ohne ständige massive Vermögenstransfers in sol-
22 che EU-Staaten, die einer Währungsunion nicht gewachsen sind, nicht mehr überlebensfähig.
23 Der gemeinsame Euro ist eine grundlegende Fehlkonstruktion. Die durch ihn hervorgerufenen
24 Spannungen können schon seit Beginn der Target-Salden-Ausuferung 2008 und besonders
25 seit Beginn der Euro-„Dauerrettung“ 2010 nur noch über interventionistische, rechtswidrige,
26 permanente und weitgehend deutsche Kredithilfen und Haftungsübernahmen oder durch
27 EZB-Käufe von im freien Markt nicht verkäuflichen Staatsanleihen aufrecht erhalten werden.
28 Aber diese Hilfen mittels EFSF, ESM, OMT, Target und Bankenunion behandeln nur die Symp-
29 tome und kaufen Zeit, anstatt die Ursachen für die struktur- und kostenbedingte mangelnde
30 Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die nicht tragfähige Verschuldung vieler Mitglieds-
31 staaten zu beheben. Die Nehmerländer der „Rettungsaktivitäten“ werden durch viel zu niedri-
32 ge Zinsen animiert, Kredite aufzunehmen, die sie in dieser Höhe von privaten Marktteilneh-
33 mern nie erhalten würden. Auf diese Weise wird die in den EU-Verträgen limitierte Schulden-
34 tragfähigkeit dieser Länder mit unabsehbaren Folgen überspannt. Die Transferzahlungen ver-
35 stärken bereits aufgebaute ökonomische und politische Spannungen zwischen den Geber- und
36 Nehmerstaaten, so dass die Kosten, den Euro-Raum zu erhalten, seinen Nutzen inzwischen
37 weit übersteigen und die europäischen Integrationsmöglichkeiten überdehnen. Schon mittel-
38 fristig sind die politisch-realen und gegen den Willen der Mehrheit der Bürger erzwungenen

1 Dauertransfers keinesfalls durchzuhalten, die Kredit- und Haftungsbeträge sogar für den
2 Hauptgaranten Deutschland zu groß.

3 Die suprastaatliche Euro-Rettungspolitik verletzt in der Praxis der Staatsanleihenmärkte
4 permanent das Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB und das Verbot der Haftung für
5 Schulden anderer Mitgliedstaaten (Art. 123 und 125 AEUV). Gemäß Artikel 110 Grundgesetz
6 sowie nach geltender Rechtsprechung des BVerfG (Lissabon-Urteil vom 30.9.2009) gehört die
7 Hoheit über Staatsausgaben zum „Kernbestand und unveräußerlichen Teil der staatlichen
8 Souveränität“. EU, EZB und ESM greifen mit ihrer Rettungspolitik unzulässig in diese Souverä-
9 nitätsrechte ein. Diese Politik bricht zudem alle den Wählern seit den 1990er-Jahren politisch
10 und vertraglich gegebenen Versprechen, „niemals eine Haftung Deutschlands für Fremdschul-
11 den“ zuzulassen. Damit sind die wesentlichen Grundlagen der ursprünglichen deutschen Zu-
12 stimmung zum Maastricht-Vertrag und zur Euro-Einführung entfallen.

13 Die EU-Politik, Hilfe an Bedingungen zu knüpfen, ist unglaublich, weil es keinen Sankti-
14 onsmechanismus für ein Missachten der Auflagen gibt. Da die Euro-Zone den Fall einer Staats-
15 insolvenz nicht vorsieht, werden heute Kredite selbst dann nicht verweigert, wenn Auflagen
16 für die Kreditvergabe nicht erfüllt sind. Damit sind die Geberländer immer erpressbar – ein
17 gravierender Konstruktionsfehler der EU-Vertragspolitik.

18 Der Euro beschädigt das hohe Gut des friedlichen Zusammenlebens der Völker, welche die
19 Eurokratie in diese Schicksalsgemeinschaft gezwungen hat. Seine Installation führte zu
20 Missgunst und Streit zwischen den Nationen. Da Krisenländer unter dem Dach der Ein-
21 heitswährung gezwungen sind, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch reale, „interne Abwertungen“
22 und eine damit verbundene energische Sparpolitik („Austeritätspolitik“) wieder herzustellen
23 anstatt dafür eigene Währungsspielräume auszunutzen, sind innereuropäische Spannungen
24 eine systembedingte Folge des Euro.

25 Der Euro und die damit zusammenhängenden „Rettungsmaßnahmen“ oder gar Vorschläge für
26 eine „EU-Wirtschaftsregierung“ sind illegitime und illegale Eingriffe in die demokratischen
27 Entscheidungsstrukturen der beteiligten Nationalstaaten. Die bereits derzeit aufgetürmten
28 Haftungsrisiken in Höhe dreistelliger Milliardenbeträge waren zu keiner Zeit Gegenstand der
29 Haushaltsberatungen nationaler Parlamente. Der Euro kann und darf als kontinentales
30 Großexperiment nicht fortgeführt werden. Das Vermächtnis aus der Geschichte Europas ist
31 der demokratische Rechtsstaat und ein friedliches Miteinander souveräner Staaten. Die Instal-
32 lation des Euro-Währungsraums ist geeignet, diese kulturellen Errungenschaften zu zerstö-
33 ren. Um dem vorzubeugen, muss das waghalsige Experiment unverzüglich abgebrochen wer-
34 den.

35 Die AfD setzt sich dafür ein, die deutsche Mitwirkung an der wirtschaftlich und rechtlich fal-
36 schen Fortsetzung dieser „Rettungs“-Politik zu beenden und bei mangelnder Einsicht der
37 Partnerstaaten aus dem Euro-Verband auszutreten. Alternativ zum deutschen Austritt kann
38 eine gemeinsame geordnete Auflösung angeboten werden. Die AfD geht dabei von folgender

1 Erkenntnis aus: Die Rückabwicklung einer fast 20-jährigen Fehlentwicklung wird schmerzhaft.
2 Doch sie ist unvermeidbar, weil es unverantwortlich ist, in einem System zu verharren,
3 in dem jeder weitere garantierte Kredit etwa für Griechenland mit absoluter Sicherheit verloren
4 ist. Nach dem Grundsatz, wonach niemand schlechtem (da verlorenem) Geld gutes hinterherwirft,
5 ist dieses Verhalten dringend geboten. Die mit diesem Ausstieg verbundenen einmaligen
6 Kosten werden beherrschbarer und niedriger sein als die, welche ein Verbleiben im Euro-
7 Verbund mit sich bringt. Jeder Aufschieben einer solchen Problemlösung erhöht die Risiken.

8 Eine Bundesregierung mit AfD-Beteiligung muss das Recht in Anspruch nehmen, die Vereinbarungen
9 über die Euro-Währungsunion zu kündigen und sich dabei auf den Fortfall der Geschäftsgrundlage
10 bzw. Vertragsvereitelung zu berufen. Ein Austritt Deutschlands aus der Währungsunion ist aus
11 nationalem und auch europäischem Interesse unausweichlich. Das Bundesverfassungsgericht hat
12 in seinem Maastricht-Urteil (1993) konstatiert, dass einem Auscheiden Deutschlands keine
13 institutionellen Vorkehrungen entgegenstehen, wenn das Ziel einer Stabilitätsgemeinschaft
14 verfehlt wird. Deutschland wird sehr deutlich machen, dass der Austritt nicht gegen die
15 Partnerländer gerichtet ist, sondern dass es um die Korrektur der katastrophalen
16 Fehlentwicklung des Euro zum Wohle aller Länder der Euro-Zone geht. Generell verlieren
17 dann alle Vereinbarungen, die im Zusammenhang mit der Gemeinschaftswährung Euro stehen,
18 für Deutschland ihre Gültigkeit. Der ESM vergibt sofort keine neuen Kredite mehr,
19 die mit dem deutschen Anteil besichert sind, und er wird für Deutschland abgewickelt.
20 Die anderen Rettungsmechanismen laufen für Deutschland aus. Zahlungen in die aktuellen
21 Rettungsinstrumente werden auf die konkret gegebenen Zusagen begrenzt.

22 2.5 KEINE DEUTSCHE HAFTUNG FÜR AUSLÄNDISCHE BANKEN

23 Wir wenden uns gegen die fortschreitende europäische Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken
24 aus Bankgeschäften. Die „Bankenunion“ ist ebenso wie die Konzentration der Bankenaufsicht
25 bei der EZB ein weiterer Schritt in die Haftungs- und Transferunion über die bereits in der
26 Währungsunion bestehenden Haftungsmechanismen hinaus. Leistungsfähige Staaten (wie
27 Deutschland) sollen noch mehr für die politischen Verfehlungen anderer EU-Länder aufkommen.
28 Damit können jene Staaten, die schon bisher ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele
29 verfehlt haben, mit dieser Politik fortfahren; sie setzen dabei darauf, dass die nachteiligen
30 Folgen ihrer Politik von der EU-Gemeinschaft getragen werden, vor allem von Deutschland.
31 Praxis war dies bisher nur bei den Staatsfinanzen (Ausgleich der Defizite durch andere).
32 Nunmehr soll auch die private Bankenwirtschaft dieser Umverteilung unterworfen werden,
33 der Haftung aller für alle. Geplant ist dies unter den Stichworten „Bankenunion“ und
34 „europäische Einlagensicherung“.

35 Unter dem Dach der EZB ist bereits eine Aufsicht über alle betroffenen Banken geschaffen
36 worden. Als Vorwand dient die Behauptung, Finanzkrisen und Kettenreaktionen durch einheitliche
37 Beurteilungen besser abwehren zu können. In der Doppelrolle der intransparenten EZB
38 sehen wir einen gravierenden Interessenkonflikt: Die Bank ist zugleich Gläubigerin und

1 Aufsichtsbehörde der von ihr abhängigen Geschäftsbanken. Wir treten dafür ein, die nationale
2 Souveränität über die Banken- und Finanzdienstleistungen wiederherzustellen; dieser Wirt-
3 schaftsbereich ist für ein reibungsloses Funktionieren unserer Volkswirtschaft lebenswichtig.

4 Deshalb verlangt die AfD, dass die deutschen Banken ihren Haftungsverbund auf die nationale
5 Ebene begrenzen und wie bisher eigene Verbundlösungen schaffen können, die den unter-
6 schiedlichen Profilen der Banken Rechnung tragen.

7 Die Bankenaufsicht muss vollständig in nationalen Händen liegen, unabhängig von vereinheit-
8 lichten EU-Standards. Die deutsche Bankenaufsicht sollte jederzeit in der Lage sein, Standards
9 zur Eigenkapitalunterlegung von Geschäften aufzustellen und durchzusetzen.

10 Als Partei der sozialen Marktwirtschaft will die AfD erreichen, dass in letzter Konsequenz In-
11 solvenzen von Banken ohne Beteiligung des Steuerzahlers möglich sind. Die Haftung für fal-
12 sches oder zu riskantes Handeln von Banken darf nicht durch das Argument der „Systemrele-
13 vanz“ unterlaufen werden. Systemrelevante Banken müssen im Fall einer drohenden Insol-
14 venz zunächst durch Verzehr des Eigenkapitals und dann durch Umwandlung von Fremdkapi-
15 tal in Eigenkapital rekapitalisiert werden. Die fast unverzinslichen Sparguthaben und Girokon-
16 tenbestände sind davon unter allen Umständen auszunehmen. Fremdkapitalgeber, Manager
17 und Gesellschafter der Banken müssen vor Spareinlegern oder gar Steuerzahlern in Haftung
18 treten. Handlung und Haftung müssen beieinander bleiben. Die derzeitigen Eigenkapitalvor-
19 schriften für das Bankenwesen führen mittelfristig unweigerlich zu einer weiteren Eskalation
20 der Bankenkrise. Deshalb fordern wir, dass Banken auch für Staatsanleihen entsprechend dem
21 realen Risiko Eigenkapital als Risikopuffer vorhalten. Es ist untragbar, dass Griechenland-
22 Anleihen mit einem geringeren Risiko bewertet werden als Kredite für den deutschen Mittel-
23 stand. Ferner halten wir eine deutlich erhöhte Eigenkapitalquote für Banken, Hedgefonds und
24 „Schattenbanken“ für unerlässlich.

3 INNERE SICHERHEIT UND JUSTIZ

Wir wollen den Rechtsstaat stärken und dem Recht wieder zur Durchsetzung verhelfen. Erstens müssen sich die Bürger auf das Recht und ihr Recht verlassen können. Zweitens müssen sich die Organe und Institutionen des Staats wieder an das Recht halten. Vor einem Staat, der das Recht mit Füßen tritt, sind auch die Bürger nicht sicher.

Die Einhaltung des Rechts ist die Grundvoraussetzung für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit. Sie ist eine Kernaufgabe unseres Staates. Sie garantiert ein friedliches Zusammenleben der Menschen in einer offenen und freien Gesellschaft, unabhängig von ihrer Herkunft und Religion. Sie ist Voraussetzung für unsere Freiheit, für Wohlstand und Demokratie.

Die Innere Sicherheit in Deutschland nimmt immer mehr ab. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Um die Lage zu verbessern, sind Veränderungen bei Polizei und Justiz erforderlich. Auch sind deren Eingriffsmöglichkeiten an die Herausforderungen anzupassen sowie nicht zuletzt diejenigen Ursachen zu bekämpfen, die zu erhöhter Kriminalitätsbelastung geführt haben und voraussichtlich auch weiter führen werden.

Die AfD fordert daher einen „sicherheitspolitischen Befreiungsschlag“, um den Schutz der Bürger an erste Stelle zu setzen. Andere Belange haben sich dem unterzuordnen. Wir wollen einen klaren Systemwechsel hin zu Behörden, die zum maximalen Schutz der Bürger in der Lage sind: Ausländerbehörden, Polizei und Strafverfolgung. Wir wollen den Sicherheitsbehörden bessere und moderne Vorschriften geben.

3.1 POLIZEI STÄRKEN UND STRAFJUSTIZ VERBESSERN

Die Polizei ist ausgezehrt: Jahrelange so genannte „Polizeireformen“ haben zu einem deutlichen Personalabbau geführt. Dies führte in allen Bereichen zu unzumutbaren und unverantwortlichen Mangelsituationen. Daher sind, um sie zu beheben, die Stellenpläne im erforderlichen Maß aufzustocken und die Ausrüstung auf den modernsten Stand zu bringen. Zur besseren Evaluierung ist eine Kriminalstatistik ohne politische Vorgaben als möglichst getreues Abbild der Realität zu erstellen und durch eine Dunkelfeldstudie zu ergänzen.

Die AfD setzt sich für eine schnelle Verbesserung der Justizorganisation, für eine Wiederherstellung unseres Rechtssystems und für einen effektiven Rechtsschutz der Bürger ein. Die Justiz muss in allen Bereichen wieder schneller und zuverlässiger arbeiten.

Vor dem Hintergrund der steigenden Brutalität jugendlicher Krimineller und der gravierenden Problematik jugendlicher Intensivtäter halten wir es für wichtig und zweckmäßig, auf volljährige Täter das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden und das Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre zu senken. Der Staat muss durch die konsequente Bestrafung schwerer Delikte Signale der Warnung und Prävention aussenden sowie den verloren gegangenen Respekt bei diesen jugendlichen Serientätern wiederherstellen.

1 Wir sind dafür, das Anordnen der Untersuchungshaft schon dann möglich zu machen, wenn
2 der dringende Tatverdacht eines Verbrechens im Sinne des § 12 Abs. 1 StGB besteht.

3 Die Strafjustiz hat derzeit mit einer Strafprozessordnung zu arbeiten, die noch aus dem
4 19. Jahrhundert stammt. Sie ist personell zu stärken, die Verfahren sind durch geeignete Ver-
5 fahrensmaßnahmen zu beschleunigen, doch dabei selbstverständlich die verfassungsrechtli-
6 chen Anforderungen an ein faires Verfahren zu wahren. Die Möglichkeiten des Strafbefehlsver-
7 fahrens sind ebenso wie die des beschleunigten Strafverfahrens zu verbessern. Das Rechtsmit-
8 telsystem ist so zu gestalten, dass zügige Entscheidungen möglich werden, indem insbesonde-
9 re Urteilsaufhebungen und Zurückweisungen zur Neuverhandlung abgeschafft werden.

10 **3.2 WEISUNGSFREIE STAATSANWÄLTE, UNABHÄNGIGE RICHTER** 11 **UND PARTEIFERNE RECHNUNGSHÖFE**

12 Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf das Ernennen von Richtern und
13 Staatsanwälten beenden und für die Zukunft ausschließen. Auch wollen wir die Praxis ändern,
14 dass die Staatsanwaltschaft weisungsgebunden und im Einzelfall dem Justizminister berichts-
15 pflichtig ist. Die Unabhängigkeit der dritten Gewalt muss durch eine Selbstverwaltung der Jus-
16 tiz ausgebaut werden, wie es in vielen anderen europäischen Ländern bereits üblich ist. Wir
17 unterstützen daher den Modellvorschlag des Deutschen Richterbundes, einen Justizwahlaus-
18 schuss und einen Justizverwaltungsrat einzurichten. Insbesondere die Verfassungsgerichte
19 und Rechnungshöfe sind vor parteipolitischer Einwirkung zu schützen.

20 **3.3 ANGRIFFE AUF AMTSPERSONEN HÄRTER BESTRAFEN**

21 Der immer mehr um sich greifenden Aggressivität gegen Amtspersonen im weiteren Sinne
22 (Polizeibeamte, Feuerwehrangehörige und sonstige Rettungskräfte) ist dadurch zu begegnen,
23 dass tätliche Angriffe auf diesen Personenkreis mit einer Freiheitsstrafe von mindestens drei
24 Monaten zu ahnden sind.

25 **3.4 OPFERSCHUTZ STATT TÄTERSCHUTZ**

26 Statt den Täterschutz immer weiter ausufern zu lassen, wollen wir den Fokus wieder auf da-
27 rauf richten, den Opferschutz sachorientiert zu verbessern.

28 Nicht therapierbare alkohol- und drogenabhängige sowie psychisch kranke Täter, von denen
29 erhebliche Gefahren für die Allgemeinheit ausgehen, sind nicht in psychiatrischen Kranken-
30 häusern, sondern in der Sicherungsverwahrung unterzubringen.

31 Lockerungen und Urlaube im Strafvollzug dürfen nur mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft
32 möglich sein.

33 Der erhebliche Anteil von Ausländern gerade im Bereich der Gewalt- und Drogenkriminalität
34 begegnet derzeit nur halbherzigen ausländerrechtlichen Maßnahmen, insbesondere können

1 sich ausländische Kriminelle sehr häufig auf Abschiebungshindernisse berufen und sind auf
2 diese Weise vor Abschiebung sicher. Die Ausweisungsvoraussetzungen sind herabzusetzen
3 und das Ausweisungsverfahren ist zu straffen, indem die Strafgerichte die Ausweisung von
4 Kriminellen schon zugleich mit dem Strafurteil aussprechen.

5 Ferner sind gesetzliche Abschiebungshindernisse zu entschärfen. Außerdem sind durch Ver-
6 einbarung mit ausländischen Staaten Aufnahmekapazitäten für sonst nicht abschiebbare Per-
7 sonen außerhalb Deutschlands zu schaffen, ggf. muss für gefährliche Kriminelle Sicherungs-
8 haft verhängt werden können. Wir fordern, die Einbürgerung Krimineller zuverlässig zu ver-
9 hindern, den Anspruch auf Einbürgerung abzuschaffen, den früheren Status Quo des Abstam-
10 mungsprinzip (galt bis 2000) wieder einzuführen sowie den Verlust der Staatsbürgerschaft
11 bei bestimmten Tatbeständen im Rahmen geltenden Rechts zu forcieren.

12 **3.5 WAFFENRECHT MUSS NICHT VERSCHÄRFT WERDEN**

13 Ein liberaler Rechtsstaat muss seinen Bürgern vertrauen. Er muss es nicht nur ertragen kön-
14 nen, dass Bürger legal Waffen erwerben und besitzen, sondern muss die Handlungsfreiheit
15 seiner Bürger bewahren und freiheitsbeschränkende Eingriffe minimieren.

16 Die AfD wersetzt sich jeder Einschränkung von Bürgerrechten durch ein Verschärfen des
17 Waffenrechts. Die Kriminalisierung von Waffenbesitz schreckt Täter nicht ab, sondern macht
18 Opfer wehrloser. Eine Verschärfung des Waffenrechts wird nicht verhindern, dass Terroristen
19 und andere Verbrecher illegal Waffen erwerben, mit ihnen handeln und sie nutzen. Ein stren-
20 geres Waffenrecht wäre ein weiterer Schritt in die Kriminalisierung unbescholtener Bürger
21 und in den umfassenden Überwachungs- und Bevormundungsstaat.

22 **3.6 KEIN DATENSCHUTZ FÜR TÄTER**

23 Das Recht auf informelle Selbstbestimmung ist für uns ein wichtiges Gut. Die Grundsätze des
24 Datenschutzes müssen gewährleistet werden. Gleichwohl ist zu überprüfen, ob die Sicherheit
25 der Bürger sowie von Wirtschaft und Industrie vor Spionage bei dieser Frage angemessen be-
26 rücksichtigt wird. Im Zweifel ist das Recht der Bürger auf Sicherheit höher zu bewerten als das
27 eines Straftäters auf informationelle Selbstbestimmung. Bei der Implementierung von Daten-
28 schutzmaßnahmen ist immer der Mehraufwand für die Ermittlungspersonen und die Justiz zu
29 berücksichtigen und sinnvoll abzuwägen. Ziel muss es sein, die Lebensbedingungen für die
30 Mehrheit der Bürger zu verbessern. In der Vergangenheit hat ein ideologisch motiviertes
31 übertriebenes Maß an Datenschutzmaßnahmen die Sicherheitsbehörden gelähmt und unver-
32 hältnismäßig bürokratisiert. Die Folge ist mangelnde Sicherheit für rechtschaffene Bürger und
33 Datenschutz für Täter. Die Grundsätze des Zeugnisverweigerungsrechtes aus beruflichen und
34 persönlichen Gründen bleiben unberührt.

35 **3.7 ORGANISIERTE KRIMINALITÄT NACHHALTIG BEKÄMPFEN**

1 Die organisierte Kriminalität (OK) muss nachhaltiger bekämpft werden. Dazu gehört, Gewinne
2 aus Straftaten besser abzuschöpfen und folgerichtig die bereits bestehenden rechtlichen In-
3 strumente des Verfalls und der Einziehung besser zu nutzen. Die Mehrzahl der Täter im Be-
4 reich der organisierten Kriminalität sind Ausländer. Sie auszuweisen, muss vereinfacht wer-
5 den. Deshalb ist für diesen Personenkreis bei entsprechendem Verdacht die OK-
6 Zugehörigkeit als Ausweisungsgrund einzuführen.

7 **3.8 ZIVIL- UND FACHGERICHTE SIND EIN STANDORTFAKTOR**

8 Eine leistungsfähige Justiz im Zivil- und Arbeitsrecht wie auch sonst in der Fachgerichtsbar-
9 keit (z.B. Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit) stellt einen wichtigen Standortvorteil für
10 die Entscheidungen der Privatwirtschaft dar. Zügig und effizient hergestellte Rechtssicherheit
11 macht Deutschland als Wirtschaftsstandort attraktiv. Bessere personelle wie sachliche Aus-
12 stattung der Gerichte ist hierfür unverzichtbar und daher zu stärken. Die AfD fordert, das
13 Rückwirkungsverbot einzuhalten und wendet sich konsequent gegen echte und unechte
14 Rückwirkung.

1 4 AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

2 Die Bundesrepublik verfolgt eine orientierungslose Anpassungspolitik. Das führt dazu, dass
3 zunehmend andere Staaten und Institutionen die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik be-
4 einflussen und steuern. Sicherheitspolitische Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit in
5 Deutschland und Europa sind erodiert. Deswegen ist Deutschland zunehmend auf den Schutz
6 und die Unterstützung von Bündnispartnern, besonders der USA, angewiesen und kann eige-
7 ne Interessen nicht angemessen vertreten. Die AfD tritt deshalb dafür ein, zur deutschen Au-
8 ßen- und Sicherheitspolitik eine langfristige ressortübergreifende Gesamtstrategie zu erarbei-
9 ten und umzusetzen. Dabei müssen die nationalen Interessen und das Wohl des deutschen
10 Volkes im Mittelpunkt stehen.

11 Als eine der großen Wirtschaftsnationen liegt es im deutschen Interesse, zu allen Staaten gute
12 Beziehungen zu entwickeln und zu pflegen. In internationalen Bündnissen und Organisatio-
13 nen mitzuwirken, ist ein Grundpfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Zusam-
14 menarbeit wird durch zwischenstaatliche Kooperationen ergänzt.

15 4.1 VEREINTE NATIONEN REFORMIEREN

16 Die Vereinten Nationen sind für Fragen der Sicherheit und des Friedens in der Welt unver-
17 zichtbar. Die AfD setzt sich dafür ein, dass Deutschland als aktives Mitglied der Vereinten Nati-
18 onen beim Lösen und Bewältigen internationaler Konflikte eine aktive und konstruktive Rolle
19 spielt. Ziel muss es sein, internationale Krisenherde diplomatisch zu entschärfen, um humani-
20 täre Katastrophen und den Verlust der Heimat von Bevölkerungsgruppen zu vermeiden, auch
21 um unkontrollierten Wanderungsbewegungen in Richtung Europa entgegenzuwirken. Wir
22 treten dafür ein, sich in innere Angelegenheiten anderer Staaten nicht einzumischen. Organi-
23 sationen und international agierende Konzerne, die Einfluss auf die Innenpolitik anderer Län-
24 der oder deren Eliten zu nehmen versuchen, um ihre politischen oder wirtschaftlichen Inte-
25 ressen durchzusetzen, sind darin zu beschränken.

26 Die AfD ist dafür, die Vereinten Nationen, einschließlich des Sicherheitsrates, zu stärken und
27 zu reformieren. Den veränderten Gewichtungen in der Welt sollte Rechnung getragen werden.
28 Als eine weltweit anerkannte Nation und als drittgrößter Beitragszahler der UN fordern wir
29 für Deutschland einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Aufgrund des Völkergewohnheits-
30 rechts und in Übereinkunft mit den früheren Siegermächten haben sich die Grundzüge der
31 Feindstaatenklausel grundlegend gewandelt. Es bleibt die Aufgabe, diese nun endgültig zu
32 streichen.

33 4.2 NATO ALS VERTEIDIGUNGSBÜNDNIS

34 Die Mitgliedschaft in der Nato entspricht den außen- und sicherheitspolitischen Interessen
35 Deutschlands, soweit sich die Nato auf ihre Aufgabe als Verteidigungsbündnis beschränkt. Wir
36 setzen uns dafür ein, den europäischen Teil der atlantischen Allianz deutlich zu stärken. Um

1 dieses Ziels zu erreichen, ist es unabdingbar, die militärischen Fähigkeiten der deutschen
2 Streitkräfte wieder herzustellen, um Anschluss an die strategischen und operativen Erforder-
3 nisse zu finden. Diese von der AfD geforderte Wiederherstellung soll nicht nur die Landesver-
4 teidigung als zentrale Aufgabe der Bundeswehr sicherstellen, sondern die deutschen Streit-
5 kräfte auch in erforderlichem Maß zur Bündnisverteidigung und Krisenvorsorge befähigen.
6 Die AfD sieht im Bestreben, Verpflichtungen gegenüber den Nato-Bündnispartnern berechen-
7 bar zu erfüllen, eine wichtige Aufgabe deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, um auf diesem
8 Weg mehr Gestaltungsmacht und Einfluss zu entfalten. Wir treten dafür ein, dass jedes Enga-
9 gement in der Nato im Einklang mit den deutschen Interessen steht und einer zielgerichteten
10 Strategie entspricht. Die Nato muss so reformiert werden, und die Streitkräfte der europäi-
11 schen Partnerstaaten sind so zu restrukturieren, dass sie die Sicherheit in Europa und an sei-
12 ner Peripherie gewährleisten können.

13 Nato-Einsätze außerhalb des Bündnisbereichs, an der sich deutsche Streitkräfte beteiligen,
14 sollten grundsätzlich unter einem UN-Mandat stattfinden und nur, wenn deutsche Sicherheits-
15 interessen berücksichtigt werden.

16 Die Bündnispartner und Deutschland arbeiten gleichberechtigt und in gegenseitigem Respekt
17 zusammen und stimmen sich in wichtigen internationalen Fragen ab. Vor diesem Hinter-
18 grund steht 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 25 Jahre nach der Beendi-
19 gung der Teilung Europas die Neuverhandlung des Status alliierter Truppen in Deutschland
20 auf der Tagesordnung. Dieser muss an die wiedergewonnene deutsche Souveränität angepasst
21 werden.

22 Ein unverzichtbares Instrument der europäischen Friedensordnung ist die OSZE. Ihre Rolle in
23 europäischen Konflikten wollen wir gestärkt und ausgebaut sehen. Die AfD möchte die Zu-
24 sammenarbeit mit der OSZE vertiefen. Dafür von besonderer Bedeutung ist, Krisenregionen
25 zu stabilisieren.

26 Das Verhältnis zu Russland ist für Deutschland, Europa und die Nato von maßgeblicher Bedeu-
27 tung, denn Sicherheit in und für Europa kann ohne Russlands Einbindung nicht gelingen. Wir
28 setzen uns daher dafür ein, Konflikte in Europa friedlich zu regeln und dabei die jeweiligen
29 Interessen zu berücksichtigen.

30 Die AfD vertritt eine Außenpolitik, die verpflichtet ist, die außen- und sicherheitspolitischen,
31 die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen Deutschlands zu wahren.

32 Wir sind für die Freiheit der Handelswege, der internationalen Kommunikation (wie die des
33 Internet), für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und für die gleichberechtigte faire
34 Nutzung der globalen Ressourcen.

1 4.3 BUNDESWEHR STÄRKEN

2 Die deutschen Streitkräfte sind derzeit nur noch bedingt einsatzbereit. Die Regierungspartei-
3 en und grobes Miss-Management haben sie über nahezu drei Dekaden hinweg vernachlässigt.
4 Sie müssen in vollem Umfang wieder in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben wirkungsvoll
5 und nachhaltig zu erfüllen. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass Nato, EU und internationale
6 Staatengemeinschaft Deutschland als gleichberechtigten Partner wahrnehmen.

7 4.3.1 KEINE EUROPÄISCHE ARMEE

8 Gemeinsame europäische Streitkräfte lehnt die AfD ab und hält an einer umfassend befähigten
9 Bundeswehr als Eckpfeiler deutscher Souveränität fest. Dies schließt eine ständige Kooperati-
10 on deutscher Streitkräfte mit denen der Bündnispartner ein.

11 Im Ergebnis benötigt Deutschland Streitkräfte, deren Führung, Stärke und Ausrüstung an den
12 Herausforderungen künftiger Konflikte orientiert ist und höchsten internationalen Stan-
13 dards entspricht, die gründlich und an den modernen Einsatzerfordernissen orientiert ausge-
14 bildet werden und die eine am Wohl der Truppe orientierte Verwaltung mit deutlich reduzier-
15 ter Bürokratie vorhalten.

16 Eng damit verbunden ist auch, unverzichtbare nationale wehrtechnische Kernfähigkeiten zu
17 erhalten und zu fördern, um in Schlüsselbereichen von Technik und Technologie national un-
18 abhängig zu bleiben, technisch mit der Weltspitze Schritt zu halten und Arbeitsplätze in
19 Deutschland zu sichern.

20 Sicherheit und Freiheit Deutschlands und seiner Verbündeten sind im Finanzhaushalt mehr
21 als heute angemessen zu berücksichtigen. Umfang und Ausrüstung der Streitkräfte müssen
22 sich nach deren Aufgaben und den außen- und sicherheitspolitischen Erfordernissen richten.

23 Ebenfalls geboten ist, die Nachrichtendienste umfangreich zu reorganisieren und zu reformie-
24 ren. Sie sind ein wichtiges Mittel, Gefahren im In- und Ausland zu erkennen und abzuwehren.
25 Die bisher praktizierte Finanzierung nach Kassenlage lehnt die AfD ab.

26 4.3.2 WEHRPFLICHT WIEDER EINSETZEN

27 Art. 87a des Grundgesetzes bestimmt: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Die
28 Landesverteidigung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Sie betrifft den Kern staatlicher Exis-
29 tenz und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Daher ist der Auftrag der Bun-
30 deswehr Verpflichtung für jeden Staatsbürger. Wir erkennen den Ausnahmefall des Rechts auf
31 Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen an, sehen aber den Wehrdienst junger
32 Männer aus allen gesellschaftlichen Schichten in den Streitkräften als Regelfall an.

33 Durch die Rückkehr zur Allgemeinen Wehrpflicht schaffen wir die Voraussetzungen dafür,

- 1 – dass sich die Bevölkerung mit „ihren Soldaten“ und „ihrer Bundeswehr“ identifiziert,
2 mit Streitkräften, die in der Bevölkerung fest verankert sind,
- 3 – dass sich das Bewusstsein für die wehrhafte Demokratie wiederbelebt,
- 4 – dass nachhaltig Nachwuchs aus allen Gesellschaftsschichten gewonnen wird und damit
5 eine intelligenter Armee möglich wird,
- 6 – dass ein breites Potential an Reservedienstleistenden entsteht.

7 Deshalb tritt die AfD dafür ein, für alle männlichen deutschen Staatsbürger im Alter zwischen
8 18 und 28 Jahren den Grundwehrdienst wieder einzusetzen. Die Dauer des Wehrdienstes richtet
9 sich nach dem, was für die Sicherheit notwendig ist. Sie muss eine gründliche, kriegs- und
10 einsatzorientierte Ausbildung ermöglichen. Kriegsdienstverweigerer leisten Wehersatz-
11 dienst. Frauen sollen die Möglichkeit haben, freiwillig in den Streitkräften zu dienen.

12 4.4 ENTWICKLUNGSHILFE

13 Entwicklungshilfe sollte stets „Hilfe zur Selbsthilfe“ sein. Hiervon zu trennen ist die humanitä-
14 re Hilfe, die sogenannten Transfers. Es liegt im deutschen Interesse, wenn die Menschen in
15 Entwicklungsländern eine Perspektive für ein menschenwürdiges Leben in ihrer Heimat er-
16 halten. Die Auswanderung von Menschen in wirtschaftlicher Not nach Deutschland löst die
17 Probleme vor Ort nicht.

18 Angesichts des riesigen Bedarfs an Unterstützung der Entwicklungsländer einerseits und Be-
19 grenztheit der Mittel andererseits ist angezeigt, die Maßnahmen zu konzentrieren. Nur solche
20 Projekte sind zu unterstützen, die das Empfängerland bzw. die einheimischen Unternehmen
21 nach Ablauf der Projektdauer ohne fremde Hilfe selbständig weiterführen können. Dabei muss
22 die Hilfe zur Selbsthilfe die sicherheitspolitische und außenwirtschaftliche Interessenlage
23 Deutschlands stärker als bisher berücksichtigen.

24 Um die Entwicklungshilfe in die außenpolitische Gesamtstrategie einzuordnen, soll sie zu-
25 künftig in das Auswärtige Amt eingegliedert werden. Die Entwicklungshilfe-Organisationen in
26 Deutschland (GIZ, KfW Kapitalhilfe, etc.) sind zu straffen und besser zu koordinieren.

27 Vorrang in der Entwicklungshilfe haben Maßnahmen, die investiv und organisatorisch durch
28 private Unternehmen vor Ort begleitet werden können.

29 Fluchtursachen in den Herkunftsländern müssen bekämpft werden, auch wenn dies für die
30 westliche Wirtschaft nachteilig ist.

1 5 ARBEITSMARKT UND SOZIALPOLITIK

2 Die Arbeitswelt ist das Herz moderner Gesellschaften. Nur hocheffiziente Volkswirtschaften
3 sind in der Lage, die elementaren äußeren Lebensbedingungen möglichst aller Bürger zu ge-
4 währleisten. Sie sind die Basis hoch entwickelter Zivilisationen und Kulturen und nicht zuletzt
5 der Staaten, die hierfür einen angemessenen Ordnungsrahmen darstellen. Die Bildungssysteme
6 sind auf die Arbeitswelt ausgerichtet. Die Arbeitswelt entfaltet ihre überragende Bedeu-
7 tung auch dadurch, dass sie Aktionsraum zur Verwirklichung menschlicher Kreativität und
8 Schaffenskraft ist. Die politische Gestaltung der Bedingungen des Erwerbslebens und aller
9 Systeme, die den Erwerbslosen auskömmliche Existenzbedingungen gewährleisten, gehört
10 daher zu den bedeutungsvollsten Politikfeldern moderner Staatlichkeit.

11 5.1 ARBEITSMARKT VON UNNÖTIGER BÜROKRATIE BEFREIEN

12 Das geltende Arbeitsrecht ist in zahlreiche Einzelgesetze aufgespalten, die durch Richterrecht
13 zu einem System zusammengefügt werden müssen. Dieser Zustand währt seit vielen Jahren
14 und ist mit Grundsätzen qualitativ besserer Gesetzgebung nicht vereinbar. Zudem sind ungezählte
15 Einzelfragen Gegenstand einer unübersichtlichen und regional unterschiedlichen Einzelfall-
16 rechtsprechung, welche eine angemessene Berechenbarkeit der Rechtslage kaum mehr mög-
17 lich macht. Daher ist es dringend geboten, ein Arbeitsgesetzbuch zu schaffen, das sowohl die
18 Einzelgesetze systematisch zusammenführt als auch der überbordenden und uneinheitlichen
19 Rechtsprechung ein Ende bereitet.

20 5.2 BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT AUFLÖSEN UND KOMMUNALE 21 JOBCENTER AUFWERTEN

22 Die AfD will die Bundesagentur für Arbeit auflösen und ihre Aufgaben vor allem auf kommu-
23 nale Jobcenter übertragen. Dann gibt es nur noch einen öffentlichen Dienstleister am Arbeits-
24 markt: das kommunale Jobcenter. Das entspricht einer flächendeckenden Ausdehnung des
25 bereits praktizierten „Optionsmodells“ bei Leistungen nach dem SGB II.

26 Die Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz soll zweckmäßigerweise die Finanzverwal-
27 tung auszahlen. Dabei handelt es sich ohnehin um eine steuerliche Familienförderung, die der
28 Bundesagentur für Arbeit lediglich gemäß § 368 Abs. 3 SGB II übertragen ist. Die kommunal
29 organisierten Jobcenter betreuen alle Empfänger von öffentlichen Leistungen aus Anlass der
30 eingetretenen Arbeitslosigkeit. Daneben betreuen sie die Berufsanfänger. Alle Anliegen zum
31 Thema „Arbeitslosigkeit und Lohnersatzleistung“ werden durch eine Verwaltungsbehörde
32 geklärt.

33 5.3 MINDESTLOHN BEIBEHALTEN

34 Der gesetzliche Mindestlohn ist mit dem Wesen der Sozialen Marktwirtschaft eng verbunden.
35 Er korrigiert im Bereich der Entlohnung die Position der Niedriglohneempfänger als schwache

1 Marktteilnehmer gegenüber den Interessen der Arbeitgeber als vergleichsweise starke Markt-
2 teilnehmer. Er schützt sie auch vor dem durch die derzeitige Massennmigration zu erwartenden
3 Lohndruck. Insbesondere erlaubt der Mindestlohn eine Existenz jenseits der Armutsgrenze
4 und die Finanzierung einer, wenn auch bescheidenen, Altersversorgung, die ansonsten im We-
5 ge staatlicher Unterstützung von der Gesellschaft zu tragen wäre. Mindestlöhne verhindern
6 somit die Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung der Kosten. Die Alter-
7 native für Deutschland befürwortet es daher, den gesetzlichen Mindestlohn beizubehalten.

8 **5.4 REFORM DER SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEME**

9 Leitbild für uns ist die Familie, für die wir in der Sozialversicherung Abgabengerechtigkeit
10 wollen. Die AfD will die Leistung von Eltern durch die Geburt, Versorgung und Erziehung von
11 Kindern nicht nur ideell, sondern auch materiell anerkennen. Dazu hat das Bundesverfas-
12 sungsgericht den Gesetzgeber bereits verbindlich aufgefordert. Wir wollen die derzeitigen
13 finanziellen Nachteile von Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen korrigieren.

14 **5.4.1 FINANZIELLE BENACHTEILIGUNG VON FAMILIEN BESEITIGEN**

15 Familien sind gegenüber Kinderlosen in dramatischer Weise finanziell benachteiligt. Famili-
16 enarmut und eine anhaltend niedrige Geburtenrate sind die Folge. Kinder werden in Politik
17 und Medien als karrierehemmender Ballast dargestellt. Es ist Zeit, die Leistung der Eltern fi-
18 nanziell und ideell anzuerkennen.

19 Deutschland hat die niedrigste Geburtenrate in ganz Europa. Grund ist zum einen eine Zu-
20 nahme der Kinderlosen, zum anderen ein Rückgang der Mehrkindefamilien. Wenn wir dieser
21 demographischen Fehlentwicklung nicht gegensteuern, werden unsere Renten-, Kranken- und
22 Pflegeversicherungssysteme zusammenbrechen.

23 Die AfD steht für grundlegende Reformen zum Wohle Deutschlands. Das betrifft auch die Sozi-
24 alversicherungen. Nur so können die Systeme auch zukünftig leistungsfähig bleiben. Die ho-
25 hen Abgaben wirken sich negativ auf die Einkommen der Arbeitnehmer aus. Auch der wirt-
26 schaftliche Erfolg Deutschlands leidet darunter.

27 **5.4.2 "AKTIVIERENDE GRUNDSICHERUNG" - ARBEIT, DIE SICH LOHNT**

28 Die AfD will eine „Aktivierende Grundsicherung“ als Alternative zum Arbeitslosengeld II (so-
29 genanntes „Hartz IV“). Dabei schmilzt der staatliche Unterstützungsbetrag der Grundsiche-
30 rung mit wachsendem Einkommen immer weiter ab, bis ab einem bestimmten Einkommen
31 Einkommensteuer zu entrichten ist, statt einen staatlichen Unterstützungsbetrag zu erhalten.
32 Der staatliche Unterstützungsbetrag wird nicht wie derzeit ganz oder nahezu vollständig auf
33 den eigenen Verdienst angerechnet. Stattdessen verbleibt dem Erwerbstätigen stets ein spür-
34 barer Anteil des eigenen Verdienstes. Dadurch entsteht Arbeitsanreiz. Wer arbeitet, wird auf

1 jeden Fall mehr Geld zur Verfügung haben als derjenige, der nicht arbeitet, aber arbeitsfähig
2 ist (Lohnabstandsgebot). Missbrauchsmöglichkeiten sind auszuschließen.

3 *5.4.3 KINDER UND ERZIEHUNGSLEISTUNG BEI DER RENTE BERÜCKSICHTIGEN*

4 Ein reformiertes Renten- und Steuersystem muss gewährleisten, dass kinderreiche Familien
5 nicht mehr unter dem steuerlichen Existenzminimum leben müssen und ausreichende eigene
6 Rentenansprüche aufbauen. Daher wollen wir bei der Rente die Kinderzahl und die Erzie-
7 hungsleistung berücksichtigen. Durch eine spezielle Förderung von Mehrkindfamilien möchte
8 die AfD zudem dazu ermutigen, sich für mehr Kinder zu entscheiden.

9 *5.4.4 PFLEGE DURCH ANGEHÖRIGE AUFWERTEN*

10 Die Pflege älterer Menschen durch einen Dienst oder durch ein Heim wird höher vergütet als
11 die Pflege durch einen Angehörigen. Pflegenden Angehörigen werden oft mit organisatorischen
12 und finanziellen Problemen alleingelassen. Wir wollen die Fürsorge für pflegebedürftige Fa-
13 milienangehörige in einer vertrauten familiären Umgebung stärken.

14 In Deutschland werden derzeit mehr als 70 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt.
15 Dabei sind die Pflegesätze für Pflegedienste in allen Pflegestufen doppelt so hoch wie die für
16 eine Pflege durch Angehörige.

17 Die AfD möchte die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sich erwachsene Kinder be-
18 wusst für die Pflege der Eltern entscheiden können. Als Grundlage für die häusliche Pflege ist
19 das Beratungsangebot für pflegewillige Angehörige in Form eines umfassenden Betreuungs-
20 netzwerkes zu verbessern und die Pflegesätze an die Leistungen für Pflegedienstleister anzu-
21 gleichen.

22 Die AfD will Familienarbeit in der Pflege als Beitrag für das Gemeinwohl gesellschaftlich aner-
23 kennen. Die individuelle häusliche Pflege muss zu einem Hauptbestandteil der sozialen Siche-
24 rungssysteme werden.

1 6 FAMILIEN UND KINDER

2 Uns ist es wichtig, gewachsene kulturelle und regionale Traditionen und bewährte Institutio-
3 nen zu schützen. Sie geben den Menschen Halt und Bindung. Insbesondere Ehe und Familie
4 garantieren als Keimzellen der bürgerlichen Gesellschaft den über Generationen gewachsenen
5 gesellschaftlichen Zusammenhalt und genießen daher zu Recht den besonderen Schutz des
6 Staates.

7 6.1 BEKENNTNIS ZUR TRADITIONELLEN FAMILIE ALS LEITBILD

8 Die Wertschätzung für die traditionelle Familie geht in Deutschland zunehmend verloren. Die
9 Familie aus Vater, Mutter und Kindern als Keimzelle der Gesellschaft zu verstehen und den
10 Bedürfnissen der Kinder und Eltern gerecht zu werden, muss wieder Mittelpunkt der Famili-
11 enpolitik werden.

12 Staatliche Institutionen wie Krippen, Ganztagschulen, Jugendämter und Familiengerichte
13 greifen zu sehr in das Erziehungsrecht der Eltern ein. Gender Mainstreaming und die generelle
14 Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche
15 Grundeinheit. Die Wirtschaft will Frauen als Arbeitskraft. Ein falsch verstandener Feminismus
16 schätzt einseitig Frauen im Erwerbsleben, nicht aber Frauen, die “nur” Mutter und Hausfrau
17 sind. Diese erfahren häufig geringere Anerkennung und werden finanziell benachteiligt.

18 Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur traditionellen Familie als Leitbild. Ehe und
19 Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. In der Familie sorgen Mutter
20 und Vater in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder. Diese natürliche Ge-
21 meinschaft bildet das Fundament unserer Gesellschaft. Die originären Bedürfnisse der Kinder,
22 die Zeit und Zuwendung ihrer Eltern brauchen, stehen dabei im Mittelpunkt.

23 Es sollte wieder erstrebenswert sein, eine Ehe einzugehen, Kinder zu erziehen und mög-
24 lichst viel Zeit mit diesen zu verbringen. Die AfD möchte eine gesellschaftliche Wertediskussi-
25 on zur Stärkung der Elternrolle und gegen die vom Gender Mainstreaming propagierte Stig-
26 matisierung traditioneller Geschlechterrollen anstoßen. Kinder sind kein karrierehemmender
27 Ballast, sondern unsere Zukunft.

28 Wenn ein Elternteil die Erziehungsleistung allein tragen muss, bedarf es besonderer Unter-
29 stützung.

30 6.2 MEHR KINDER STATT MASSENEINWANDERUNG

31 Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die
32 volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konflikträchtige Masseneinwanderung ist dafür kein
33 geeignetes Mittel. Neben einer maßvollen, an qualitativen Kriterien orientierten Einwande-
34 rung, muss vor allem die Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung durch eine effektive
35 familien- und kinderfreundliche Politik erhöht werden.

1 Die Geburtenrate in Deutschland liegt mit einem relativ konstanten Wert von 1,4 seit über
2 vierzig Jahren weit unter dem bestanderhaltenden Niveau. Jede fünfte Frau bleibt heute kin-
3 derlos, unter Akademikerinnen war es 2012 sogar jede dritte. Familien mit mehr als zwei Kin-
4 dern finden sich überwiegend in sozial schwächeren Schichten, während in der Mittelschicht
5 das Geburteneintrittsalter der Frauen immer weiter steigt und die Anzahl kinderreicher Fami-
6 lien sinkt. Auch sind jährlich rund 100.000 Abtreibungen nach der Beratungsregel (soziale
7 Indikation) zu beklagen. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung kontinuierlich an, so dass
8 sich die demografische Bevölkerungsstruktur gravierend ändert. Im Jahr 2060 werden Prognos-
9 en des Statistischen Bundesamts zufolge nur noch 65 bis 70 Millionen Menschen in Deutsch-
10 land leben gegenüber 81 Millionen 2015.

11 Nehmen die Verschiebung der Alterspyramide und die mangelnde Orientierung der Zuwande-
12 rung am Bedarf des Arbeitsmarktes weiter zu, wird dies sinkende Renten, eine Überlastung
13 der berufstätigen Jahrgänge durch Steuern und Abgaben und eine verminderte Wirtschafts-
14 leistung zur Folge haben. Die sozialen Sicherungssysteme werden in eine finanzielle Schieflage
15 geraten.

16 Um diesen markanten demografischen Trends entgegenzuwirken, setzen die derzeitigen Re-
17 gierungsparteien auf eine fortgesetzte, von Bedarf und Qualifikation abgekoppelte Massen-
18 einwanderung hauptsächlich aus islamischen Staaten. Dabei hat sich in den vergangenen Jah-
19 ren gezeigt, dass insbesondere muslimische Migranten in Deutschland nur ein unterdurch-
20 schnittliches Bildungs- und Beschäftigungsniveau erreichen. Dass die Geburtenrate unter Mig-
21 ranten mit >1,8 deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen, verstärkt den eth-
22 nisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur.

23 Der Versuch, diese Entwicklungen über noch mehr Einwanderung zu kompensieren, birgt
24 durch mangelnde Integration und Kettenmigration insbesondere in den großen Städten die
25 Gefahr, dass sich weitere Parallelgesellschaften bilden. Der soziale Zusammenhalt, das gegen-
26 seitige Vertrauen und die öffentliche Sicherheit als unverzichtbare Elemente eines stabilen
27 Gemeinwesens erodieren in einer konflikträchtigen Multi-Minoritätengesellschaft. Der
28 durchschnittliche Bildungsstand wird weiter sinken.

29 Durch eine größere ideelle Wertschätzung der Elternarbeit sowie einer Familienpolitik, die
30 sich an den Bedürfnissen von Familien orientiert und junge Menschen zur Familiengründung
31 ermutigt, soll die Geburtenrate mittel- bis langfristig wieder ein tragfähigeres Niveau errei-
32 chen. Die Lücke zwischen Kinderwunsch, den nach wie vor 90 Prozent der jungen Deutschen
33 hegen, und der Zahl der geborenen Kinder soweit wie möglich zu schließen, sehen wir als
34 zentrale politische Aufgabe.

35 **6.3 MEHR UNTERSTÜTZUNG FÜR FAMILIEN**

36 So muss eine alternative Familienpolitik die Familie als wertgebende Grundeinheit und
37 Keimzelle der Gesellschaft finanziell und ideell stärken. Die derzeit bestehenden finanziellen

1 Nachteile, die Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen erleiden, müssen korrigiert wer-
2 den. Insbesondere muss es auch in den bildungsnahen, mittleren Einkommensschichten wie-
3 der möglich sein, zukunftsgerichtet für eine große Familie zu sorgen, ohne sich dabei einem
4 Armutrisiko auszusetzen. Geeignetes Mittel dafür wären z.B. Darlehen zum Erwerb von
5 Wohneigentum, deren Schuldsomme sich mit jedem neugeborenen Kind vermindert. Ein re-
6 formiertes Renten- und Steuersystem wird sicherstellen, dass kinderreiche Familien nicht
7 mehr unter dem steuerlichen Existenzminimum leben müssen und ausreichende eigene Ren-
8 tenansprüche aufbauen. Die vielschichtigen Hürden für Akademikerinnen, sich schon wäh-
9 rend des Studiums oder in den ersten Berufsjahren für ein Kind zu entscheiden, wollen wir
10 beseitigen. Studenten, die während oder kurz nach Abschluss des Studiums Eltern werden,
11 soll die Rückzahlung von Bafög-Darlehen erlassen werden. Durch eine spezielle Förderung
12 von Mehrkindfamilien möchte die AfD dazu ermutigen, sich für mehr Kinder zu entscheiden.

13 **6.4 WIRTSCHAFTLICHE ZUKUNFT TROTZ DEMOGRAPHIEKRISE**

14 Gleichzeitig mit dem Anheben der Geburtenrate sind die vorhandenen Potentiale in Deutsch-
15 land besser auszuschöpfen. Hierzu dienen eine optimierte Aus- und Weiterbildung sowie fle-
16 xible Modelle einer sich parallel zum Anstieg der Lebenserwartung verlängernden Lebens-
17 arbeitszeit. Neben dem Ausmaß der körperlichen Belastung durch den jeweiligen Beruf soll-
18 te z.B. auch die Anzahl der Kinder, für die ein Rentner während seiner Erwerbstätigkeit auf-
19 gekommen ist, für den Zeitpunkt des abschlagsfreien Renteneintritts ausschlaggebend sein.
20 Die nach wie vor Millionen zählenden Arbeitslosen sowie die Leistungsbereitschaft einer zu-
21 nehmend aktiveren älteren Bevölkerung dürfen nicht vernachlässigt werden. In Mangelberu-
22 fen sind adäquate Arbeitsbedingungen und eine marktgerechte Entlohnung geboten. Schließ-
23 lich gilt es, die fortgesetzte Abwanderung eigener (Hoch-)Qualifizierter zu vermeiden. Bereits
24 ausgewanderte Deutsche sind mit speziell auf sie zugeschnittenen Initiativen zur Rückkehr zu
25 motivieren.

26 Eine graduelle Abnahme der Bevölkerungszahl darf in Deutschland als einem der am dichtes-
27 ten besiedelten Länder der Welt kein Tabu sein. Neue Techniken der Automatisierung und
28 Digitalisierung bieten Deutschland die Chance, auch bei einer abnehmenden Zahl an Arbeits-
29 kräften die Wirtschaftskraft Deutschlands zu erhalten ohne gravierende Wohlstandsverluste.

30 Mittels der skizzierten familien- und migrationspolitischen Maßnahmen soll eine krisenhafte
31 Zuspitzung der demografischen Entwicklung vermieden und langfristig eine stabilere Bevöl-
32 kerungsstruktur herbeigeführt werden.

33 **6.5 DISKRIMINIERUNG DER VOLLZEIT-MÜTTER STOPPEN**

34 Den Bedürfnissen unserer Kinder nach individueller Betreuung muss wieder Rechnung getra-
35 gen werden. Eltern kleiner Kinder ist dafür der gesellschaftliche, finanzielle und arbeitsmarkt-
36 liche Druck zur doppelten Berufstätigkeit zu nehmen. Wir brauchen eine tatsächliche Wahl-
37 freiheit ohne eine Diskriminierung elterlicher Betreuung.

1 Die aktuelle Familienpolitik in Deutschland wird bestimmt durch das politische Leitbild der
2 voll erwerbstätigen Frau, so dass die Anzahl außerfamiliär betreuter Kleinkinder stetig an-
3 steigt. Die sichere Bindung an eine verlässliche Bezugsperson ist aber die Voraussetzung für
4 eine gesunde psychische Entwicklung kleiner Kinder und bildet die Grundlage für spätere Bil-
5 dung und Beziehungsfähigkeit. Die AfD fordert daher, dass bei unter Dreijährigen eine Betreu-
6 ung, die Bindung ermöglicht, im Vordergrund steht. Die Krippenbetreuung darf nicht einseitig
7 staatlich bevorzugt werden.

8 Eine tatsächliche Wahlfreiheit schließt elterliche und familiennahe Betreuung durch Großel-
9 tern, Kinderfrauen und Tagesmütter mit ein, wobei alle Betreuungsformen finanziell realisier-
10 bar sein müssen.

11 Die Qualität in Krippen muss sich insbesondere hinsichtlich des Betreuungsschlüssels an in-
12 ternational geforderten Standards orientieren.

13 Berufstätigkeit soll Eltern nicht anhaltend überlasten oder zu Gewissenskonflikten führen.
14 Familie und Beruf sind nur vereinbar, wenn junge Eltern ausreichend Zeit haben, um ihrer
15 Elternrolle und ihrer Erziehungspflicht gerecht zu werden. Daher hält die AfD ein Umdenken
16 in der Arbeitswelt für förderlich. Weder familienbedingte Erwerbspausen noch Teilzeitarbeit
17 sollten sich negativ auf den beruflichen Status und die weitere berufliche Entwicklung aus-
18 wirken.

19 **6.6 ALLEINERZIEHENDE UNTERSTÜTZEN. FAMILIEN STÄRKEN**

20 Die Alternative für Deutschland will die finanziellen Belastungen Alleinerziehender und Un-
21 terhaltungspflichtiger korrigieren.

22 Die Anzahl Alleinerziehender mit minderjährigen Kindern nimmt in Deutschland stetig zu,
23 obwohl dieses Lebensmodell in der Regel gravierende Nachteile für alle Beteiligten, insbeson-
24 dere aber für die betroffenen Kinder, hat. Zusätzlich zu der emotional belastenden Situation
25 sind sowohl die Alleinerziehenden als auch die Unterhaltspflichtigen einem erhöhten Ar-
26 mutsrisiko ausgesetzt. Nach Auflösung der Paarbeziehung ist es häufig erschwert, dass sowohl
27 Vater als auch Mutter ihr Erziehungsrecht ausüben.

28 Die AfD fordert ein Steuer-, Sozialversicherungs- und Rentenrecht, das die Anerkennung von
29 Erziehungsarbeit berücksichtigt und damit auch Alleinerziehende und Unterhaltzahlende mit
30 einbezieht.

31 Nach einer Trennung muss es für beide Elternteile im Sinne des Kindeswohles gewährleistet
32 sein, weiterhin an der elterlichen Sorge und dem Umgang gleichberechtigt teilzuhaben.

33 Wir wenden uns entschieden gegen Versuche von Organisationen, Medien und Politik, Einel-
34 ternfamilien als normalen, fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf zu

1 propagieren. Der Staat sollte stattdessen das Zusammenleben von Vater, Mutter und Kindern
2 durch finanzielle Hilfen und Beratung in Krisensituationen stärken.

3 **6.7 WILLKOMMENSKULTUR FÜR NEU- UND UNGEBORENE**

4 Die Alternative für Deutschland setzt sich für eine Willkommenskultur für Un- und Neugebo-
5 rene ein. In Deutschland kommen auf rund 700.000 Lebendgeburten pro Jahr ca. 100.000
6 Schwangerschaftsabbrüche. Dabei liegt nur bei 3-4% eine medizinische oder kriminologische
7 Indikation vor, in allen anderen Fällen wird der Schwangeren nach einer Beratung eine Be-
8 scheinigung ausgestellt, die ihr eine straffreie Abtreibung aus „sozialen Gründen“ ermöglicht.
9 Ein Schwangerschaftsabbruch stellt eine einschneidende Erfahrung für die Betroffenen dar
10 und kann zu langanhaltenden Schuldgefühlen, psychosomatischen Beschwerden oder depres-
11 siven Reaktionen führen.

12 Die Alternative für Deutschland steht für eine Kultur des Lebens und ist in Einklang mit der
13 deutschen Rechtsprechung der Meinung, dass der Lebensschutz bereits beim Embryo beginnt.
14 Wir fordern daher, dass bei der Schwangerenkonfliktberatung das vorrangige Ziel der Bera-
15 tung der Schutz des ungeborenen Lebens ist. Werdenden Eltern in Not müssen finanzielle und
16 andere Hilfen vor und nach der Entbindung angeboten werden, damit sie sich für ihr Kind ent-
17 scheiden können.

18 Die Alternative für Deutschland wendet sich gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatelli-
19 sieren, staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem Menschenrecht zu erklären.

1 7 KULTUR, SPRACHE UND IDENTITÄT

2 Deutschland gehört zu den großen europäischen Kulturnationen. Deutsche Schriftsteller und
3 Philosophen, deutsche Musiker, bildende Künstler und Architekten, in jüngerer Zeit auch
4 deutsche Designer und Filmemacher, haben wesentliche Beiträge zu ihren jeweiligen Diszipli-
5 nen im weltweiten Maßstab geleistet.

6 7.1 DEUTSCHE KULTUR, SPRACHE UND IDENTITÄT ERHALTEN

7 Die AfD erachtet es als eines ihrer vorrangigen politischen Ziele, dieses große Kulturerbe für
8 die kommenden Generationen nicht nur zu bewahren, sondern es im Zeitalter der Globalisie-
9 rung und Digitalisierung weiterzuentwickeln und seine unverwechselbaren Eigenheiten zu
10 erhalten.

11 7.2 DEUTSCHE LEITKULTUR STATT MULTIKULTURALISMUS

12 Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur deutschen Leitkultur, die sich im Wesentli-
13 chen aus drei Quellen speist: erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens
14 der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und
15 Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat
16 fußt. Gemeinsam liegen diese Traditionen nicht nur unserer freiheitlich-demokratischen
17 Grundordnung zugrunde, sondern prägen auch den alltäglichen Umgang der Menschen mitei-
18 nander, das Verhältnis der Geschlechter und das Verhalten der Eltern gegenüber ihren Kin-
19 dern. Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf ge-
20 schichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst
21 relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fort-
22 bestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesell-
23 schaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.

24 7.3 DIE DEUTSCHE SPRACHE ALS ZENTRUM UNSERER IDENTITÄT

25 Das zentrale Element deutscher Identität ist die deutsche Sprache. Die AfD fordert einen Akti-
26 onsplan, um die deutsche Sprache zu stärken und zu erhalten. Dafür einzubeziehen sind das
27 Goethe-Institut, die Deutsche Welle und andere kulturpolitische Instrumente, um für das Er-
28 lernen des Deutschen weltweit zu werben und dieses durch bilaterale Abkommen, Studien-
29 förderprogramme usw. nach Kräften zu fördern. Im Inland tritt die AfD allen Tendenzen strikt
30 entgegen, die deutsche Sprache auf Behörden, in universitären Studiengängen und in der Bin-
31 nenkommunikation von Firmen im Sinne einer falsch verstandenen „Internationalisierung“
32 durch das Englische zu ersetzen oder zu „gendern“. Politisch korrekte Sprachvorgaben lehnen
33 wir ab.

1 Bei der Integration von Einwanderern ist dem Spracherwerb allerhöchste Priorität beizumes-
2 sen. Auf EU-Ebene muss das Deutsche dem Englischen und Französischen endlich auch in der
3 alltäglichen Praxis gleichgestellt werden.

4 **7.4 KULTUR UND KUNST VON STAATLICHER EINFLUSSNAHME** 5 **BEFREIEN**

6 Die AfD will den Einfluss der Parteien auf das Kulturleben zurückdrängen, gemeinnützige pri-
7 vate Kulturstiftungen und bürgerschaftliche Kulturinitiativen stärken und die Kulturpolitik
8 generell an fachlichen Qualitätskriterien und ökonomischer Vernunft anstatt an politischen
9 Opportunitäten ausrichten. Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die
10 Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzu-
11 brechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit um-
12 fasst. Kulturpolitik im engeren Sinn soll nach Ansicht der AfD weiterhin im Kompetenzbereich
13 der Länder verbleiben. Wir halten ein gewisses Minimum an staatlichen Kultursubventionen
14 für unumgänglich, die jedoch an die selbst erwirtschafteten Einnahmen der Kulturbetriebe zu
15 koppeln sind.

16 **7.5 WIDER DIE POLITISCHE KORREKTHEIT: REFORM DES** 17 **ÖFFENTLICHEN RUNDFUNKS IST ÜBERFÄLLIG**

18 Die AfD tritt für eine vielfältige Medienlandschaft ein, die freie Information und kritische Dis-
19 kussion ermöglicht. Meinung und Information müssen klar erkennbar voneinander getrennt
20 sein. Tatsachen sollen als solche benannt und nicht aus politischen Gründen verschleiert wer-
21 den. Die AfD fordert: Schluss mit „Politischer Korrektheit“. Was wahr ist, kann nicht „unkor-
22 rekt“ sein.

23 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss seinen Informations- und Bildungsauftrag parteipoli-
24 tisch neutral und staatsfern erfüllen. Daher sind Programme, Finanzierung, Organisation und
25 die Kontrolle durch Rundfunk- und Fernsehräte grundlegend zu reformieren sowie Entschei-
26 dungsprozesse transparent zu machen. Ein erster Schritt zur Reform kann es sein, die Staats-
27 verträge zu kündigen, mit denen die Landesregierungen die Finanzen und die Kontrolle des
28 Rundfunks regeln.

29 Die AfD lehnt den geräteunabhängigen Zwangsbeitrag ab. Ebenso lehnt sie eine zusätzliche
30 Finanzierung durch Werbeeinnahmen ab. Die Zahl der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und
31 Rundfunkprogramme muss deutlich verringert werden, auch deswegen, um die Entwicklung
32 einer leistungsfähigen privaten Medienlandschaft nicht durch unfaire Konkurrenz zu behin-
33 dern. Einmal ausgestrahlte Sendungen müssen vollständig, unverändert und unbegrenzt in
34 den Mediatheken der Sender abrufbar sein (soweit nicht Urheber- und Persönlichkeitsrechte
35 dem entgegenstehen).

7.6 DER ISLAM IM SPANNUNGSVERHÄLTNIS ZU UNSERER FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHEN WERTEORDNUNG

7.6.1 DER ISLAM GEHÖRT NICHT ZU DEUTSCHLAND

Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte Schranken zu setzen. Einer islamischen Glaubenspraxis, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere Gesetze und gegen die jüdisch-christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur richtet, tritt die AfD klar entgegen. Die Rechtsvorschriften der Scharia sind mit unserer Rechtsordnung und unseren Werten unvereinbar.

Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Herausforderung für unseren Staat. Ein orthodoxer Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt, ist mit unserer Rechtsordnung und Kultur unvereinbar. Viele Muslime leben rechtstreu sowie integriert und sind akzeptierte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD verlangt jedoch zu verhindern, dass sich islamische Parallelgesellschaften mit Scharia-Richtern bilden und zunehmend abschotten. Sie will verhindern, dass sich Muslime bis zum gewaltbereiten Salafismus und Terror religiös radikalisieren.

7.6.2 KRITIK AM ISLAM MUSS ERLAUBT SEIN

Religionskritik, auch Kritik am Islam, ist im Rahmen der allgemeinen Gesetze rechtmäßig als Teil des Grundrechts der freien Meinungsäußerung. Religiöse Satire und Karikaturen sind ebenfalls von der Meinungs- und Kunstfreiheit geschützt. Die AfD unterstützt das Bestreben von Islamkritikern, über den Islam aufzuklären, Reformen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft anzustoßen und den Islam an die Normen und Werte der aufgeklärten Moderne anzupassen.

Die AfD wendet sich gegen eine Diffamierung von Islamkritik als „Islamophobie“ oder „Rassismus“. Islamwissenschaftler, Historiker, Staatsrechtler und Soziologen, auch muslimischer Abstammung, fordern eine historisch-kritische Betrachtung von Koran und Sunna sowie den Verzicht auf die Scharia und eine islamische Staatsverfassung. Ihnen und ihren Zielen gilt angesichts vielfacher Verfolgung und Bedrohung unsere Solidarität.

7.6.3 AUSLANDSFINANZIERUNG VON MOSCHEEN BEENDEN

1 Die AfD verlangt, verfassungsfeindlichen Vereinen den Bau und Betrieb von Moscheen wegen
2 der Gefahr zu untersagen, dass die dort verbreitete Lehre gegen das Grundgesetz und unsere
3 Rechtsordnung verstößt und zu politisch-religiöser Radikalisierung führt.

4 In den Berichten der Ämter für Verfassungsschutz wird eine Reihe von Vereinen aufgeführt,
5 deren Aktivitäten sich gegen den freiheitlichen Verfassungsstaat und seine Gesetze richten
6 und die als extremistisch verboten werden müssen. Die Bandbreite solcher Vereine reicht vom
7 „legalistischen“ Islam, der für seine verfassungswidrigen Ziele unsere Gesetze ausnutzt, bis
8 zum Salafismus. Sowohl die innere Sicherheit unseres Staates wie die Integration von Musli-
9 men werden durch solche Vereine konkret gefährdet.

10 Die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen durch islamische Staaten oder auslän-
11 dische Geldgeber bzw. ihre Mittelsmänner soll unterbunden werden. Islamische Staaten wol-
12 len durch den Bau und Betrieb von Moscheen den Islam in Deutschland verbreiten und ihre
13 Macht vergrößern. Die wachsende Einflussnahme des islamischen Auslands ist mit dem frei-
14 heitlichen Verfassungsstaat und der Integration von hier lebenden Muslimen nicht vereinbar.

15 Imame sollen in deutscher Sprache an deutschen Universitäten ausgebildet werden, unabhän-
16 gig von Weisungen des islamischen Auslands und von muslimischen Verbänden. Von aus dem
17 islamischen Ausland entsandten Imamen geht die Gefahr rechts- und verfassungswidriger
18 Indoktrination der Moscheebesucher aus.

19 Das Minarett lehnt die AfD als islamisches Herrschaftssymbol ebenso ab wie den Muezzinruf,
20 nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt. Minarett und Muezzinruf stehen
21 im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kir-
22 chen in der Moderne praktizieren.

23 *7.6.4 KEINE ÖFFENTLICH-RECHTLICHE KÖRPERSCHAFT FÜR ISLAMISCHE ORGANISATI-* 24 *ONEN*

25 Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Status einer Körperschaft des öffentli-
26 chen Rechts zu verleihen, weil sie die rechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllen.

27 Islamische Organisationen erstreben den Körperschaftsstatus mit seinen Privilegien, um ihre
28 Macht zu stärken. Voraussetzung für den Körperschaftsstatus ist eine ausreichende Repräsen-
29 tanz, die Gewähr der Dauer sowie die Achtung des freiheitlichen Staatskirchenrechts. Letzte-
30 res verlangt die Anerkennung der Religionsfreiheit, der weltanschaulichen Neutralität des
31 Staates und der Parität der Religionen und Bekenntnisse.

32 *7.6.5 VOLLVERSCHLEIERUNG VERBIETEN*

- 1 Die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung durch Burka und Niqab in der
2 Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst.
- 3 Burka und Niqab errichten eine Barriere zwischen der Trägerin und ihrer Umwelt und er-
4 schwern damit die kulturelle Integration und das Zusammenleben in der Gesellschaft. Ein
5 Verbot ist daher notwendig und nach einem Urteil des EuGH rechtmäßig.
- 6 Im öffentlichen Dienst soll kein Kopftuch getragen werden; in Bildungseinrichtungen weder
7 von Lehrerinnen noch Schülerinnen in Anlehnung an das französische Modell.
- 8 Der Integration und Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen sowie der freien Entfaltung
9 der Persönlichkeit widerspricht das Kopftuch als religiös-politisches Zeichen der Unterord-
10 nung von muslimischen Frauen unter den Mann.

1 8 SCHULE, HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

2 8.1 FORSCHUNG UND LEHRE. ALS EINHEIT UND IN FREIHEIT

3 Die AfD fühlt sich dem Humboldtschen Bildungsideal verpflichtet. Die Freiheit von Forschung
4 und Lehre sind unabdingbare Grundvoraussetzungen für wissenschaftlichen Fortschritt. Des-
5 halb müssen die Hochschulen über Art und Umfang ihres Studienangebotes frei entscheiden
6 können. Der Wissenschaftsbetrieb muss vor ausufernden bürokratischen Regelungen ge-
7 schützt werden und die Wissenschaft muss frei von ideologischen Zwängen sein. Das Ethos
8 der Wissenschaft, zu dem die Kritikfähigkeit, Unvoreingenommenheit und der Respekt vor
9 anderen Wissenschaftlern und ihren Leistungen gehört, ist zu stärken. Deutsch soll als Lehr-
10 sprache erhalten werden.

11 Die Einheit von Forschung und Lehre ist das Alleinstellungsmerkmal der Universitäten und
12 Hochschulen mit Universitätsstatus. Deshalb sollten ausschließlich diese das Promotions- und
13 Habilitationsrecht besitzen.

14 *8.1.1 AUTONOMIE DURCH GRUNDFINANZIERUNG STÄRKEN*

15 Deutschland verfügt über eine differenzierte Hochschullandschaft von Universitäten und
16 Fachhochschulen, über die Kunst- und Musikhochschulen bis zu den Theologischen und Pädä-
17 gogischen Hochschulen. Sie erfüllen auf hohem Niveau unterschiedliche Aufgaben und Ziele.
18 Um den Anschluss an die internationale Spitzenforschung und Lehre wieder zu erreichen, sind
19 Universitäten entsprechend auszustatten. Die Studienabschlüsse müssen wieder klare Inhalte
20 und Fertigkeiten vermitteln und ein eindeutiges Profil haben. Pädagogische Hochschulen für
21 Grund-, Haupt- und Realschullehramt sind flächendeckend wieder einzuführen. Berufsbezo-
22 gene Studienfächer und das duale System sind zu stärken. Auch kleine Fächer müssen erhalten
23 werden, um die Vielfalt der Lehre und Forschung zu bewahren. Die Freiheit von Forschung
24 und Lehre ist nur durch eine verlässliche staatliche Grundfinanzierung gewährleistet. Die AfD
25 fordert deshalb, durch sie die politisch-ideologische Vergabe von staatlichen Drittmitteln zu
26 ersetzen.

27 *8.1.2 "GENDER-FORSCHUNG" ABSCHAFFEN*

28 Die Gender-Forschung erfüllt nicht den Anspruch, der an seriöse Forschung gestellt werden
29 muss. Ihre Methoden genügen nicht den Kriterien der Wissenschaft, da ihre Zielsetzung pri-
30 mär politisch motiviert ist. Bund und Länder dürfen daher keine Sondermittel für die Gender-
31 Forschung mehr bereitstellen. Bestehende Genderprofessuren sollten nicht mehr nachbesetzt,
32 laufende Gender-Forschungsprojekte nicht weiter verlängert werden.

33 *8.1.3 DIPLOM, MAGISTER UND STAATSEXAMEN WIEDER EINFÜHREN*

1 Das verschulte Studiensystem mit Bachelor- und Masterabschlüssen (Bologna-Prozess) ent-
2 lässt Hochschulabgänger, deren ungenügende Qualifikation die Arbeitgeber nicht zufrieden-
3 stellt. Deshalb fordert die AfD die Rückkehr zu den bewährten Studienabschlüssen Diplom,
4 Magister und Staatsexamen und den entsprechenden Regularien. Auch bei diesen Studiengän-
5 gen kann sichergestellt werden, dass Studienplatzwechsel möglich sind. Planwirtschaftliche
6 Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und Frauenanteil lehnen wir ab. Auch für
7 Studienabschlüsse darf es keine Quoten geben.

8 **8.1.4 STUDIENANFORDERUNGEN ERHÖHEN**

9 Die AfD begrüßt die zentrale Rolle der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissen-
10 schaften und Technik) für die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit unseres Landes. Es soll
11 Aufnahmeprüfungen insbesondere für technische, naturwissenschaftliche und medizinische
12 Studienfächer geben. Ständig sinkende schulische Anforderungen haben dazu geführt, dass
13 mit bestandenem Abitur die Hochschulreife nicht mehr gesichert ist. Die Anforderungen an
14 Studenten dürfen sich keinesfalls dem gesunkenen Niveau anpassen, sondern müssen sich an
15 den international höchsten Standards ausrichten. Die AfD fordert deshalb leistungs- und eig-
16 nungsbezogene Auswahlverfahren für verschiedene Hochschultypen. Es gilt „Qualität vor
17 Quantität“.

18 **8.2 UNSER SCHULSYSTEM: STARK DURCH DIFFERENZIERUNG**

19 Eine Politik, die eine nach unten nivellierende Einheitsschule anstrebt und dabei einen Quali-
20 tätsverlust in Kauf nimmt, bedroht die Zukunftsfähigkeit junger Menschen und die Konkur-
21 renzfähigkeit unserer Wirtschaft. Die AfD bekennt sich zu christlicher Tradition, Humanismus
22 und Aufklärung als tragende Säulen deutscher und europäischer Kultur und zum christlich-
23 humanistischen Wertekanon. Wir befürworten uneingeschränkt das Leistungsprinzip.

24 **8.2.1 DIE EINHEITSSCHULE FÜHRT ZU QUALITÄTSVERLUST**

25 Ständig sinkende Anforderungen haben dazu geführt, dass Schüler nicht mehr die Grund-
26 kenntnisse besitzen, die in der Berufsausbildung oder im Studium benötigt werden. Ebenfalls
27 fehlt es an der erforderlichen Allgemeinbildung, die zur verantwortungsvollen Wahrnehmung
28 der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten notwendig ist. Es ist falsch, Eltern und Jugendli-
29 chen einzureden, nur derjenige Bildungsweg sei erfolgreich, der zu einer Hochschule führe.
30 Ein gegliedertes Schulsystem muss die Begabungen und Stärken von Schülern erkennen und
31 fördern.

32 **8.2.2 WISSENSVERMITTLUNG MUSS ZENTRALES ANLIEGEN BLEIBEN**

1 Die Bildungsstandards in allen Schulformen müssen sich an den höchsten in Deutschland aus-
2 richten, um unseren Schulabgängern die besten Chancen in Ausbildung und Studium zu si-
3 chern. Die Wissensvermittlung (Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten, Lernstrategien) muss
4 zentrales Anliegen der Schule bleiben. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass an den Oberschu-
5 len wieder Bildungsinhalte im Mittelpunkt eines vom Fachlehrer geleiteten Unterrichts stehen
6 und Kompetenzen ihnen untergeordnet bleiben. Leistungsanforderungen und Notengebung
7 müssen bundesweit vergleichbar sein. Zugangsvoraussetzung für das Gymnasium dürfen al-
8 lein landesweit verbindliche Leistungskriterien sein. Das Abitur muss wieder eine Hochschul-
9 reifeprüfung werden.

10 *8.2.3 LEISTUNGSBEREITSCHAFT UND DISZIPLIN STÄRKEN*

11 Leistungsbereitschaft und Disziplin sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Wissensvermitt-
12 lung. Die Erziehung der Schüler dazu ist in erster Linie Aufgabe der Eltern. Das entsprechende
13 Verhalten der Schüler kann nur durchgesetzt werden, wenn den Lehrern die dazu geeigneten
14 Maßnahmen zur Verfügung stehen und deren Durchsetzung nicht ständig hinterfragt wird.
15 Schulverweigerung, Null-Bock-Mentalität, Disziplinlosigkeit, Mobbing und Gewalt in der Schu-
16 le sind nicht zu tolerieren und unter Einbeziehung der Erziehungsberechtigten angemessen
17 zu ahnden. Die Wahlfreiheit zwischen Halbtags- und Ganztagsklassen muss erhalten bleiben.

18 *8.2.4 POLITISCH-IDEOLOGISCHE INDOKTRINATION DARF ES AN DER SCHULE NICHT GE- 19 BEN*

20 Das Klassenzimmer darf kein Ort der politischen Indoktrination sein. An deutschen Schulen
21 wird oft nicht die Bildung einer eigenen Meinung gefördert, sondern die unkritische Über-
22 nahme ideologischer Vorgaben. Ziel der schulischen Bildung muss jedoch der eigenverant-
23 wortlich denkende Bürger sein.

24 Die einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht lehnen wir ebenso
25 entschieden ab wie die ideologische Beeinflussung durch das „Gender Mainstreaming“. Das
26 traditionelle Familienbild darf dadurch nicht zerstört werden. Unsere Kinder dürfen in der
27 Schule nicht zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden.

28 *8.2.5 DUALE BERUFLICHE BILDUNG STÄRKEN UND ERHALTEN*

29 Die duale Ausbildung in Unternehmen und staatlichen Berufsschulen ist ein Erfolgsmodell.
30 Jedoch gefährden das Streben nach immer höheren Abiturienten- und Akademikerquoten so-
31 wie unzureichende Kenntnisse von Haupt- und Realschulabsolventen den Nachwuchs in den
32 Ausbildungsberufen. Zahlreichen Lehrstellen können aus Mangel an ausreichend qualifizier-
33 ten Bewerbern nicht besetzt werden. Berufliche Fach- und Meisterschulen müssen als tragen-

1 de Säulen der beruflichen Bildung und des lebenslangen Lernens erhalten und gestärkt wer-
2 den.

3 **8.2.6 KEINE INKLUSION „UM JEDEN PREIS“. FÖRDER- UND SONDERSCHULEN ERHALTEN**

4 Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen stellt unsere bewährten Förder-
5 und Sonderschulen keineswegs in Frage. Die Forderung, behinderten Kindern Teilhabe am
6 Bildungssystem zu garantieren, ist bereits umfassend und erfolgreich erfüllt. Die ideologisch
7 motivierte Inklusion „um jeden Preis“ verursacht erhebliche Kosten und behindert Schüler in
8 ihrem Lernerfolg. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein.
9 Die Eltern sollen auch weiterhin das Recht haben, ihre Kinder in diese Einrichtungen zu schi-
10 cken.

11 **8.2.7 KORANSCHULEN SCHLIEßEN. ISLAMKUNDE IN DEN ETHIKUNTERRICHT INTEGRIE- 12 REN**

13 Eine orthodoxe Auslegung des Islam ist mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundord-
14 nung nicht vereinbar. Anstelle eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts
15 fordern wir eine Islamkunde in deutscher Sprache für alle moslemischen Schüler, die in einen
16 Ethikunterricht integriert wird. Die Lehrer sollten von verfassungstreuen Islamwissenschaft-
17 lern an deutschen Universitäten ausgebildet werden, die nicht von islamischen Verbänden
18 beeinflusst sein dürfen. Solange der Islam keine echte Reformation durchlaufen hat, fordern
19 wir die Schließung von Koranschulen wegen der unkontrollierbaren Gefahr der radikalen ver-
20 fassungsfeindlichen Indoktrination.

21 **8.2.8 KEINE SONDERRECHTE FÜR MUSLIMISCHE SCHÜLER**

22 Wir lehnen Sonderrechte für moslemische Schüler ab und fordern die Teilnahme am Sportun-
23 terricht und an Klassenfahrten ohne Ausnahme. Moslemische Schüler und ihre Eltern haben
24 auch weibliche Lehrkräfte als Vertreter unserer Werte und unserer staatlichen Ordnung un-
25 eingeschränkt zu akzeptieren.

26 **8.3 NEIN ZU GENDER MAINSTREAMING UND FRÜHSEXUALISIE- 27 RUNG**

28 Die Gender-Ideologie und die damit verbundene Frühsexualisierung, staatliche Ausgaben für
29 pseudowissenschaftliche „Gender-Studies“, Quotenregelungen und eine Verunstaltung der
30 deutschen Sprache sind zu stoppen. Gleichberechtigung muss wieder Chancengleichheit be-
31 deuten.

1 Viele der im Bereich des Gender Mainstreamings vertretenen Ansichten widersprechen den
2 Ergebnissen der Naturwissenschaft, der Entwicklungspsychologie und der Lebenserfahrung.
3 Wir wenden uns daher gegen jede staatliche Förderung von „Gender-Studies“.

4 Die Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern
5 und wirkt damit traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen in den
6 Familien entgegen. Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll durch staatlich
7 geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch „korrigiert“
8 werden. Die AfD lehnt diese Geschlechterpädagogik als Eingriff in die natürliche Entwicklung
9 unserer Kinder und in das vom Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung ab.

10 Ebenso fordert die AfD, keine Frühsexualisierung an den Schulen zuzulassen und die Verunsicherung
11 der Kinder in Bezug auf ihre sexuelle Identität einzustellen.

12 ***8.3.1 KEINE „GESCHLECHTERNEUTRALE“ UMGESTALTUNG DER DEUTSCHEN SPRACHE***

13 Die deutsche Sprache wird abstrus umgestaltet, damit sich die Geschlechteraufhebung auch
14 im alltäglichen Sprachgebrauch wiederfindet. Die AfD lehnt die behördlich verordneten geschlechterneutralen
15 Worterfindungen als Eingriff in die natürlich gewachsene Kultur und Tradition unserer Sprache ab.
16

17 ***8.3.2 GESCHLECHTERQUOTEN SIND LEISTUNGSFEINDLICH UND UNGERECHT***

18 Die AfD lehnt Geschlechterquoten im Studium oder in der Arbeitswelt generell ab, da Quoten
19 leistungsfeindlich und ungerecht sind und andere Benachteiligungen schaffen. Die AfD vertritt
20 die Meinung, dass Quoten kein geeignetes Mittel zur Gleichberechtigung von Mann und Frau
21 darstellen. Auch die Einrichtung spezieller Frauenstudiengänge lehnen wir ab. Die AfD unterstreicht
22 stattdessen die grundrechtlich garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau
23 (im Sinne von Chancengleichheit) Eine Gleichstellungspolitik im Sinne von Ergebnisgleichheit
24 lehnt die AfD hingegen ab.

9 EINWANDERUNG, INTEGRATION UND ASYL

Gerade beim politischen Thema Asyl und Einwanderung verantwortet ein ideologisch vergiftetes Klima der „politischen Korrektheit“ Sprachverbote und Sprachregelungen. Verstöße führen zu gesellschaftlicher Stigmatisierung, teilweise sogar zu beruflichen Nachteilen; diese Art von Umgang mit unangepassten Meinungen war in der Vergangenheit Merkmal totalitärer Staaten, aber nicht von freien Demokratien. Fehlentwicklungen im Asyl- und Einwanderungsbereich sollen um eines befürchteten Umschwungs der öffentlichen Meinung willen nicht zur Sprache kommen; gleichzeitig soll vom völligen Versagen der Asyl- und Einwanderungspolitik der vergangenen Jahre durch die herrschenden Parteien abgelenkt werden. Eine offene Diskussion wird damit verhindert.

Das alles führt zu ungerechten Pauschalverdächtigungen gegenüber der Mehrzahl der rechtstreuen, integrierten ausländischen Mitbürger als auch der rechtstreuen Asylbewerber. Die AfD fordert daher das selbstverständliche Recht auf freie Rede für freie Bürger wieder ein. Niemand darf Angst haben, seine Meinung zur Einwanderungs- und Asylpolitik zu sagen. Dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung muss auch auf diesem Politikfeld wieder zur uneingeschränkten Geltung verholfen werden.

Deutschland ist aufgrund seiner geografischen Lage, seiner Geschichte, Bevölkerung und dichten Besiedelung kein klassisches Einwanderungsland, erst recht nicht als Ziel einer Masseneinwanderung, wie wir sie im Jahre 2015 erlebt haben.

Dennoch wandern seit Jahrzehnten Menschen nach Deutschland ein. Damit ist es de facto ein Einwanderungsland, ohne dass es dafür einen dementsprechenden Rechtsrahmen gäbe. Kanada und Australien sind uns Vorbilder darin, wie Einwanderungsländer eine gesellschafts-, sozial-, und arbeitsmarkverträgliche Einwanderung regeln. Der deutsche „Sonderweg“ hingegen führt bisher fast ausschließlich zu einer Einwanderung in die Sozialsysteme, anstatt in den qualifizierten Arbeitsmarkt. Das will die AfD ändern: wir fordern einen Paradigmenwechsel in der 1) Asylzuwanderung, 2) in der Handhabung der EU-Personenfreizügigkeit, 3) in der qualifizierten Zuwanderung aus Drittstaaten sowie 4) bei der Integration von Einwanderern dieser drei Kategorien.

9.1 KEINE IRREGULÄRE EINWANDERUNG ÜBER DAS ASYLRECHT

9.1.1 ASYLZUWANDERUNG - FÜR EINEN PARADIGMENWECHSEL

Eine Völkerwanderung historischen Ausmaßes fordert Europa heraus. In Hinblick auf Bevölkerungsexplosion, kriegerische und religiöse Konflikte und Klimaextreme in vielen Ländern, insbesondere des afrikanischen Kontinents und des Nahen und mittleren Ostens, stehen wir erst am Anfang weltweiter, bislang unvorstellbarer Wanderungsbewegungen in Richtung der wohlhabenden europäischen Staaten.

1 Die aktuelle deutsche und europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik kann nicht weitergeführt
2 werden. Die unzutreffende Bezeichnung „Flüchtling“ für fast alle Menschen, die irregulär nach
3 Deutschland einreisen, um hier zu bleiben, ist Ausdruck der Verfehltheit dieser Politik. Es ist
4 demgegenüber notwendig, zwischen politisch Verfolgten und (Kriegs-) Flüchtlingen, die un-
5 mittelbar vor ihrer Einreise echten, kriegsbedingten Gefahren ausgesetzt waren, einerseits
6 und irregulären Migranten andererseits zu unterscheiden. Echte Flüchtlinge will auch die AfD
7 schützen, solange die Fluchtursache im Heimatland andauert. Irreguläre Migranten aber, die,
8 anders als Flüchtlinge, nicht verfolgt werden, können keinen Flüchtlingsschutz beanspruchen.

9 Die überkommene Politik der großzügigen Asylgewährung im Wissen um massenhaften Miss-
10 brauch führt nicht nur zu einer rasanten, unaufhaltsamen Besiedelung Europas, insbesondere
11 Deutschlands, durch Menschen aus anderen Kulturen und Weltteilen. Sie ist auch für den Tod
12 vieler Menschen auf dem Mittelmeer verantwortlich. Die AfD will diese zynisch hingenom-
13 mene Folge eines irregeleiteten Humanitarismus vermeiden und die daraus entstehende Ge-
14 fahr sozialer und religiöser Unruhen sowie eines schleichenden Erlöschens der europäischen
15 Kulturen abwenden.

16 Die gesamteuropäische Asylpolitik ist wegen des Bruchs des Dublin-Abkommens durch südli-
17 che EU-Länder, zuletzt aber auch durch das Verschulden der deutschen Bundesregierung un-
18 ter Angela Merkel gescheitert. Die AfD setzt sich daher für eine vollständige Schließung der
19 EU-Außengrenzen ein und fordert den aus politischen und anderen Gründen flüchtenden
20 Menschen folgende Option anzubieten:

21 In der Herkunftstregion von Flüchtlingsbewegungen, wie z.B. Nordafrika, werden Schutz- und
22 Asylzentren in sicheren Staaten eingerichtet. Vorrangiges Ziel ist, solche Aufnahmeeinrich-
23 tungen unter UN- oder EU-Mandat zu betreiben. Anträge auf Schutz sollen danach nur noch
24 dort gestellt und entschieden werden. Antragsteller in Deutschland und Europa sind aus-
25 nahmslos zur Rückkehr in diese Zentren zu verpflichten.

26 Sollten sich solche Aufnahmeeinrichtungen nicht innerhalb überschaubarer Zeit international
27 organisieren lassen, dann wird Deutschland eigenständig in sicheren Staaten geschützte Auf-
28 nahmeeinrichtungen nach ortsüblichen Standard und Grundversorgung einrichten.

29 Dazu müssen Staaten gefunden werden, die vertraglich den Betrieb einer Aufnahmeeinrich-
30 tung auf dem Botschaftsgelände oder einer sonstigen Liegenschaft ermöglichen, wie es dem
31 „australischen Modell“ entspricht. In diesen regionalen Aufnahmeeinrichtungen werden
32 Aussenstellen des BAMF sowie der Verwaltungsgerichtsbarkeit angesiedelt, die für die Durch-
33 führung des Asyl- und Rechtsmittelverfahrens für Asylsuchende aus der Region die Alleinzu-
34 ständigkeit erhalten.

35 Schutzsuchende aus diesen Regionen, die in Deutschland eintreffen und hier ihre Anträge stel-
36 len, werden ausnahmslos zur Durchführung des Asylverfahrens zur zuständigen Aufnahme-
37 einrichtung in der Herkunftsregion begleitet.

1 Nach Anerkennung eines Schutzgrundes wird ihnen die sichere Reise nach Deutschland er-
2 möglich.

3 An allen deutschen Grenzübergängen, an denen eine unreglementierte Einwanderung statt-
4 findet, sind strenge Personenkontrollen einzuführen, um illegale Grenzübertritte zu verhin-
5 dern. Solange es weltweite Wanderungsbewegungen in Richtung Deutschland gibt und solan-
6 ge die Dysfunktionalität der europäischen Grenzsicherung andauert, befürworten wir Siche-
7 rungsmaßnahmen an den deutschen Grenzen zur Verhinderung jeder unkontrollierten Ein-
8 wanderung. Dies schließt die Bewachung der "grünen Grenze" ein.

9 Die AfD will das individuelle Asylgrundrecht durch die grundgesetzliche Gewährleistung eines
10 Asylgesetzes (institutionelle Garantie) ersetzen. Die Genfer Konvention von 1951 und andere,
11 veraltete supra- und internationale Abkommen sind an die globalisierte Gegenwart mit ihren
12 weltweiten Massen-Migrationsbewegungen anzupassen. Das Asylrecht darf nicht länger als
13 ein Vehikel der Masseneinwanderung missbraucht werden.

14 Die Entscheider des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge mussten seit Ende 2014 Pau-
15 schalenerkennung ganzer Volksgruppen vornehmen, anstatt Einzelentscheidungen zu treffen.
16 Nachprüfungen von Identität, Herkunft, Staatsangehörigkeit usw. fanden nicht statt, was zum
17 Missbrauch geradezu einlädt. Die Entscheider müssen wieder unabhängig von Weisungen
18 werden, wie dies bis 2002 der Fall war. Nur so lässt sich ihre politische Instrumentalisierung
19 zur Steuerung der Anerkennungsquote verhindern.

20 Auch die Lebensbedingungen in heimatnahen Flüchtlingslagern in Folge von Kriegen müs-
21 sen auf einem Niveau gehalten werden, das eine Weiterwanderung überflüssig macht. Mit ei-
22 nem Bruchteil der Finanzmittel, die wir für die Bewältigung der irregulären Migration im In-
23 land aufwenden müssen, können wir ungleich mehr Menschen vor Ort helfen, und den Aus-
24 wanderungsdruck dort vermindern.

25 *9.1.2 RÜCKFÜHRUNG - SCHLUSS MIT FEHLANREIZEN UND FALSCHER NACHSICHT*

26 Der wichtigste (Fehl-)Anreiz, über das Asylrecht in das deutsche Sozialsystem einzuwandern,
27 ist bereits seit Jahrzehnten die fehlende Durchsetzung der Ausreisepflicht gegenüber Auslän-
28 dern, die unter keinem Gesichtspunkt bleibeberechtigt sind.

29 Rückführungen in die Herkunftsländer werden auf mannigfache Weise sabotiert. Daran betei-
30 ligt sind die Ausreisepflichtigen, inländische Helfer und teilweise auch die Herkunftsländer.
31 Kampagnen der Einwanderungslobby und Medien zielen auf immer neue Bleiberechte. Lan-
32 desregierungen halten sich häufig nicht an das Bundes-Abschieberecht, verschleppen seine
33 Durchsetzung und setzen es vielfach praktisch außer Kraft.

34 Die AfD will diese Mißachtung des Rechtsstaats beenden. Sie fordert, das Abschieberecht zu
35 ertüchtigen, zu vereinfachen und es konsequent anzuwenden; wo dies nicht geschieht, hat die

1 Rechts-und Fachaufsicht des Bundes sofort einzugreifen. Die Ausländerbehörden müssen auf
2 die uneingeschränkte Rückendeckung der Politik vertrauen können. Alle rechtskräftig abge-
3 lehnten Asylbewerber sind unverzüglich außer Landes zu bringen, sofern sie nicht entspre-
4 chende Ausreiseaufforderungen freiwillig befolgen. Gewährung oder Streichung von Entwick-
5 lungshilfe und die Visapolitik müssen zum Hebel für die Kooperationsbereitschaft der Her-
6 kunftsstaaten bei der Rücknahme ihrer Staatsangehörigen werden.

7 Vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern dürfen nicht gleichzeitig Anreize zum Bleiben ge-
8 geben werden. Unter anderem ist ihre Sozialhilfe dauerhaft auf ein rechtlich zulässiges Mini-
9 mum in Sachleistungen zurückzuführen. Obstruktionen bei der zur Rückführung erforderli-
10 chen Passbeschaffung und Täuschungen der Behörden sind zu ahnden. Altfall- und Bleibe-
11 rechtsregelungen wollen wir streichen, denn als „Belohnung“ für langjährige Verweige-
12 rungshaltung konterkarieren sie diese Absicht.

13 Eine freiwillige Ausreise ist besser als eine Abschiebung. Gerade wer aus rein wirtschaftlichen
14 Motiven Asyl in Deutschland beantragt hat, kann – ggf. durch Gewährung einmaliger Starthilfe
15 - zur freiwilligen Rückkehr bewogen werden.

16 Die AfD bekennt sich dazu, ökonomische Fluchtursachen zu vermeiden, auch wenn dies für die
17 westliche Wirtschaft zunächst Nachteile mit sich bringen könnte. Dazu gehören beispielsweise
18 ein Exportstopp für hochsubventionierte landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Afrika, die dort
19 die lokalen Märkte ruinieren und den Menschen ihre Lebensgrundlage nehmen. Dasselbe gilt
20 für den Export von Waffen, Altkleidern, Giftmüll und andere westliche Abfallprodukte sowie
21 für die EU-Fischerei vor den afrikanischen Küsten.

22 9.2 EINWANDERUNG AUS EU-STAATEN

23 Das europäische Freizügigkeitsrecht hat in seiner Ausprägung der Personenfreizügigkeit zu
24 massiven Wanderungsbewegungen innerhalb der EU aus den ärmeren in die reicheren Staa-
25 ten, besonders nach Deutschland, allein zum Zweck des Sozialhilfebezugs geführt. Zwar
26 sieht das deutsche Recht - in Einklang mit der Freizügigkeitsrichtlinie - gewisse Einschrän-
27 kungen der Ansprüche auf Sozialleistungen vor; allerdings sind diese nicht ausreichend, um
28 den Missbrauch des großzügigen deutschen Sozialsystems durchgreifend zu verhindern. Die
29 Praxis bietet mannigfache Möglichkeiten der Umgehung und des Unterlaufens der schwach
30 ausgeprägten rechtlichen Sicherungen.

31 Die AfD fordert deshalb eine umfassende und durchgreifende Neuausrichtung des europäi-
32 schen Rechts mit dem Ziel der Wiedergewinnung nationaler Handlungsmöglichkeiten zur Be-
33 endigung des massenhaften Missbrauchs von Rechten, die mit der europäischen Freizügigkeit
34 einhergehen. Sollte dies keine Wirkung entfalten, dann fordern wir, die EU-
35 Personenfreizügigkeit dahingehend einzuschränken, dass dem aufnehmenden Staat eine kon-
36 trollierte Steuerung der EU-Zuwanderung durch Arbeitnehmer und Familienangehörige mög-
37 lich ist.

1 Mit Priorität fordert die AfD, allen EU-Ländern die Möglichkeit zu eröffnen, den Anspruch auf
2 steuerfinanzierte Sozialleistungen für EU-Bürger und ihre Familienangehörigen von einer
3 vierjährigen, versicherungspflichtigen Beschäftigung abhängig zu machen. Die direkte Ein-
4 wanderung in die Sozialsysteme muss verhindert werden. Gegenstehendes europäisches
5 Recht muss entsprechend geändert werden.

6 9.3 GESTEUERTE EINWANDERUNG AUS DRITTSTAATEN

7 Wir setzen uns für eine maßvolle legale Einwanderung nach qualitativen Kriterien ein, soweit
8 ein unabweisbarer Bedarf weder durch einheimische Potentiale noch durch Zuwanderung aus
9 der EU gedeckt werden kann. Im Vordergrund stehen die Interessen Deutschlands als Sozial-
10 staat, Wirtschafts- und Kulturnation. Für den Arbeitsmarkt qualifizierte Einwanderer mit ho-
11 her Integrationsbereitschaft sind uns willkommen. Die langjährigen Erfahrungen anderer
12 westlicher Einwanderungsländer müssen wir uns zu Nutze machen. Davon strikt zu trennen
13 ist die unregelte Asylzuwanderung, die dem Wirtschaftsstandort Deutschland nicht nutzt
14 und der Gesellschaft schadet.

15 Die Versorgung unseres Landes mit qualifizierten Arbeitskräften muss in erster Linie über
16 die vollständige Erschließung der einheimischen Potentiale erfolgen. Hierzu zählen eine um-
17 fassende Aus- und Weiterbildung, die Integration von immer noch Millionen zählenden Ar-
18 beitslosen in den Arbeitsmarkt und die Beendigung der Diskriminierung von älteren Arbeit-
19 nehmern und von Alleinerziehenden. Teilweise kann die legale Zuwanderung aus EU-Staaten
20 dazu beitragen. Auch die fortgesetzte Auswanderung inländischer Hochqualifizierter muss
21 reduziert, und die bereits Ausgewanderten müssen zur Rückkehr ermutigt werden. Die An-
22 werbung in Drittländern kommt erst dann zum Zuge, wenn zuvor sämtliche dieser Möglichkei-
23 ten zur Arbeitskräftegewinnung und -qualifizierung genutzt wurden. Die gesteuerte Einwan-
24 derung aus Drittstaaten ist jedoch keinesfalls ein Weg, die demografische Krise zu lösen. Die
25 ungesteuerte, überwiegend unqualifizierte und illegale Zuwanderung auf dem Umweg der
26 Asylantragstellung bietet keinerlei Fachkräftepotential.

27 Deutschland steht mit anderen Hochtechnologienationen in einer Konkurrenz um die Gewin-
28 nung wirklich qualifizierter Zuwanderer. Das rechtliche Instrumentarium, um in diesem Wett-
29 streit bestehen zu können, bedarf einer durchgreifenden Überarbeitung. Vorbild hierfür
30 könnte ein auf deutsche Verhältnisse angepasstes „kanadisches Modell“ sein. Es muss in erster
31 Linie auf Einwanderungswillige aus dem Ausland Anwendung finden. Nur in Einzelfällen sollte
32 es auch schon in Deutschland befindlichen Ausländern ohne Daueraufenthaltsberechtigung
33 offen stehen, wie zum Beispiel Ausländern aus Drittstaaten, die in Deutschland ein Studium
34 absolviert haben.

35 Für eine Einwanderung in diesem Sinne müssen vor der Einreise die Integrationsfähigkeit, die
36 Qualifikation, Sprachkenntnisse und ein Arbeitsplatzangebot ausschlaggebend sein.

1 Über Quantität und Qualität der Einwanderung selbst zu bestimmen, ist herausragendes
2 Merkmal staatlicher Souveränität; das muss auch für Deutschland gelten.

3 **9.4 INTEGRATION - MEHR ALS NUR DEUTSCH LERNEN**

4 Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert. Um mit Einwanderern in der Zukunft friedlich
5 zusammenleben zu können, ist deren Integration unerlässlich. Nur so lässt sich auch das wei-
6 tere Vordringen von Gegen- und Parallelgesellschaften in unserem Land verhindern.

7 Gelungene Integration fordert von Einwanderern jeden Alters mindestens das Erlernen der
8 deutschen Sprache, die Achtung unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie den Ver-
9 dienst des eigenen Lebensunterhalts. Assimilation als weitestgehende Form der Integration ist
10 zwar wünschenswert, aber nicht erzwingbar.

11 Jeder Einwanderer hat eine unabdingbare Bringschuld, sich zu integrieren; er muss sich sei-
12 ner neuen Heimat anpassen, nicht umgekehrt. Eine fortgesetzte Zuwanderung von Menschen
13 mit denkbar schlechten Integrationsaussichten verschärft die bestehenden Probleme und ist
14 daher unverantwortlich. Gute Integrationsaussichten müssen für eine Einreise mit der Absicht
15 eines dauerhaften Aufenthalts künftig Bedingung sein. Der Daueraufenthalt setzt gelungene
16 und dauerhafte Integration voraus. Wer sich umgekehrt der der Integration verweigert,
17 muss sanktioniert werden und letztendlich auch sein Aufenthaltsrecht verlieren können.

18 Der hohe Standard unseres Bildungssystems ist der wichtigste Grund für die Stellung
19 Deutschland als eine der führenden Wirtschaftsnationen. Eine Absenkung der schulischen und
20 beruflichen Anforderungen aus Gründen einer vermeintlich besseren Integration darf es nicht
21 geben.

22 **9.5 KOSTEN DER EINWANDERUNG - TRANSPARENZ HERSTELLEN**

23 Einwanderung in die sozialen Systeme ist Alltag. Beispiele liefert die Rechts- und Lebenswirk-
24 lichkeit aller Zu- und Einwanderungsgruppen. Angebliche Sicherungsmechanismen entpup-
25 pen sich als wirkungslos, als von der Rechtsprechung außer Kraft gesetzt, durch EU-Recht re-
26 lativiert oder als äußerst betrugsanfällig.

27 Niedrigqualifizierte wandern überwiegend über missbräuchliche Asylanträge zu und sind auf
28 die steuerfinanzierten sozialen Sicherungssysteme angewiesen. Qualifizierte Einwanderer
29 bevorzugen Staaten mit geringer Steuerlast.

30 Ausnahmslos jeder Asylantragsteller auf Asyl wandert in das soziale System ein, da ihm ab
31 Grenzübertritt Leistungsansprüche zustehen. Nach seiner Anerkennung gilt dasselbe für
32 nachziehende Familienmitglieder. Die AfD fordert, die schrankenlosen Möglichkeiten des Fa-
33 miliennachzugs für anerkannte Asylbewerber zu beenden, weil dies sonst einen direkten und
34 dauerhaften Nachzug in das soziale Netz ermöglicht.

1 Die Kosten der Massenzuwanderung sind intransparent. Schätzungen erreichen Größenord-
2 nungen von hunderten Milliarden Euro. Es reicht nicht, nur die Zahl der Sozialleistungsemp-
3 fänger mit dem Regelsatz zu multiplizieren. Hinzu kommt eine enorme Fülle versteckter Kos-
4 ten für die Flüchtlingsbetreuung- und Versorgung auf allen Verwaltungsebenen. Im Gefolge
5 der Massenzuwanderung ist eine kartellähnliche Migrationsindustrie entstanden, die vieler-
6 orts die Preise diktiert. Es gibt keine umfassende Kostenanalyse und -darstellung. Sie ist für
7 die politische Führung in Bund und Ländern unerwünscht.

8 Die AfD fordert, die Finanzierung der Zuwanderung grundsätzlich neu zu ordnen. Die Kosten
9 sollen auf allen Ebenen der Verwaltung völlig transparent und vollständig dargestellt werden.
10 Die wirtschaftliche Verwendung von Steuermitteln muss auch im Einwanderungssektor
11 durchgesetzt werden. Einen „Flüchtlings-Soli“ lehnt die AfD vehement ab.

12 Zu den Kosten der Einwanderung gehören nicht nur die kurzfristigen, sondern auch die lang-
13 fristigen Kosten. Die Staatsangehörigkeit von SGB-II-Beziehern wird nicht aufgeschlüsselt und
14 ist geheim. Damit ist die Zahl der als asylberechtigt Anerkannten, die dauerhaft im sozialen
15 Netz verbleiben, nicht bekannt. Integrationserfolge oder -mißerfolge können auf diese Weise
16 nicht evaluiert werden. Die AfD fordert von der Agentur für Arbeit auch hier vollständige
17 Transparenz.

18 9.6 EINWANDERERKRIMINALITÄT - NICHTS VERSCHLEIERN, 19 NICHTS VERSCHWEIGEN

20 Millionen Menschen aus anderen Kulturkreisen ohne die für eine Integration erforderlichen
21 Qualifikationen werden mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt. In ihrer Hei-
22 mat haben sie alle Brücken abgebrochen. Enttäuschte Hoffnungen auf Wohlstand bergen die
23 Gefahr, dass viele in die Kriminalität abgleiten.

24 Nicht nur im Schlepptau der unregulierten Massenzuwanderung zur Asylantragstellung steigt
25 die Kriminalität an. Gleiches gilt hinsichtlich fehlender Grenzkontrollen zu einigen östlichen
26 EU-Mitgliedsstaaten. Doch Statistiken über den Asyl- oder Migrationshintergrund der Tatver-
27 dächtigen bzw. Täter werden aus politischen Gründen kaum geführt, geheim gehalten oder
28 geschönt. Teilweise verschweigen oder verharmlosen öffentliche Stellen und Medien die
29 durch die Asylzuwanderung verursachten Probleme. Eine Reform der Kriminalstatistik ist
30 daher Ziel der AfD.

31 Einwanderungsbedingte Kriminalität ist wegen ihrer Einbettung in Familien-, Clan- und kultu-
32 relle Strukturen und aufgrund der Sprachbarriere sehr schwer zu bekämpfen. Den Aufenthalt
33 von Straftätern aus dem Ausland zu beenden, ist rechtlich durchweg fast unmöglich, obwohl
34 dies theoretisch einwanderungsbedingte Kriminalität am besten bekämpfen würde. Auch
35 das wollen wir ändern.

1 Die AfD fordert, den Schutz der Bürger vor einwanderungsbedingter Kriminalität an erste
2 Stelle zu setzen. Das bedeutet einen Systemwechsel von der Fesselung der Sicherheitsbe-
3 hörden durch nationale und EU-Vorschriften hin zur Neukonzeption von Ausländerbehörden,
4 Polizei und Strafverfolgung als effiziente Gefahrenabwehrbehörden. Sie müssen zum bestmög-
5 lichen Schutz der Bürger vor einwanderungsbedingter Kriminalität ebenso wie zur Unterbin-
6 dung von Asyl- und Rechtsmissbrauch gesetzlich aufgefordert und in der Lage sein. Das
7 schließt eine Abkehr von EU-Richtlinien im Einwanderungs- und Asylbereich mit ein, die zur
8 Entmachtung der nationalen Ausländerbehörden bei gleichzeitig massiver Vermehrung von
9 Ansprüchen geführt haben.

10 9.7 EINBÜRGERUNG - ABSCHLUSS GELUNGENER INTEGRATION

11 Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit ist Abschluss einer erfolgreichen Integrati-
12 on, nicht aber deren Ausgangspunkt.

13 Für die AfD ist die deutsche Staatsangehörigkeit untrennbar mit unserer Kultur und Sprache
14 verbunden. Die Staatsangehörigkeit hat in den vergangenen Jahren einen schleichenden Be-
15 deutungsverlust erfahren. Kinder bekommen unter bestimmten Bedingungen automatisch die
16 deutsche Staatsangehörigkeit, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist. Gleichzeitig wurden
17 die Möglichkeiten der doppelten Staatsangehörigkeit erweitert.

18 Die AfD lehnt den „Doppelpass“, also den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit bei
19 gleichzeitigem Fortbestand oder Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit grundsätzlich ab,
20 was sinnvolle und notwendige Ausnahmen aber nicht ausschließt. Darüber hinaus müssen die
21 integrationsbezogenen Anforderungen für eine Einbürgerung deutlich erhöht werden.

22 Die Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit muss die bewusste Entscheidung eines
23 mündigen Einwanderers sein. Damit unvereinbar ist der automatische Erwerb der deutschen
24 Staatsangehörigkeit für Kinder ausländischer Elternpaare, der außerdem zu erheblichem
25 Missbrauch geführt hat. Diese Kinder sollen nur dann die deutsche Staatsangehörigkeit durch
26 Geburt erwerben, wenn mindestens ein Elternteil Deutscher ist. Das Territorialprinzip wollen
27 wir aus diesen Gründen wieder aus dem Gesetz streichen.

10 WIRTSCHAFT, DIGITALE WELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

10.1 FREIER WETTBEWERB SICHERT UNSEREN WOHLSTAND

Im marktwirtschaftlichen Wettbewerb ergeben sich die besten Leistungen. Das Angebot, das sowohl Anbietern als auch Nachfragern den größten Vorteil verspricht, setzt sich dauerhaft durch. Deshalb sagt die AfD: Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle. Denn Wettbewerb schafft die Freiheit, sich zu entfalten und selbst zu bestimmen, privates Eigentum an Gütern und Produktionsmitteln erwerben zu können, eigenverantwortlich Verträge zum eigenen Wohl und zum allgemeinen Vorteil zu schließen, zwischen verschiedenen Anbietern, Angeboten oder Arbeitsplätzen wählen zu können, ertragsbringende Chancen zu nutzen, aber auch für ein mögliches Scheitern einzustehen.

Voraussetzung jeglichen wirtschaftlichen Wettbewerbs sind gleiche und eindeutige Regeln für alle Marktteilnehmer unabhängig von deren Größe oder Rechtsform sowie staatlich garantierte Rechtssicherheit. Gegebenenfalls erforderliche staatliche Eingriffe – zum Beispiel um Monopole zu verhindern und Marktversagen entgegenzuwirken – sind auf das notwendige Minimum zu begrenzen und müssen für in- und ausländische Investoren kalkulierbar sein. Dies durchzusetzen ist Aufgabe der Wettbewerbspolitik.

10.2 SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT STATT PLANWIRTSCHAFT

Anknüpfend an unsere Vorstellungen von der Rolle des Staates plädieren wir im Bereich der Wirtschaft für eine Ordnungsethik auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie von Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke entwickelt und von Ludwig Ehrhard umgesetzt wurde. Zentrale Prinzipien sind Eigentum, Eigenverantwortlichkeit und freie Preisbildung. Der Schutz des Privateigentums ist dabei genauso unentbehrlich wie offene Märkte, Vertragsfreiheit und ein freier Wettbewerb mit entsprechender Wettbewerbspolitik und Monopolkontrolle. Jede Form von Eingriffen staatlicher Planwirtschaft führt früher oder später zu Fehlallokationen und Korruption. Dabei gilt für uns wie für die Väter der Sozialen Marktwirtschaft: Wirtschaft ist immer Mittel zum Zweck, niemals Selbstzweck. Die größte Hypothek für das Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft stellt unseres Erachtens gegenwärtig die beispiellose Euro-Rettungspolitik der Staaten des Euro-Währungsverbundes und die Manipulation der Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank dar. Hier werden grundlegende Marktmechanismen wie der Zusammenhang von Sparen und Investieren ausgehebelt, Haftungsgrundsätze verletzt und das Verhältnis von Schuldner und Gläubigern einseitig verzerrt.

10.3 INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSPOLITIK NEU AUSRICHTEN

1 Die Weltwirtschaft will die AfD ebenso marktwirtschaftlich ausrichten wie die inländische
2 Wirtschaftsordnung. Die internationalen Handelsbeziehungen sind vorzugsweise multilateral
3 auf der Basis von Verträgen mit der Welthandelsorganisation zu regeln. Handelsabkommen
4 sollen deutsche Sicherheitsstandards in keinem Fall unterlaufen. Das marktwirtschaftliche
5 Prinzip der Gleichbehandlung ist zu beachten. Inländische wie ausländische Unternehmen
6 müssen rechtlich gleichgestellt werden. Unsere Bürger bleiben der Souverän unseres Staates,
7 die Regulierungshoheit des Parlamentes darf nicht eingeschränkt werden.

8 **10.4 HOHE STANDARDS FÜR HANDELSABKOMMEN**

9 Freier Handel ist die Grundlage unseres Wohlstands und des friedlichen Miteinanders. Wirt-
10 schaftliche Sanktionen halten wir grundsätzlich für falsch. Handelsschranken wollen wir in
11 Europa und weltweit abbauen. Außenwirtschaftliche Maßnahmen von übergeordneter Bedeu-
12 tung müssen der deutschen Souveränität Rechnung tragen. Daher befürwortet die AfD zwi-
13 schen Staaten internationale Freihandelsabkommen. Dabei zu berücksichtigen sind der
14 Grundsatz der Gleichbehandlung sowie einheitliche Industrie- und Sozialstandards. Zeitweili-
15 ger Schutz ist für solche Volkswirtschaften berechtigt, die sich wirtschaftlich noch entwickeln.
16 Deshalb sind multilaterale Abkommen mit offener Verhandlung und Gestaltung sowie inner-
17 halb zwischenstaatlicher internationaler Organisationen zwingend geboten.

18 Jede Abgabe von Souveränitäts- und Hoheitsrechten durch Freihandelsabkommen ist abzu-
19 lehnen.

20 Schiedsgerichte in der Wirtschaft sind grundsätzlich bewährte Instrumente. Aber in Handels-
21 abkommen muss das Verhältnis von nationaler Justiz und Schiedsgerichten befriedigend gere-
22 gelt sein. Gegen Entscheidungen von Schiedsgerichten ist auf Wunsch eines Beklagten jeder-
23 zeit die Berufung vor ordentlichen Gerichten zu gestatten.

24 Die AfD lehnt Freihandelsabkommen wie TTIP ab, wenn diese intransparent und ohne ausge-
25 wogene Interessenwahrung der beteiligten Parteien gestaltet sind und unzulässig in nationa-
26 les Recht eingreifen.

27 In jedem Falle liegen Abkommen, die etwa durch Investitionsschutzregeln oder Bestrebungen
28 zur regulatorischen Harmonisierung über reine Freihandelsabkommen hinausgehen, in nationa-
29 lischer Kompetenz. Nur durch Beteiligung des Bundestages ist eine ausreichende demokrati-
30 sche Legitimation gewährleistet.

31 **10.5 BÜROKRATIE ABBAUEN**

32 Die AfD will ein investitions- und innovationsförderndes wirtschaftliches Umfeld. Wir wollen
33 auf breiter Front deregulieren und Bürokratie abbauen. Mit Sorge beobachten wir zu viel und
34 ineffiziente Regulierungen. Wir wollen unternehmerischen Geist neu entfachen und Gründun-
35 gen und Start-Ups dadurch helfen, dass wir bürokratische Lasten streichen. Bürokratieabbau

1 ist uns wichtig und beschränkt sich nicht nur auf eine bessere Ausgestaltung der Regeln, son-
2 dern auch eine Prüfung ihrer Notwendigkeit.

3 **10.6 DEN TECHNOLOGIESTANDORT DEUTSCHLAND VORANBRIN-** 4 **GEN**

5 Die AfD will den Technologiestandort Deutschland durch eine innovations- und technologie-
6 fördernde Politik weiter voranbringen. Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen leichter in
7 marktfähige Produkte umgesetzt werden können. Unternehmergeist wollen wir fördern. Die
8 Selbständigkeit muss – insbesondere für junge Menschen – wieder erstrebenswert werden.
9 Unternehmerische Impulse müssen in einem geeigneten staatlichen Rahmen gedeihen kön-
10 nen.

11 **10.7 STAATLICHE SUBVENTIONEN REDUZIEREN UND BEFRISTEN**

12 Den Subventionsdschungel von Bund, Ländern, Gemeinden, EU, der Bundesagentur für Arbeit
13 und der Sonderfonds wollen wir mindestens so konsequent lichten, wie dies eine Prüfung auf
14 Wirksamkeit und Effizienz nahelegt. Sofern im Einzelfall Subventionen wirtschaftspolitisch
15 sinnvoll erscheinen, sind sie zeitlich zu befristen. Nur in Ausnahmen darf der Staat unterneh-
16 merisch tätig sein. Die demokratisch legitimierten Organe der jeweiligen staatlichen Ebene
17 üben die volle Kontrolle über die Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand aus.

18 **10.8 KEINE PRIVATISIERUNG GEGEN DEN WILLEN DER BÜRGER**

19 Über Privatisierungen sollen Bürgerentscheide auf der jeweiligen staatlichen Ebene entschei-
20 den, insbesondere bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und in Bezug auf öffentliches Wohn-
21 und Grundeigentum. Geheime Privatisierungsverträge lehnt die AfD ab.

22 **10.9 DER MITTELSTAND ALS HERZ UNSERER WIRTSCHAFTS-** 23 **KRAFT**

24 Unsere Mittelstandspolitik ist Ordnungspolitik. Die AfD steht nicht für Subventionen für den
25 Mittelstand – aber auch nicht für Vorteile für multinationale Großunternehmen. Wir wollen
26 gleiche Regeln für alle – ob groß, ob klein, in jeder Branche. Neben der Steuerpolitik besteht
27 unser Beitrag für den Mittelstand im Bürokratieabbau und einem Ende der Überregulierung.
28 Jede Regelbefolgung verursacht Kosten, die bei Großunternehmen geringer ins Gewicht fallen
29 als beim Mittelstand.

30 Wir wollen daher deutliche Vereinfachungen zum Beispiel beim Hunger nach statistischen
31 Daten, beim betrieblichen Beauftragtenwesen, bei betrieblichen Sicherheitsbestimmungen
32 oder auch beim Mindestlohn. Und nicht zuletzt liegt unser Beitrag in sicheren Standortbedin-
33 gungen: öffentliche Sicherheit und bessere Infrastruktur und vor allem eine Politik, die wieder
34 an die Leine der wiederbelebten Demokratie gelegt wird. Ein schlanker, aber starker Staat. Ein

1 Staat, auf den Verlass ist, wo man ihn braucht, und der dem Unternehmer keine bürokrati-
2 schen Knüppel zwischen die Beine wirft.

3 **10.10 DIGITALISIERUNG ALS CHANCE UND HERAUSFORDERUNG**

4 Die Digitalisierung ist aus der modernen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Sie bestimmt
5 fast alle Lebensbereiche, übernimmt an vielen Stellen Regelaufgaben und mobilisiert die
6 Kommunikation in hohem Maße. Aus diesem Grund ist entgegen anderer Bestrebungen dem
7 Datenschutz ein hoher Stellenwert einzuräumen und sein Wirkungsbereich auf alle personen-
8 bezogenen Merkmale auszuweiten. Die freie Meinungsäußerung und die freie Entfaltung der
9 Persönlichkeit brauchen einen starken Datenschutz.

10 ***10.10.1 QUELLOFFENE SOFTWARE UND VERSCHLÜSSELUNG***

11 Die öffentliche Verwaltung arbeitet auf allen Ebenen mit sensiblen Daten der Bevölkerung.
12 Dabei werden in der Regel Computer mit Betriebssystemen und Software ausländischer Her-
13 steller eingesetzt. Für Sicherheitsaktualisierungen können diese Hersteller jederzeit auf diese
14 Computer zugreifen. Die Benutzer haben keine Möglichkeit die Aktualisierungen zu prüfen.
15 Diese Zugriffsmöglichkeiten sind intransparent und können auch durch Cyber-Kriminelle oder
16 Geheimdienste ausgenutzt werden. Die Angriffsvektoren für Cyber-Krieg sind dadurch vielfäl-
17 tiger.

18 Die AfD fordert deshalb zumindest für die öffentliche Verwaltung in Deutschland den Einsatz
19 von Betriebssystemen und Programmen, die über quelloffene Software erstellt wurden und
20 die im Vorfeld überprüft werden konnten, ob unautorisierte Zugriffe möglich sind.

21 ***10.10.2 SICHERE KOMMUNIKATION ALS STANDORTVORTEIL UND BÜRGERRECHT***

22 In Deutschland arbeiten nicht nur die staatlichen Stellen vorwiegend mit nicht in Deutschland
23 hergestellter Software. Die Industrie ist ebenfalls betroffen. Ein ungewollter Informationsab-
24 fluss ist nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich. So kann die Forderung nach nationalen
25 Software-Entwicklungen auch als Wirtschaftsvorteil für die Gesamtheit deutscher Unterneh-
26 men gesehen werden, die allein 2014 durch Industriespionage rund 51 Milliarden Euro verlo-
27 ren haben. Die Hardware der Verwaltungen ist aus Sicherheitsgründen zentral zu beschaffen
28 und auf Manipulationen zu prüfen. Eine im Inland erfolgte Montage geprüfter Hardwarekom-
29 ponenten wird die sicherheitstechnischen Anforderungen weiter erhöhen. Ende-zu-Ende-
30 Verschlüsselung darf nicht verboten oder anderweitig behindert werden. Die AfD sieht sichere
31 Kommunikation als Bürgerrecht an.

32 ***10.10.3 DEUTSCHE LITERATUR IM INLAND DIGITALISIEREN***

1 Die Digitalisierung der Deutschen Literatur ist eine von Deutschland zu leistende Aufgabe. Nur
2 die eigene Bevölkerung und deutsche Literaturfachleute können deutsche Literaturwerke ge-
3 wichten. Möglichen Lizenzzahlungen an ausländische Unternehmen zum Lesen digitaler deut-
4 scher Literatur ist durch Gesetzgebung vorzubeugen.

5 **10.11 VERBRAUCHERSCHUTZ MODERNISIEREN UND STÄRKEN**

6 Wir wollen mit dem Verbraucherschutz im 21. Jahrhundert ankommen. Wir wollen Transpa-
7 renz durch Information, um Haftung und Kontrolle zu ermöglichen. Dies erfordert auch die
8 Stärkung Verbraucherschützender Einrichtungen wie der Stiftung Warentest und der Ver-
9 braucherzentralen. Kompetenzen im Verbraucherschutz, die an die Europäische Union abge-
10 geben wurden, sind nach dem Subsidiaritätsprinzip zu überprüfen und ggf. in nationale Kon-
11 trolle rückzuführen. Europäische oder internationale Harmonisierung von Standards darf zu
12 keiner Abschwächung erreichter Schutzniveaus führen.

13 ***10.11.1 LEBENSMITTEL BESSER KENNZEICHNEN***

14 Die in Deutschland im größeren Umfang in Verkehr gebrachten Lebensmittel müssen mit An-
15 gaben zu Herkunft, Inhaltsstoffen und Qualität gekennzeichnet sein. Die Lebensmittelkenn-
16 zeichnung ist für jeden verständlich darzustellen. Chemisch angereicherte funktionelle Le-
17 bensmittel sowie Nahrungsergänzungsmittel sind unter pharmazeutische Prüfverfahren zu
18 stellen. In Langzeitstudien ist die Unbedenklichkeit nachzuweisen.

19 ***10.11.2 LANGLEBIGE PRODUKTE STATT GEPLANTE OBSOLESZENZ***

20 Den Versuchen einzelner Hersteller, die Lebensdauer ihrer Produkte zum Nachteil des Kunden
21 künstlich zu verkürzen (geplante Obsoleszenz), ist durch Öffentlichkeitsarbeit und unabhän-
22 gige Produkttests entgegenzuwirken. Wir wollen, dass diese Tests häufiger durchgeführt wer-
23 den.

24 ***10.11.3 TEXTILIEN UND KINDERSPIELZEUG AUF SCHADSTOFFE PRÜFEN***

25 Risikobehaftete chemische Stoffe sind unverzüglich einem Prüfverfahren zu unterziehen. Dies
26 gilt besonders für importierte Textilien. Kinderspielzeug ist vor der Vermarktung auf Schad-
27 stoffe zu prüfen und ihm bei Unbedenklichkeit eine Zulassung zu erteilen. Es muss frei sein
28 von Kunststoffweichmachern, Gift und anderen schädigenden Substanzen. Hier wie auch bei
29 anderen Produktgruppen dürfen Konformitätszeichen wie z.B. das CE-Zeichen nur nach neut-
30 ralen Fremdprüfungen verwendet werden.

31 ***10.11.4 WASSERAUFBEREITUNG MODERNISIEREN UND VERBESSERN***

1 Wasser ist lebensnotwendig, aber vom modernen Leben belastet. Detaillierte Analysen des
2 Trinkwassers bilden die Probleme des 21. Jahrhunderts ab. Im Abwasser finden sich neben
3 Nitraten immer mehr Medikamentenrückstände, Nanopartikel, Plastikfäden und
4 Drogenrückstände. Die Analyse und Aufbereitung des Wassers zu Trinkwasser muss sich die-
5 sen neuen Herausforderungen stellen. Die Wasseraufbereitung ist zu modernisieren und zu
6 verbessern, damit diese Stoffe für die Verbraucher nicht zu einer Gesundheitsgefahr werden.

7 *10.11.5 AUßERGERICHTLICHE SCHLICHTUNGSVERFAHREN BEI STREIT MIT VERSORGERN*

8 Bei Streitigkeiten mit Versorgern sind schnelle Entscheidungen erforderlich. Dafür sehen wir
9 außergerichtliche Schlichtungsverfahren vor. Der Rechtsweg bleibt unberührt. Den Anbieter
10 (Wasser, Strom, Gas, Telefon) muss der Verbraucher problemlos in kurzer Zeit wechseln kön-
11 nen, damit eine Versorgungslücke für ihn nicht entsteht.

12 Im Fall schwerer Baumängel treten wir dafür ein, die Gewährleistungszeit auf zehn Jahre zu
13 verlängern.

1 11 FINANZEN UND STEUERN

2 Wir wollen Deutschland reformieren. Das geht nicht ohne eine drastische Reform des Steuer-
3 rechts. Wir werden nicht aufgeben, für ein einfacheres und gerechteres Steuersystem einzu-
4 treten, das mit niedrigen Steuern vor allem Mittel- und Geringverdiener finanziell entlastet.

5 11.1 GERECHTE STEUERN DURCH AFD-STUFENTARIF

6 Wir wollen einen neuen Einkommensteuertarif mit wenigen Stufen und einen deutlich höhe-
7 ren Grundfreibetrag. Der Grundfreibetrag soll an das pfändungsfreie Einkommen angepasst
8 werden. Der geltende Steuertarif führt zu einer ungerechten Belastung vor allem der Mittel-
9 schicht als Leistungsträger der Gesellschaft und zu versteckten Steuererhöhungen durch die
10 sogenannte kalte Progression. Die kalte Progression wollen wir durch Indexierung des Stufen-
11 tarifs beseitigen. Die Indexierung erfasst den Grundfreibetrag, die Steuerstufen und die ab-
12 zugsfähigen Pauschalen, um schleichende Steuererhöhungen zu vermeiden.

13 Die AfD strebt eine rechtsformneutrale Besteuerung an. Damit entfallen rein steuerliche Moti-
14 ve für komplexe gesellschaftsrechtliche Strukturen mit zusätzlichem Arbeitsaufwand bei Un-
15 ternehmen und Behörden. Gewinne aus unternehmerischen Tätigkeiten bei den Gesellschaf-
16 tern und Einzelunternehmern sollen rechtsformunabhängig über alle Ebenen einer identi-
17 schen Ertragsteuerbelastung unterliegen.

18 11.2 OBERGRENZE FÜR STEUERN UND ABGABEN

19 Wir wollen die staatliche Macht über den Bürger begrenzen. Dazu ist es erforderlich, die
20 Staatsaufgaben zu reduzieren und den finanziellen Staatszugriff auf die Einkommen und
21 Vermögen der Bürger zu reduzieren. Die AfD will die Bürger nicht stärker mit Steuern und
22 Abgaben belasten. Analog zur Schuldenbremse wollen wir eine verbindliche Steuer- und Ab-
23 gabenbremse im Grundgesetz, um die maximale Summe der Belastung auf einen bestimmten
24 Prozentsatz im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt festzuschreiben. Steuern und Abgaben
25 sollen in Zukunft nicht mehr beliebig erhöht werden können. Steuererhöhungen und neue
26 Steuern darf es nur im Einklang mit der Steuer- und Abgabenbremse geben. Die Obergrenze
27 sollte der heutigen Steuer- und Abgabenquote entsprechen.

28 11.3 FAMILIENSPLITTING EINFÜHREN

29 Neben der grundlegenden und durchgreifenden Reform der Einkommensteuer durch einen
30 AfD-Stufentarif wollen wir das Steuerrecht auch anderweitig anpassen, um Deutschlands Zu-
31 kunft zu sichern.

32 Wir treten im Einkommensteuerrecht für die gerechte Besteuerung von Familien nach dem
33 Familiensplitting-System ein.

11.4 GEWERBE-, VERMÖGEN- UND ERBSCHAFTSTEUER ABSCHAFFEN

Die AfD tritt für eine Reform der Finanzierung der Kommunen ein.

In diesem Zusammenhang ist eine Überprüfung der Gewerbesteuer vorzunehmen.

Anstelle der Gewerbesteuer könnte den Kommunen ein Zugang zu anderen Steuerquellen ermöglicht werden. Die Ausgestaltung muss dem Prinzip der Selbstverwaltung entsprechen, wonach den Kommunen originäre Gestaltungsrechte bei Bestimmung von Steuergegenstand und der Steuererhebung zustehen.

Die AfD will die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögensteuer und die Erbschaftssteuer abschaffen. Beide sind Substanzsteuern, d.h. sie werden unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerbürgers erhoben. Sie greifen auf Vermögensmassen zu, die typischerweise aus versteuertem Einkommen entstanden sind. Sowohl der Verwaltungsaufwand für ihre Erhebung ist überproportional hoch als auch ihr Ertrag für die Staatseinnahmen nur marginal.

Die Erbschaftssteuer ist besonders mittelstandsfeindlich und setzt Fehlanreize im Hinblick auf den nachhaltigen Umgang mit erwirtschaftetem Vermögen beim Übergang zur nächsten Generation. Im Erbfall kann sie zur Veräußerung von Unternehmen oder deren wirtschaftlichen Aufgabe führen. Zudem lassen sich verschiedene Vermögensformen nicht rechtssicher bewerten. Außerdem liefert sie einen im Vergleich zu ihrem sehr hohen Erhebungsaufwand unangemessen geringen fiskalischen Ertrag.

11.5 UMSATZSTEUERSÄTZE HARMONISIEREN

Die AfD will die Umsatzsteuersätze im deutschen Steuerrecht harmonisieren. Umsatzsteuerbefreiungen und Ermäßigungen sollte es nur im Bereich der Daseinsvorsorge geben.

Die AfD will die Umsatzsteueroption für Kleinunternehmer erweitern.

11.6 WETTBEWERB DER NATIONALEN STEUERSYSTEME ERHALTEN

Die AfD will die nationale Steuererhebungskompetenz beibehalten und befürwortet den Wettbewerb nationaler Steuersysteme.

Die AfD wendet sich entschieden gegen ein eigenes Steuererhebungsrecht der Europäischen Union.

11.7 BANK- UND STEURERGEHEIMNIS WIEDERHERSTELLEN

Die langjährigen Regierungsparteien haben das Steuer- wie auch das Bankgeheimnis faktisch aufgehoben. Die Möglichkeit zur Kontenabfrage steht den Behörden offen. Waren es in 2014 insgesamt noch 237.126 Kontenabrufersuchen, so stieg deren Zahl 2015 um rund 27 Prozent auf 300.944. Der Bürger darf nicht zum gläsernen Untertanen werden. Datenaustauschprogramme wie FATCA und Swift dürfen nicht zur Überwachung der Bürger missbraucht werden. Zudem wird durch den Austausch von Steuerdaten das Steuergeheimnis ausgehöhlt. Steuerdaten deutscher Bürger sind sensible Daten und sollten vom Staat vertraulich behandelt und nicht mit anderen Institutionen oder fremden Staaten ausgetauscht werden. Die AfD setzt sich daher für die Wiederherstellung von Bank- und Steuergeheimnis ein.

11.8 FÖDERALISMUS UND EIGENSTÄNDIGKEIT STÄRKEN

Die AfD steht für selbständige und starke Gebietskörperschaften. Wir wollen regionale und lokale Selbstverwaltung ermöglichen und Subsidiarität garantieren, damit regionale Eigen- und Besonderheiten gepflegt werden können. Deutschland ist stets, anders als Frankreich, ein föderaler Staat gewesen. Wir wollen dem Föderalismus wieder Gewicht verleihen. Wir lehnen es ab, dass der Bund zentral steuernd in lokale und regionale Angelegenheiten eingreift. Politik sollte vor Ort stattfinden und dementsprechend muss auch die Finanzierung vor Ort erfolgen können, damit Verantwortlichkeit hergestellt wird. Der Länderfinanzausgleich muss überarbeitet werden, um Blüten wie etwa die Subventionierung Berlins mit derzeit 3,5 Milliarden Euro jährlich verhindern zu können. Die AfD setzt sich dafür ein, die Bund-Länder-Financen neu zu ordnen, um Kompetenzgerangel zu unterbinden und klare Verantwortlichkeiten zu schaffen. Bund, Länder und Gemeinden brauchen eigene Finanzierungsquellen, aus denen sie ihre Tätigkeiten selbst finanzieren.

Eine klare Aufgabenzuteilung soll Wettbewerb zwischen den Bundesländern ermöglichen. Wir fordern eigenverantwortliche Länder und Kommunen, die auch für sich genommen insolvenzfähig sein müssen. Wie auf europäischer Ebene befürworten wir hier die Nichtbeistandsklausel, so dass Rettungsprogramme des Bundes für überschuldete Kommunen oder Länder verboten sind.

11.9 STAATSSCHULDEN PLANMÄßIG TILGEN

Die AfD strebt die Rückkehr zu ausgeglichenen Staatshaushalten an. Sie befürwortet die schrittweise Rückführung der ausgeuferten öffentlichen Verschuldung. Nachfolgende Generationen sollen nicht die Folgen der bisherigen kurzsichtigen Ausgabenpolitik in Form immer höherer Zins- und Tilgungslasten tragen müssen. Wir wollen die öffentlichen Haushalte nicht nur wegen der Verringerung der Staatsschuldenquote konsolidieren. Vielmehr muss auch die nominale Verschuldung verringert werden, um höhere Zinsaufwendungen im Fall eines künftig steigenden allgemeinen Zinsniveaus bewältigen zu können. Wir wollen deshalb Staats-

1 schulden planmäßig tilgen. Dauerhaft niedrige Zinsen gefährden die Alterssicherung weiter
2 Teile der Bevölkerung.

3 **11.10 BARGELDNUTZUNG MUSS UNEINGESCHRÄNKT ERHALTEN** 4 **BLEIBEN**

5 Bargeldnutzung ist ein bürgerliches Freiheitsrecht. Wir treten dafür ein, das Bargeld uneinge-
6 schränkt als gesetzliches Zahlungsmittel zu erhalten – auch entgegen anders gerichteter Be-
7 strebungen der Bundesregierung, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäi-
8 schen Zentralbank (EZB) und einiger EU-Mitgliedsstaaten. Ein bargeldloser Staat unterstellt
9 allen Bürgern unterschiedslos und pauschal mafiöse Schwarzgeldgeschäfte, kriminelle Rot-
10 licht- oder gar Terrorabsichten. Mit einem liberalen, freiheitlichen Rechtsstaat sind solche
11 Kontrollmöglichkeiten nicht vereinbar. Rein elektronisches Geld macht Bürger und Wirtschaft
12 davon abhängig, dass die für die Zahlungsvorgänge notwendigen Datenverarbeitungssysteme
13 nicht ausfallen. Wären Vermögenskonten nur noch elektronisch verbrieft, könnten sie sich in
14 Luft auflösen oder zumindest temporär gesperrt werden oder nicht mehr zuzuordnen sein,
15 etwa im Falle eines erfolgreichen Cyberangriffs.

16 Ursächliches Kernproblem ist die von der Politik herbeigeführte Überschuldung von Staaten.
17 Ihrer Herr zu werden, versucht man durch finanzielle Repression. Mit der Bargeldabschaffung
18 würde die Rolle des Geldes als unantastbarer Wertspeicher massiv eingeschränkt. Sie würde
19 die Enteignung von Kontoinhabern ermöglichen – ohne die sonst mögliche Gegenwehr, sich
20 ins Bargeld zu flüchten. Auch Anleiheninhaber oder Lebensversicherungssparer könnten ihrer
21 allmählichen Enteignung durch Negativzinsen dann nur noch durch Umschichtung in andere,
22 risikoreichere Anlageklassen entkommen.

23 Ein Bargeldverbot würde bedeuten, dass Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch stattfinden
24 können. Dies eröffnet Staat und Banken die totale Kontrolle über alle Geldströme und Wirt-
25 schaftsaktivitäten, über jede finanzielle Handlung der Bürger, unter Umständen sogar über
26 deren Aufenthaltsorte. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der gläserne Mensch – Voll-
27 überwachung bis hinein in private, ja intimste Lebensbereiche. Die an totalitäre Staaten erin-
28 nernde Kontrolle aller wirtschaftlichen Vorgänge würde das gesellschaftliche Leben grundle-
29 gend ändern: Fast jede finanzielle Aktivität zwischen Menschen würde transparent; Aus-
30 weichmaßnahmen der Bürger, um sich einen Rest an Privatheit zu bewahren, würden ver-
31 mutlich unter dem Deckmantel der Kriminalitätsabwehr mit repressiven Maßnahmen be-
32 kämpft. Aus dem einstigen Bankgeheimnis würde dann ein totales Offenlegungsgebot.

33 **11.11 GELDSYSTEM ÜBERDENKEN, GOLD HEIMHOLEN**

34 Unsere Sorge gilt auch dem Geldsystem selbst. Die Zentralbanken verfolgen eine interventio-
35 nistisch-künstliche Nullzinspolitik und werden diese wohl fortsetzen – bis hin zu negativen
36 Zinssätzen. Solche schweren Eingriffe in die finanziellen Eigentums- und Freiheitsrechte der

1 Bürger führen letztlich zwingend zu einem nicht wünschenswerten weiteren Machtzuwachs
2 des Staates und des Finanzsektors. Aus Sorge um unser Geld wollen wir auch darüber nach-
3 denken, ob grundsätzlichere Reformen am Geldsystem mit seinem Kartell aus Zentral- und
4 Geschäftsbanken zur Schöpfung von Kreditgeld notwendig sind. Damit Deutschland bei einer
5 demokratischen Entscheidung hin zu stabilem Geld alle Optionen offen hat, sollte das Gold der
6 Bundesbank ausschließlich in Deutschland gelagert werden.

1 12 ENERGIEPOLITIK

2 12.1 KLIMASCHUTZPOLITIK: IRRWEG BEENDEN, UMWELT 3 SCHÜTZEN

4 Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert. Die Klimaschutzpolitik beruht auf untaugli-
5 chen Computer-Modellen des IPCC („Weltklimarat“). Kohlendioxid (CO₂) ist kein Schadstoff,
6 sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens.

7 Der IPCC versucht nachzuweisen, dass die Menschen gemachten CO₂-Emissionen zu einer glo-
8 balen Erwärmung mit schwerwiegenden Folgen für die Menschheit führen. Hierzu beruft man
9 sich auf Computermodelle, deren Aussagen durch Messungen oder Beobachtungen nicht be-
10 stätigt werden. Solange die Erde eine Atmosphäre hat, gibt es Kalt- und Warmzeiten. Wir le-
11 ben heute in einer Warmzeit mit Temperaturen ähnlich der mittelalterlichen und der römi-
12 schen Warmzeit. Die IPCC-Computermodelle können diese Klimaänderungen nicht erklären.

13 Im 20. Jahrhundert stieg die globale Mitteltemperatur um etwa 0,8 Grad. Seit über 18 Jahren
14 gibt es jedoch im Widerspruch zu den IPCC-Prognosen keinen Anstieg, obwohl in diesem Zeit-
15 raum die CO₂-Emission stärker denn je gestiegen ist.

16 IPCC und deutsche Regierung unterschlagen die positive Wirkung des CO₂ auf das Pflanzen-
17 wachstum und damit auf die Welternährung. Je mehr es davon in der Atmosphäre gibt, umso
18 kräftiger fällt das Pflanzenwachstum aus.

19 Unter dem Schlagwort „Klimaneutrales Deutschland 2050“ durch „Dekarbonisierung“ miss-
20 braucht die deutsche Regierung die steigende CO₂-Konzentration zur „Großen Transformati-
21 on“ der Gesellschaft, mit der Folge, dass die persönliche und wirtschaftliche Freiheit massiv
22 eingeschränkt wird. Die hierzu geplante zwangsweise Senkung der CO₂-Emissionen um mehr
23 als 85 Prozent würde den Wirtschaftsstandort schwächen und den Lebensstandard senken.
24 Auf dem Weg dorthin wird auch unsere bisher sichere Stromversorgung destabilisiert und
25 weiter verteuert, außerdem soll die Wärmeerzeugung durch fossile Energieträger praktisch
26 auf Null gebracht werden.

27 Die AfD sagt daher Ja zum Umweltschutz, macht aber Schluss mit der „Klimaschutzpolitik“
28 und mit den Plänen zur Dekarbonisierung und „Transformation der Gesellschaft“. Die Wahr-
29 nehmung des CO₂ nur als Schadstoff werden wir beenden und alle Alleingänge Deutschlands
30 zum Reduzieren der CO₂-Emissionen unterlassen. CO₂-Emissionen wollen wir nicht finanziell
31 belasten. Klimaschutz-Organisationen werden nicht mehr unterstützt.

12.2 DAS ERNEUERBARE-ENERGIEN-GESETZ IST NICHT REFORMIERBAR

Jede erfolgreiche Energiepolitik muss drei Ziele verfolgen. Die Stromerzeugung muss sicher, kostengünstig und umweltverträglich sein. Dieser Dreiklang war im deutschen Energieversorgungssystem immer gegeben, wurde aber mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) aufgegeben.

Das EEG und die Energiewende gefährden die Stromversorgung. Sie treiben technisch bedingt den Strompreis hoch. Windenergieanlagen zerstören das Bild unserer Kulturlandschaften und sind für Vögel eine tödliche Gefahr.

Der von Wind und Sonne erzeugte Strom schwankt beständig zwischen Null und voller Leistung. Die installierte Leistung dieser volatilen Stromerzeuger beträgt bereits mehr als 80 Gigawatt und müsste daher ausreichen, Deutschland selbst bei maximalem Verbrauch vollständig mit Strom zu versorgen. Real aber haben diese „EE-Anlagen“ 2014 im Durchschnitt nur knapp 15 Prozent ihrer Nennleistung geliefert, an 90 Tagen im Jahr sogar weniger als fünf Prozent. Deshalb können diese Anlagen kein einziges herkömmliches Großkraftwerk ersetzen. Außerdem erzwingen sie einen massiven Ausbau der Leitungsnetze, der zu weiteren erheblichen Kosten führt. Die steigende Zahl der volatilen Stromerzeuger gefährdet zunehmend die Netzstabilität. Entsprechend hoch ist die Zahl der stabilisierenden Netzeingriffe gestiegen, die nötig wurden, Stromausfälle bis hin zum Totalausfall zu vermeiden.

Das EEG ist staatliche Planwirtschaft und eine Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft. Begründet mit dem „Klimaschutz“ werden die sonst nicht marktfähigen Anlagen massiv subventioniert. Das geschieht durch staatliche Zwangsvermarktung mittels Vorrang einspeisung und zwanzigjähriger garantierter Einspeisevergütung. Die Kosten dieser Subventionierung von mittlerweile 27 Milliarden Euro jährlich werden mittels EEG-Umlage auf die Verbraucher abgewälzt. Der Strompreis hat sich in den letzten zehn Jahren bereits verdoppelt. Ein Ende dieses Preisanstiegs ist nicht absehbar. Im Ergebnis findet eine gigantische Umverteilung von Vermögen statt, von der Bevölkerung und Wirtschaft hin zu den wenigen Subventionsgewinnern.

Trotz der immer höheren Zahl an EE-Anlagen ist der CO₂-Ausstoß seit 2000 wegen des abrupten Ausstiegs aus der Kernenergie unverändert geblieben. Große Flächen, auch in Wäldern, verwandeln sich durch EE-Anlagen in Industriegebiete - mit allen nachteiligen Auswirkungen auf die Natur und die Menschen. Das Gleiche vollzieht sich jetzt mit dem Ausbau der Hochspannungsnetze. Das Errichten weiterer EE-Anlagen stößt an Grenzen.

Flächendeckender Starkwind an wolkenlosen Tagen führt schon jetzt zu nicht nutzbarem Stromüberschuss. Gegenteilige Wetterlagen führen zu elektrischer Unterversorgung, die sich nur durch konventionelle Erzeugung ausgleichen lässt. Überschussstrom zu nutzen, wäre nur mit großen Stromspeichern möglich. Aber die gibt es nicht. Es gilt der Satz: „Ohne große

1 Stromspeicher ist die Energiewende nicht möglich, mit großen Stromspeichern ist sie nicht
2 bezahlbar.“

3 Es liegen in der Zwischenzeit valide Rechtsgutachten vor, die das EEG als verfassungs- und
4 europarechtswidrig einstufen. Es wird u.a. aufgezeigt, dass die EEG-Umlage zu Unrecht von
5 dem Stromkunden erhoben wird. Das einzig zulässige Finanzierungsinstrument sei die
6 Steuer. Das EEG enthalte auch keine Verpflichtung der Letztverbraucher, die EEG-Umlage zu
7 zahlen.

8 Die AfD tritt daher dafür ein, das EEG ersatzlos abzuschaffen. Es darf kein Tabu sein, den Um-
9 fang bestehender Subventionsverpflichtungen aus dem EEG infrage zu stellen. Die AfD will
10 einzelne Energieträger politisch weder bevorzugen noch benachteiligen. Wir wollen die Vor-
11 rangeinspeisung von Strom generell abschaffen. Quoten-/Auktionsmodelle, um mit ihnen
12 staatlich-planwirtschaftliche Ziele in der Energiepolitik durchzusetzen, lehnen wir ab. Netz-
13 kosten sind auf alle Stromerzeuger verursachungsgerecht umzulegen. Die Stromsteuer wollen
14 wir streichen und so die Stromkunden sofort entlasten. Unser Ziel ist es, das deutsche Strom-
15 versorgungssystem wieder auf jenen Stand der Technik zu bringen, der eine sichere, kosten-
16 günstige und umweltverträgliche Stromversorgung sicherstellt. Die AfD wird sich dafür ein-
17 setzen, dass das als verfassungs- und europarechtswidrig eingestufte EEG vom Bundesverfas-
18 sungsgericht geprüft wird.

19 12.3 ZUM SCHUTZ VON MIETERN UND EIGENTÜMERN: ENER- 20 GIESPARVERORDNUNG UND ERNEUERBARE-ENERGIEN- 21 WÄRME-GESETZ ABSCHAFFEN

22 Durch Verbrennen von Erdgas, Öl und Kohle werden etwa 80 Prozent der global verbrauchten
23 Primärenergie und jenes CO₂ erzeugt, das für den menschengemachten Klimawandel verant-
24 wortlich sein soll. Ein Großteil davon wird für das Erzeugen von Wärme und Kälte in Gebäu-
25 den eingesetzt. Da die Dekarbonisierung bis 2050 den CO₂-Ausstoß um mehr als 85 Prozent
26 verringern soll, sind die Gebäude nach der Energieeinsparverordnung (EnEV) entsprechend
27 stark zu dämmen. Die erforderliche Restwärme ist gemäß Erneuerbare-Energien-Wärme-
28 Gesetz (EEWärmeG) weitestgehend durch „Erneuerbare“ Energien (EE) zu erzeugen.

29 Wie bei EEG und Energiewende reden Regierung und Profiteure die erforderlichen Kosten
30 zum Umsetzen dieser Maßnahmen klein oder verschweigen sie. Die Kosten liegen auch in die-
31 sem Fall bei mehr als 3.000 Milliarden Euro. Tragen müssen sie die Gebäude-Eigner und Mie-
32 ter. Wie von Fachleuten nachgewiesen, werden die erhofften Wirkungen nur bei wenigen Ge-
33 bäude-Konstruktionen mit schlechter Wärmedämmung erreicht. Daneben verursacht das
34 Dämmen an den Gebäuden häufig massive Schäden, als Folge z.B. von mangelhaftem Luftaus-
35 tausch, aber auch von Durchfeuchtung, Algen- und Pilzbefall der Außenwände. Historische
36 und denkmalgeschützte Fassaden werden zerstört. Zudem erhöhen Styropor-
37 Dämmmaterialien die Brandgefahr.

1 Ein messbar geringerer Energieverbrauch wird hingegen nur selten erreicht. Oft tritt das Ge-
2 genteil ein, da die Dämmmaterialien das Eindringen der durch die Sonne erzeugten Wärme
3 verhindern. Für die Erzeugung von Wärme und Kälte sind die EE gegenüber der Energie aus
4 fossilen und Kernbrennstoffen auch langfristig nicht wettbewerbsfähig. Die seit Jahren immer
5 wieder beschworenen Verknappungs-Szenarien sind stillschweigend aufgegeben worden.
6 Hightech-Wärme- und Kälteanlagen - z.B. unter Nutzung der Brennwert-Technik und der
7 Kraft-Wärme-Kopplung – lassen für EE nur einen geringen Spielraum. Hierzu zählt die Nut-
8 zung von Erd- und Luftwärme mittels Wärmepumpen oder Solarthermie.

9 Daher setzt sich die AfD dafür ein, die EnEV und das EEWärmeG ersatzlos zu kassieren. Die
10 staatliche Bevormundung der Besitzer von Gebäuden, der Wohneigentümer und Mieter für
11 Maßnahmen zur Wärmedämmung und Erhöhung der Energie-Effizienz in Gebäuden ist zu
12 beenden. Die überzogenen Standards von EnEV und EEWärmeG dürfen nicht länger für einen
13 rasanten – sei es für einen gerechtfertigten oder willkürlichen – Anstieg der Baukosten und
14 für Luxus-Sanierungen dienen. Die Mieten müssen auch für Bürger mit mittleren und geringen
15 Einkommen bezahlbar bleiben.

16 **12.4 BIOENERGIE: SUBVENTIONEN BEENDEN, VORRANGEIN- 17 SPEISUNG EINSTELLEN**

18 Die „Erneuerbaren“ Energien lieferten 2014 etwa 11 Prozent der in Deutschland verbrauchten
19 Primärenergie. Gut 7 Prozent oder zwei Drittel wurden aus Biomasse gewonnen. Das teilt sich
20 auf zu je 3,3 Prozent in die Wärme- und die Stromerzeugung und zu 0,8 Prozent in die Herstel-
21 lung von Biotreibstoffen.

22 Die Wärmeenergie aus Biomasse wird sowohl zu Heizzwecken als auch für Prozesse in der
23 Industrie eingesetzt. Der Strom aus Biomasse wird über das EEG massiv subventioniert. Die
24 Stromgestehungskosten über Biogasanlagen sind mit bis zu 215 Euro je Megawattstunde am
25 höchsten. Der Betrieb solcher Anlagen im ländlichen Raum belastet häufig die Umwelt. Bio-
26 treibstoffe werden in großtechnischen Anlagen produziert und über ein Quotensystem indi-
27 rekt subventioniert. Die Zwangsbeimischung erhöhte den Preis von Diesel und Benzin 2014
28 um etwa 0,4 Cent je Liter. Wegen des geringen Wirkungsgrades der Photosynthese von weni-
29 ger als 1 Prozent ist der Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzfläche für Bioenergie unange-
30 messen groß. Sie steht damit in Konkurrenz zur Erzeugung von Nahrungsmitteln. Dagegen ist
31 es sinnvoll, für das Gewinnen von Bioenergie biologische Abfälle zu verwerten.

32 Daher setzt sich die AfD dafür ein, die Subventionierung und Vorrangeinspeisung des Stroms
33 aus Biogasanlagen durch Abschaffen des EEG zu beenden. Die Subventionierung der Biokraft-
34 stoffe durch das Quotensystem ist einzustellen.

35 **12.5 FRACKING: RISIKEN UND CHANCEN ERFORSCHEN, NICHT 36 OHNE BÜRGERBETEILIGUNG**

1 Fracking kann ebenso Risiko sein wie auch die Energiebasis der Erde beträchtlich erweitern.
2 Es könnte, wenn erforscht und sicher, Streit und kriegerische Auseinandersetzungen um Erdöl
3 und -gas verringern. Daher setzt sich die AfD dafür ein, das im April 2015 in den Bundestag
4 eingebrachte restriktive „Fracking-Gesetz“ zurückzuziehen. Wir wollen die Technik, Vorteile
5 und Risiken des Fracking nach den bestehenden strengen deutschen Umwelt- und Bergbaugesetzen
6 erforschen. So die Risiken beherrschbar sind, wollen wir Fracking entwickeln und mögliche
7 Standorte erkunden lassen. Über die wirtschaftlichen und politischen Vorteile des Fracking
8 im Vergleich zu den realen Risiken ist die Bevölkerung sachlich zu informieren. Den Einsatz
9 des Fracking zur Erdöl- und Erdgasförderung an neuen Standorten lehnt die AfD ab, solange
10 die Energieversorgung Deutschlands gesichert ist. Letztendlich gehört die Entscheidung
11 über den Einsatz der Fracking-Technik an geeigneten Standorten in die Hand der betroffenen
12 Bürger durch demokratische Entscheidung vor Ort.

13 12.6 KERNENERGIE: ALTERNATIVEN ERFORSCHEN. BIS DAHIN 14 LAUFZEITVERLÄNGERUNG

15 Die Ausstiegsbeschlüsse aus der Kernkraft von 2002 und 2011 waren sachlich nicht begründet
16 und wirtschaftlich schädlich. Solange die Stromversorgung am Ort und zur Zeit der Nachfrage
17 nicht gesichert ist, setzt sich die AfD dafür ein, eine Laufzeitverlängerung der noch in
18 Betrieb befindlichen weltweit sichersten Kernkraftwerke übergangsweise zu gestatten. Das
19 Risiko eines Totalausfalls oder der Import von Strom aus unsichereren ausländischen Kernkraftwerken
20 ist weder für den Wirtschaftsstandort Deutschland noch zur Reduzierung der Risiken durch die
21 Kernkraft eine Alternative.

22 Es ist falsch zu versuchen, radioaktive Reststoffe zentral und für die Ewigkeit zu entsorgen.
23 Stattdessen sollten diese zugänglich und katalogisiert in gesicherten Orten eingelagert werden,
24 wo jederzeit der Zugriff möglich ist, um sie mit technischem Fortschritt aufbereitet weiter
25 verwenden zu können.

26 Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu verstehen, warum kein anderer Staat von vergleichbarem
27 wirtschaftlichem Gewicht dem deutschen Beispiel folgt. Wir wollen erlauben, die Forschung
28 zur Kernenergie sowie Reaktor- und Kraftwerkstechnik wiederaufzunehmen bzw. fortzusetzen.
29 Die Forschung zur ressourcenschonenden Verwertung der Reststoffe aus der Kernkraftnutzung
30 wollen wir erlauben. Alle übrigen Energieformen sind weiter mit Nachdruck zu erforschen.
31

13 NATUR- UND UMWELTSCHUTZ, LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Wir stehen dafür, dass wir gegenüber nachfolgenden Generationen eine Verantwortung haben. Wir wollen eine intakte und vielfältige Natur erhalten. Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftigen Generationen.

13.1 INTAKTE NATUR UND GESUNDE UMWELT

Die AfD steht für einen Umwelt- und Naturschutz, der den Menschen nicht als Fremdkörper und Störenfried betrachtet, sondern in ein umfassendes Handlungskonzept einbezieht. Wir lassen uns dabei von der Erkenntnis leiten, dass eine gesunde und artenreiche Umwelt die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen darstellt. Daher sind Vorkehrungen zu treffen, die Schutzgüter, wie Boden, Wasser, Luft, Landschaft, Tiere und Pflanzen, zu schützen. Schwerpunkte der Umweltpolitik der AfD sind deshalb u.a. Landschaftsverbrauch zu vermindern, die Schadstoffeinträge in Böden und Gewässer zu verringern und die Luftqualität zu verbessern. Auch ein effektiver Lärmschutz gehört dazu.

Die AfD spricht sich, bis zur fundiert nachgewiesenen Unschädlichkeit für Mensch und Tier, ausdrücklich gegen den Einsatz des von der WHO als wahrscheinlich krebserzeugend eingestuften Glyphosat beim Pflanzenschutz aus.

13.2 UNKONTROLLIERTEN AUSBAU DER WINDENERGIE STOPPEN

Zum Schutz der Landschaft lehnen wir den unkontrollierten weiteren Ausbau der Windenergie ab. Windenergieanlagen sind nur an Standorten zuzulassen, an denen keine erheblichen Beeinträchtigungen für Mensch und Natur zu erwarten sind. Bei Standortentscheidungen sind die Bürger vor Ort maßgeblich einzubeziehen.

13.3 TIERE SIND FÜHLENDE WESEN

Tiere sind Mitgeschöpfe und keine leblosen Gegenstände. Als fühlende Wesen haben sie ein Recht auf eine artgerechte Haltung im privaten wie kommerziellen Bereich. Dies sehen wir nur bedingt bei einer industriellen Massentierhaltung oder einer Haltung in Zirkussen gewahrt. Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung muss durch geeignete Maßnahmen weiter gesenkt werden. Tiere und tierische Produkte müssen frei von Antibiotika-Rückständen sein.

13.4 SCHÄCHTEN: NICHT OHNE BETÄUBUNG

Die AfD lehnt das qualvolle betäubungslose Schächten von Tieren als unvereinbar mit dem Staatsziel Tierschutz ab. Sie befürwortet hingegen das auch von Muslimen und Juden akzept-

1 tierte Schächten mit vorheriger Elektrokurzzeitbetäubung und fordert, die darüberhinausge-
2 hende Ausnahmeregelung für Religionsgemeinschaften in Paragraph 4a (2) Absatz 2 des Tier-
3 schutzgesetzes zu streichen.

4 **13.5 GENTECHNIK IN DER LANDWIRTSCHAFT**

5 Die faszinierende Welt der Gene scheint wie ein offenes Buch in den Händen der Wissenschaft
6 zu liegen. Sie soll Krankheiten vermeiden und den Hunger in der Welt stillen, versprechen die
7 Befürworter und doch müssen sie zugeben, dass die Gentechnik unkalkulierbare Risiken für
8 Mensch, Flora und Fauna birgt. Die AfD öffnet sich für eine Erforschung der Gentechnik unter
9 Sicherheitsauflagen, aber sie widerspricht jeglichem Einsatz, der über die Erforschung hin-
10 ausgeht, solange Restrisiken bestehen. Gentechnikgenehmigungen sind ausschließlich hoheit-
11 lich vom Bund zu erteilen. Gentechnisch veränderte Futter- und Lebensmittel sind zu kenn-
12 zeichnen.

13
14 Die Patentierung von genetischem Material und von Saatgut geht einher mit einem zuneh-
15 menden Konzentrationsprozess im kommerziellen Saatguthandel. Daher setzt sich die AfD
16 dafür ein, die Abhängigkeit unserer Nahrungsmittelversorgung von wenigen multinationalen
17 Großkonzernen zu verringern, die Saatgutvielfalt zu erhalten und damit auch die Biodiversität
18 unserer Nahrungsmittel.

19 **13.6 LANDWIRTSCHAFT: MEHR WETTBEWERB. WENIGER SUB-** 20 **VENTIONEN**

21 Die AfD tritt dafür ein, dass landwirtschaftliche Flächen der Nahrungsmittelproduktion dienen
22 und nicht zunehmend für andere Zwecke herangezogen werden. So lehnen wir jegliche Form
23 der Bodenspekulation durch international tätige Konzerne und den vermehrten Anbau von
24 Biomasse zur Energiegewinnung ab. Die AfD ist davon überzeugt, dass moderne bäuerliche
25 Betriebe mit Verwurzelung in den Regionen am besten geeignet sind, umwelt- und marktge-
26 recht zu produzieren. Anzustreben ist eine nachhaltige Erzeugung von gesunden, hochwertigen
27 und rückstandsfreien Nahrungsmitteln sowie marktgerechte Preise von landwirtschaftli-
28 chen Produkten. Auch hier fordern wir eine detaillierte Lebensmittelinformation und Her-
29 kunftskennzeichnung. Die per EU-Richtlinien eingeschränkte Informationspflicht der Herstel-
30 ler führen zu einer Irreführung der Verbraucher.

31 Dies kann mit unterschiedlichen landwirtschaftlichen Betriebsformen erreicht werden. Die
32 AfD wird die Rahmenbedingungen für eine umweltgerecht produzierende mittelständische
33 Landwirtschaft verbessern. Die EU-Subventionen nach dem Gießkannenprinzip sowie büro-
34 kratische Überreglementierungen sind Schritt für Schritt zurückzufahren. Die Landwirte
35 brauchen wieder mehr Entscheidungsfreiheit. Der Beruf des Landwirts muss wieder attrakti-
36 ver werden.

37 **13.7 FISCHEREI, FORST UND JAGD: NAH AN DER NATUR**

1 Fischerei ist Kulturgut. Unsere Fischer sind beim Beseitigen von Wettbewerbsnachteilen zu
2 unterstützen und an der Fangmengenfestlegung zu beteiligen. Die Bindung der Fangquote an
3 den Kutter verhindert einen Generationswechsel in der Fischerei und macht Nachwuchsarbeit
4 unmöglich. Daher ist diese Regelung abzuschaffen. Heimische Fischereiprodukte müssen auch
5 überregional unterstützt werden. Wir lehnen es ab, die Stellnetzfischerei in Ostseeschutzge-
6 bieten zu verbieten und die Naturschutz-Kernzonen auszuweiten.

7 Die AfD setzt sich für eine naturgemäße Waldwirtschaft ein, die eine ganzheitliche Betrachtung
8 des Waldes in seiner ökonomischen, ökologischen und sozialen Funktion zum Ziel hat.
9 Die AfD bekennt sich zu den bewährten Grundsätzen der waidgerechten Hege und Jagd. Wir
10 sehen Jäger als Naturschützer, deren Fachkenntnisse wieder stärker berücksichtigt werden
11 müssen.

12 **13.8 FLÄCHENKONKURRENZ: NICHT ZU LASTEN DER LAND- UND** 13 **FORSTWIRTSCHAFT**

14 Bauvorhaben und der Ausbau der Infrastruktur gehen oft zu Lasten landwirtschaftlich pro-
15 duktiver Flächen. Äcker, Wiesen und Wälder erachten wir für besonders wertvoll. Natur-
16 schutzfachliche Ausgleichsmaßnahmen sind zu reduzieren und in aller Regel so zu gestalten,
17 dass sie nicht zu Lasten land- und forstwirtschaftlicher Flächen gehen.

14 INFRASTRUKTUR, WOHNEN UND VERKEHR

Voranschreitender Verfall kennzeichnet den Zustand vieler öffentlicher Bauten - sowohl im Verkehrswegenetz (Straßen, Brücken, Schienen, Leitungs- und Datennetze), als auch beim öffentlichen Hochbau (Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Kultureinrichtungen, Behördenbauten, Sportanlagen usw.). Die öffentliche Ver- und Entsorgung leidet bei Strom, Wasser, Gas, Fernwärme, Abwasser, Straßendienst, Stadtreinigung und Grünpflege unter Verfall und Planungschaos. Nach jahrelangen substanzgefährdenden Einsparungen ist ein massiver Investitionsstau eingetreten.

14.1 WERTERHALT VOR MODERNISIERUNG UND NEUBAU

Bei der Reparatur und Modernisierung wollen wir die Kommunen in die länderübergreifende Gesamtplanung einbinden. Priorität hat der Werterhalt vor der Modernisierung und dem Neubau.

Entscheidungen für Neubauprojekte dürfen erst nach vorausgegangener umfassender Bedarfplanung und nach unparteiischer Fachprüfung und Kostenprüfung gefällt werden. Vorrang müssen fachlich begründete Entscheidungen haben, die durch die Politik anzuerkennen sind.

Interventionen in die technische Projektabwicklung durch Politiker sind konsequent zu unterbinden. Die Politik ist ausschließlich im Vorfeld der Planungen für die Formulierung des Bedarfs und des Projektumfanges verantwortlich. Die mangelhafte Personalausstattung bei den öffentlichen Fachbehörden ist umgehend zu beseitigen.

14.2 ÖFFENTLICH-PRIVAT-PROJEKTE: TRANSPARENZ STATT LOBBY

Die Rechnungshöfe sind bei öffentlichen Bauvorhaben und Öffentlich-Privat-Projekten (ÖPP) gesetzlich zwingend mit einer dreistufigen (projektvorbereitenden, planungsbegleitenden und baubegleitenden) fachtechnischen Prüfung und Kostenüberwachung zu beauftragen. Zu erwägen ist der Aufbau eines steuergünstigen deutschlandweiten Investitionsfonds oder Anleihefonds zur Finanzierung von Infrastruktur-Investitionen unter Beteiligung der Öffentlichen Hand, der Wirtschaft, Versicherungen und privaten Anteilseigner. Die Fondsverwaltung muss in transparenten und demokratischen Strukturen organisiert sein.

Wegen der bei ÖPP-Projekten bei der öffentlichen Hand verbleibenden Risiko- und Garantiepfllichten, sind besondere Schutz- und Vorsorgemaßnahmen bei der Entscheidungsfindung erforderlich. Hohe Beraterkosten, private Schiedsgerichtsverfahren, mangelnde Qualitätskontrollen und Lobby-Zugehörigkeit bei den Beratern sind ebenfalls abzulehnen.

Unternehmen der Öffentlichen Versorgung und der Daseinsvorsorge müssen in transparenten und demokratischen Strukturen organisiert werden. Die Leistungen sind an die Bürger grundsätzlich zu Gestehungspreisen abzugeben. Betriebsüberschüsse, Kapitalrücklagen oder Kon-

1 zessionsabgaben dürfen keinesfalls als versteckte Steuern dem Konsolidieren von Haushalten
2 dienen, sondern müssen für Reparaturen, Modernisierungen und Neuinvestitionen eingesetzt
3 werden.

4 **14.3 STRAßEN- UND SCHIENENNNetz : SUBSTANZ ERHALTEN**

5 Die Reparatur, der Werterhalt, und die Beseitigung von Engpässen in Straßen und Schienen-
6 netzen haben im Verkehrsbereich Vorrang vor spektakulären Großprojekten.

7 Verkehrswegegroßprojekte sind aus Kostengründen nicht an private Konsortien zu überge-
8 ben, sondern von der öffentlichen Hand auszuschreiben und zu realisieren. Bei einzelnen
9 Großprojekten wie Flughäfen usw., die nicht im Routinebereich eines eingespielten Straßen-
10 baureferates liegen, ist jedoch so weit wie möglich Sachverstand privater Firmen einzubezie-
11 hen.

12 Eine großräumige europaweite Verkehrsplanung für Straßen, Schienen, Wasserwege und im
13 Luftverkehr ist in einen ständig fortzuschreibenden Bundes-Verkehrswegeplan einzubinden.
14 Dieser Plan darf nicht an den nationalen Interessen einzelner EU- Mitgliedsstaaten, denen der
15 Länder oder denen von Politikern ausgerichtet werden.

16 Der grenzüberschreitende Verkehr, der groß- und kleinräumige Güterverkehr, der öffentliche,
17 der private und der individuelle Personennah- und Fernverkehr, auch der Fußgänger- und
18 Radverkehr sind von Beginn an in alle Planungen zu integrieren.

19 **14.4 GRENZÜBERSCHREITENDER GÜTERVERKEHR: AUF SCHIENE 20 UND WASSER VERLAGERN**

21 Die AfD tritt dafür ein, die Straßen, so weit als möglich, vom grenzüberschreitenden Massen-
22 transport schwerer Güter zu entlasten und diese auf die Schiene und auf Wasserstraßen zu
23 verlagern.

24 Schienennetze und Bahnstationen sind dringend für den schnellen Personenfernverkehr, für
25 den Gütertransport, für schnellen Güterumschlag sowie für Lärmschutz zu ertüchtigen und zu
26 modernisieren.

27 Die Straßennutzungsgebühren für schwere LKW müssen nach der tatsächlichen Fahrbahnbe-
28 lastung und dem Fahrbahn-Zerstörungsgrad durch schwere Achslasten erhoben werden. Das
29 Erhebungssystem lässt sich vereinfachen, indem die tatsächlich gefahrenen Gesamtkilometer
30 und die Fahrzeugklassen im Erhebungszeitraum erfasst werden.

31 **14.5 FREIE NUTZUNG DER VERKEHRSMITTEL OHNE SCHIKANEN**

32 Die AfD ist strikt gegen verkehrspolitische Schikanen, Kostenerhöhungen und vernachlässigte
33 Verkehrswege, mit denen ein individueller Umstieg auf den öffentlichen Nah- und Fernverkehr
34 erzwungen werden soll.

1 Die Autofahrer werden auf Deutschlands Straßen durch immer mehr und nicht nachvollzieh-
2 bare Geschwindigkeitsbeschränkungen behindert. Die Kommunen nutzen dies dann vorrangig
3 als zusätzliche Einnahmequelle. Bald droht auch ein allgemeines Tempolimit auf allen Auto-
4 bahnen. Die AfD fordert „Freie Fahrt für freie Bürger“ und lehnt alle Beschränkungen aus an-
5 deren Gründen als der Verkehrssicherheit ab. Kein Tempolimit auf Autobahnen, 100 km/h auf
6 Landstraßen und 50 km/h innerorts auf allen Durchgangsstraßen, jederzeit. Ein zu hoher
7 Lärmpegel ist ggf. durch Lärmschutzmaßnahmen zu reduzieren. Der Ausstoß von Feinstaub
8 bei Kfz mit Dieselmotoren ist durch Weiterentwicklung der Motor und Abgastechnik zu mini-
9 mieren.

10 Das Erforschen, Entwickeln und Fördern moderner Verkehrsstrukturen und Verkehrssysteme
11 sowie von neuartigen Verkehrslenk- und Leitsystemen muss für eine moderne Verkehrspolitik
12 ständige Begleitung und zentrale Aufgabe werden.

13 14.6 DEM LÄNDLICHEN RAUM EINE PERSPEKTIVE GEBEN

14 Die traditionellen Instrumente zur Förderung ländlicher Räume genügen nicht mehr, um die
15 flächenhaft fortschreitenden Siedlungsverluste aufzuhalten oder gar umzukehren.

16 Dem wachsenden Zuzugsdruck in die Zentren der Wachstumsgebiete steht eine rückläufige
17 Nachfrage nach Wohnraum in der Fläche gegenüber. Die Landbevölkerung nimmt immer
18 schneller ab. Ursachen sind Überalterung, Strukturängel und Strukturverarmung, Geburten-
19 rückgang und fehlende Arbeitsplätze. Das zieht weitere Verluste an Attraktivität nach sich und
20 schwächt die ländlichen Regionen. Derzeitige Prognosen der Bevölkerungsentwicklung wei-
21 sen auf einen stetigen Rückgang der Einwohnerzahl Deutschlands hin. Dieser wird begleitet
22 von einer fortschreitenden Entvölkerung ländlicher Gebiete vor allem in der Mitte und im Os-
23 ten Deutschlands.

24 Die AfD will die ländlichen Regionen stärken. Wir wollen die Attraktivität des ländlichen Rau-
25 mes mit einem aktiven Gemeindeleben und einem funktionierenden gesellschaftlichen Zu-
26 sammenhalt erhalten bzw. wiederherstellen. Die Entwicklung des ländlichen Raums muss in
27 Deutschland wieder mehr beachtet werden. Viele periphere ländliche Räume leiden unter
28 Abwanderung und Schrumpfen der Bevölkerung. Die Lebensverhältnisse sind nicht gleichwer-
29 tig, obwohl das Gesetz dieses raumordnerische Ziel vorgibt. Vielmehr hat das raumordneri-
30 sche Konzept der „Zentralen Orte“ Konzentrationen gefördert und urbane Entwicklungen be-
31 schleunigt. Aber nur mit gesunden Strukturen in den Dörfern werden diese peripheren Räume
32 nicht weiter degenerieren.

33 Zu einem lebenswerten ländlichen Raum zählen für uns eine intakte bäuerliche Landwirt-
34 schaft, eine funktionsfähige mittelständische Wirtschaft und eine ausreichende Infrastruktur.
35 Diese umfasst alle für die Daseinsvorsorge notwendigen Einrichtungen wie Schulen, medizini-
36 sche Versorgung und Breitband-Kommunikation. Nur durch zielgerichtete Investitionen und

1 eine kluge Ansiedlungspolitik lässt sich für junge Familien im ländlichen Raum eine Perspek-
2 tive schaffen und die derzeit negative demographische Entwicklung umkehren.

3 Für die in Deutschland sehr unterschiedlichen ländlichen Räume kann es kein einheitliches
4 Leitbild geben. Deshalb wollen wir individuelle Entwicklung zulassen, um den besonderen
5 Möglichkeiten und Fähigkeiten in den einzelnen Regionen vor Ort Raum zu geben. Wir wollen
6 deshalb das in Deutschland dominierende landesplanerische Konzept der „Zentralen Orte“
7 überprüfen. Insbesondere wollen wir im ländlichen Raum künftig das Subsidiaritätsprinzip
8 konsequent anwenden. Politische Aufgaben, Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen
9 wollen wir dezentralisieren, soweit kein überörtlicher Regelungs- und Koordinierungsbedarf
10 besteht. Das grundgesetzlich verankerte Selbstverwaltungs- und Selbstbestimmungsrecht der
11 Kommunen wollen wir wiederbeleben. Die Benachteiligung ländlicher Gemeinden bei der Fi-
12 nanzverteilung wollen wir beenden, um den Kommunen ihre Handlungsfähigkeit zurückzuge-
13 ben.

14 Solange die vorbeschriebenen Wiederbelebungsaaktionen noch nicht greifen, setzt sich die AfD
15 dafür ein, die ländliche Infrastruktur durch mobile Lösungen zu verbessern. Beispiele dafür
16 sind fahrende Versorgung für den täglichen Bedarf, für Verwaltungsdienstleistungen, mobile
17 Weiterbildungs- und Kulturangebote, mobile Gesundheitsversorgung, mobile Altenbetreuung
18 und Betreuung Jugendlicher. Schnelles Internet für alle ist in jedem Fall anzustreben.

19 Die AfD tritt dafür ein, dass die in Deutschland in ihren historischen Siedlungsgebieten ansäs-
20 sigen autochthonen Minderheiten und Volksgruppen unter staatlichem Schutz stehen.

21 **14.7 WOHNUNGSPOLITIK: BAURECHT AUFRÄUMEN, WOHNRAUM** 22 **SCHAFFEN**

23 Der Zuzugsdruck in die deutschen Großstädte und rund um die attraktiven Wirtschaftsräume
24 steigert den Wohnungsbedarf, erhöht die Grundstücksnachfrage und belastet den Immobili-
25 enmarkt.

26 Überproportional steigende Nebenkosten begleiten die steigenden Wohnungspreise in den
27 Zentren, verschärfen die Marktsituation und mindern zugleich das Angebot von preiswertem
28 Wohnraum in bevorzugten Gebieten. Einengende Baubestimmungen, unwirtschaftliche
29 Dämmvorschriften und bürokratische Gestaltungsvorgaben treiben die Immobilienpreise, die
30 Baukosten und die Wohnkosten weiter in die Höhe.

31 Das unmäßige Anheben der Grundsteuer und Grunderwerbssteuer sind ebenfalls kostentrei-
32 bend, für Bauherren investitionshemmend und schlagen auf die Wohnkosten für Mieter und
33 Eigentümer gleichermaßen durch.

34 Weder "Mietpreisbremsen" noch "Kappungsgrenzen" bringen Entspannung am Wohnungs-
35 markt. Dies vermögen nur eine große Zahl von Neubauten und eine höhere Eigentumsquote.

1 In Deutschland ist der private Anteil am Wohneigentum geringer als im Durchschnitt der eu-
2 ropäischen Nationen. Wohneigentum muss vor allem für die Bezieher kleinerer Einkommen
3 erschwinglicher werden.

4 Wir wollen Bundesbaugesetze, die um Ballungsgebiete herum eine ausreichende Bauland-
5 ausweisung auch für die Ballungsgebietszentren ermöglichen. Diese sind dem Planungsho-
6 heitsrecht der betroffenen Umlandgemeinden vorzuziehen.

7 Wohneigentum schafft Heimatbindung und fördert den Wunsch, das eigene Umfeld zu bewah-
8 ren und zu erhalten. Wirtschaftlich berechenbare, stabile Eigentums- und Mietverhältnisse
9 stärken auf Dauer das gesellschaftliche Wohlergehen, fördern den Zusammenhalt der Genera-
10 tionen und können auch der Landflucht entgegenwirken.

11 Die gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften und Wohnungsgesellschaften sind zu
12 stärken. Entlastung bringen auch Eigentumsbeteiligungen in modernen Genossenschaftsfor-
13 men, mit denen neuer Wohnraum gewonnen und vorhandener Wohnraum modernisiert wer-
14 den kann.

15 Familiengerechte Wohnformen in Stadtrandlagen und in ländlichen Gebieten können die Zen-
16 tren entlasten und der großflächigen Entvölkerung und Verarmung auf dem Land entgegen-
17 wirken. Voraussetzung dafür ist allerdings eine durchgängig modernisierte und leistungsfähi-
18 ge Infrastruktur.

19 **14.8 STADTENTWICKLUNG: NACHVERDICHTEN, ABER BAUSÜN-** 20 **DEN VERHINDERN**

21 Neu zu schaffende Stadtbezirke müssen nach den neuesten Erkenntnissen der Stadtplanung
22 gestaltet werden.

23 Beim Verdichten und Modernisieren von Stadtbezirken sollen Wohnen, Arbeit, Gewerbe, Bil-
24 dung, Kultur, Unterhaltung, Konsum, Natur, soziale Einrichtungen, das Zusammenleben der
25 Generationen und der Bevölkerungsschichten, der Umweltschutz, die öffentliche und private
26 Versorgung und der Verkehr miteinander verbunden und von Anfang an umfassend geplant
27 werden. Die AfD bekennt sich zur strikten Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Bun-
28 desstiftung Baukultur gemäß dem Bericht 2014/15, lehnt jedoch die Energiewende selbst und
29 daher auch die damit verbundenen Empfehlungen ab.

30 Eine Nachverdichtung von Wohngebieten soll nur solange zulässig sein, bis die Fehlentwick-
31 lungen am Wohnungsmarkt beseitigt sind. Ansonsten behält das Vorbeschriebene aber auch
32 bei der geregelten Erweiterung der Städte Gültigkeit. Eine städtebaulich sinnvolle Entlastung
33 der Immobiliennachfrage lässt sich nur durch nachträgliche Verdichtung von locker bebauten
34 Bezirken und durch Aufstocken, Umnutzen und Schließen von Baulücken erreichen. Erst nach-
35 rangig dazu ist der Bau neuer Stadtbezirke anzustreben, es sei denn ausreichend Erweite-

1 rungsflächen sind vorhanden. Als wichtiges Hilfsmittel bei der Nachverdichtung kann auch ein
2 Wiedereinführen der Staffelbauordnung dienen. Allerdings muss sie anders als früher in der
3 Nachkriegszeit nun stadtplanerisch optimal ausgestaltet sein, um die Wiederholung alter
4 Bausünden in Gestalt „riesiger Betonklötze“ zu verhindern.